



**CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENTINO-ALTO ADIGE
REGIONALRAT TRENTINO-SÜDTIROL**

Atti Consiliari
Sitzungsberichte des Regionalrates

X Legislatura - X Gesetzgebungsperiode
1988 - 1993

SEDUTA 116 SITZUNG
19.1.1993

Ufficio resoconti consiliari - Amt für Sitzungsberichte

INDICE DEGLI ORATORI INTERVENUTI
VERZEICHNIS DER REDNER

TAVERNA Claudio (Gruppo Movimento Sociale Italiano-Destra Nazionale)	pag.	5-10-27-42-49-54
KLOTZ Eva (Gruppo Union für Südtirol)	"	6
BENEDIKTER Alfons (Gruppo Union für Südtirol)	"	8-14-21-25-30-37-38-40-42-47-52-53
KASERER Robert (Gruppo Südtiroler Volkspartei)	"	12-19-37-38
MERANER Gerold (Gemischte Fraktion)	"	15-16
ANDREOTTI Carlo (Gruppo Partito Autonomista Trentino Tirolese)	"	18
NEGHERBON Livio (Gruppo Democrazia Cristiana)	"	20
ROMANO Francesco (Gruppo Socialista Italiano)	"	26-35-39-41-51-52
ZENDRON Alessandra (Gruppo Lista Verde - Grüne Fraktion-Grupa Vërc)	"	34
FRANCESCHINI Roberto (Gruppo Lista Verde - Grüne Fraktion-Grupa Vërc)	"	47

INDICE

INHALTSANGABE

Proposta di delibera n. 29:

Modifica degli articoli 67, 73, 85, 88, 97, 108
e 116 del Regolamento interno del Consiglio
regionale

pag. 1

Beschlußfassungsvorschlag Nr. 29:

Änderung der Artikel 67, 73, 85, 88, 97, 108
und 116 der Geschäftsordnung des
Regionalrates

Seite 1

Disegno di legge n. 63:

Nuove norme sullo stato giuridico ed il
trattamento economico dei dipendenti dei
Comuni e dei segretari comunali

pag. 20

Gesetzentwurf Nr. 63:

Neue Bestimmungen über die rechtliche
Stellung und die Besoldung der
Gemeindebediensteten und der
Gemeindesekretäre

Seite 20

Vorsitzender: Präsident Peterlini
Presidenza del Presidente Peterlini

Ore 10.12

PRÄSIDENT: Ich bitte die Abgeordneten Platz zu nehmen und mit dem Namensaufruf zu beginnen.

PRESIDENTE: Prego i signori Consiglieri di prendere posto e di procedere all'appello nominale.

MORELLI: (segretario):(fa l'appello nominale)

PRÄSIDENT: Ich bitte um Verlesung des Protokoll der letzten Sitzung.

PRESIDENTE: Prego dare lettura del processo verbale dell'ultima seduta.

MORELLI: (segretario):(legge il processo verbale)

PRÄSIDENT: Gibt es Einwände zum Protokoll? Keine. Dann gilt das Protokoll als genehmigt.

PRESIDENTE: Ci sono osservazioni al processo verbale? Nessuna. In tal caso il processo verbale risulta approvato.

PRÄSIDENT: Für die heutige Sitzung haben sich die Abg. Lorenzini, Hosp für den Nachmittag, Berger, Feichter, Malossini, Bazzanella, Saurer, Degaudenz und Rella entschuldigt.

PRESIDENTE: Per la seduta odierna hanno giustificato la loro assenza i conss. Lorenzini, Hosp per il pomeriggio, Berger, Feichter, Malossini, Bazzanella, Saurer, Degaudenz e Rella.

PRÄSIDENT: Wir setzen jetzt die Debatte über die Geschäftsordnung des Regionalrates fort. Wir haben das letzte Mal die Abänderungsanträge abgeschlossen und kommen heute zu den Stimmabgabenerklärungen.

...zur Stimmabgabeerklärung? Bevor ich das Wort zur Stimmabgabeerklärung erteile, möchte ich einige Worte, die ich Ihnen schuldig bin, zur Replik auf die verschiedenen Anregungen und Gedanken sagen, die hier deponiert worden sind.

...Die Vormerkungen gelten für die Stimmabgabeerklärung? ...Ja gut, Abg. Taverna auch.

Ich möchte also zunächst einmal meinen Dank für die ausführliche Diskussion hier im Regionalrat aussprechen und für die Solidarität, die diesem Projekt zur Revision der Geschäftsordnung entgegengebracht worden ist, sei es seitens der Mehrheit als auch seitens der Minderheiten. Es geht ja hier um eine Beschlußfassungsvorschlag, der nicht vom Präsidenten des Regionalrates, sondern vom Präsidium und den Fraktionsvorsitzenden erarbeitet worden ist und ursprünglich einstimmig gefaßt worden war und zu dem immer noch sei es die Mehrheit als auch die Mehrzahl der Minderheiten stehen. Was ich besonders hervorheben möchte, weil es in der Diskussion so angeklungen ist: es geht hier nicht um eine Beschneidung von Rechten oder um einen Maulkorb, den man den Abgeordneten umhängen will, sondern um eine vereinbarte Form der Arbeitsweise, um rationeller, zügiger und effizienter arbeiten zu können, im Interesse der Sache und besonders der Bürger, die sich auch zu Recht Effizienz und klare Ergebnisse von unserer Arbeit erwarten. Aber auch die Abgeordneten - und das ist in einer Stellungnahme ausgedrückt worden - erwarten sich, daß die Punkte, die auf der Tagesordnung

stehen, endlich behandelt werden können, bzw. daß also auch Ihre Punkte drankommen.

Eine Frage, die aufgeworfen wurde: Hätte dazu nicht die bisherige Form der Geschäftsordnung genügt? Die Redezeiten, so wurde gesagt, waren in der Vergangenheit unbeschränkt und man hat sich auf 1948 berufen, Kollege Benedikter. Das stimmt. Sie waren früher unbeschränkt und wurden dann beschränkt, aber die Zeiten haben sich, Kollege Benedikter, seit 1948 wesentlich geändert. Die Aufgaben sind vielfältiger geworden, besonders in dieser Legislaturperiode durch die innovativen Gesetze, die wir zu behandeln hatten. Wir brauchen nur an das Familienpaket und an die Gemeindeordnung zu denken, die wir in den letzten Monaten verabschiedet haben. Es ist der Vergleich mit einigen Regionen angestellt worden, beispielsweise mit Aosta und mit Südtirol. Wir haben im Verhältnis zu Aosta, das 35 Abgeordnete zählt und im Verhältnis zu Südtirol, das auch 35 Abgeordneten im Südtiroler Landtag zählt, die doppelte Zahl an Abgeordneten. Jedenfalls ist auch der Südtiroler Landtag dabei, eine neue Geschäftsordnung zu erarbeiten. Es müßte, wenn man ein Vergleich macht, ein vollständiger Vergleich angesetzt werden mit der italienischen Abgeordnetenversammlung, mit dem Senat, wo wesentliche kürzere Redezeiten gelten. Und wenn man schon die Belastung der Sprache mit ins Feld führt, und das ist ein richtiges Argument, denn man muß aufgrund der Sprache langsamer sprechen, damit die Übersetzung gewährleistet werden kann, dann muß man sich das Europaparlament als Beispiel nehmen. Aber im Europaparlament wird nicht nur in zwei Sprachen übersetzt, sondern in sieben Sprachen und da ist die Redezeit fünf Minuten und die Kompetenzen sind bei Gott nicht wichtiger als diejenigen im Regionalrat.

Gerade die schwerfällige Diskussion in diesen letzten Monaten hat gezeigt, wie notwendig eine Änderung und eine Reduzierung der Redezeiten war. Ich erinnere nochmals an die sechs Monate fürs Familienpaket, vier Monate für die Verabschiedung der Gemeindeordnung. Jetzt am Ende der Legislaturperiode mit nur noch wenigen Sitzungsperioden vor uns, haben wir noch 16 Punkte auf der Tagesordnung des Regionalrates und etwa 25 Punkte auf den Tagesordnungen der Gesetzgebungskommissionen, sodaß wir insgesamt 40 Punkte zu erledigen haben, von denen einige sehr wichtig sind. Alle werden wir sowieso nicht erledigen können, aber ich hoffe, daß wir mit einer beschleunigten Prozedur jedenfalls mehr erledigen können als vorher. Eine zentrale Frage, die auch aufgeworfen worden ist: Hätte diese Änderung der Geschäftsordnung nicht auch mit einem Gentlemen's Agreement gemacht werden können, bzw. sich einfach darauf zu einigen, die Redezeiten zu vereinbaren, zu reduzieren, ohne daß man die Geschäftsordnung bezüglich ändert? Die Frage ist berechtigt. Es wäre eine Möglichkeit gewesen. Nur wir hatten ja bereits ein Gentlemen's Agreement, wie Sie sich erinnern können. Seit ungefähr zwei Jahren war von den Funktionsvorsitzenden vereinbart worden, daß die Redezeiten halbiert werden, und es wurde von vielen eingehalten, aber von einzelnen nicht; und einzelne, die dies dann bis zum letzten Atemzug ausgenützt haben, haben die Arbeiten des Regionalrates aufhalten können. Der Erfolg ließ also zu wünschen übrig. Ein weiterer Einwand war, Ihr nützt diese kleinere Form der Redezeiten überhaupt aus. Also, wenn einer von einer Fraktion kürzer reden muß, so wurde gesagt, kann ja ein Fraktionskollege weiterreden und damit also die Zeit doch in die Länge ziehen. Ich glaube, die Reform nützt trotzdem, weil die Erfahrung gezeigt hat, daß die Mißbräuche eigentlich sehr bescheiden sind und meistens sich auf einzelne Personen beschränken und daß normalerweise in der gleichen Fraktion nicht alle Dauerredner sind. Aber sicher, das gebe ich zu, was vorgelegt worden ist, ist eine kleine Reform, so wurde sie vereinbart, und so habe ich sie vorgelegt. Sie beschneidet eben keine Rechte und soll auch nicht die demokratischen Möglichkeiten einschränken. Ja es ist auch in der Praxis so: wenn eine Fraktion es darauf ankommen läßt, ist sogar noch Obstruktion möglich, weil das bitte schön ein demokratisches Recht ist, das nicht beschnitten werden soll. Aber wenn die Diskussion dann ausgeschlüpft ist, dann kann man zu einem Ende und auch zu einer Abstimmung kommen, innerhalb wie gesagt von gekürzten Zeiten. Man hat gesagt, wennschon müßte man eine größere Reform machen und die gesamte Geschäftsordnung überarbeiten. Diese Frage haben wir uns gestellt, als Fraktionsvorsitzende und haben sie insofern beantwortet, als

daß wir gesagt haben, gerne eine größere Reform, aber nicht am Ende der Legislaturperiode. Das ist eine Aufgabe, die ein neugewählter Regionalrat machen kann und mit seinen Vorstellungen verbinden muß und die nicht ein Regionalrat oder ein Gesetzgebungsorgan am Ende der Legislaturperiode machen soll. Was wir jetzt machen, ist eigentlich nur eine Verbesserung der Arbeitsweise, um zu gewährleisten, daß wir bis zum Ende noch möglichst viel Arbeit im Interesse aller erledigen können.

Kollege Holzmann hat es klar ausgedrückt und ich bin schon letztes Mal dafür dankbar gewesen, daß man eigentlich bei den ausgesprochenen Gegnerschaften zu dieser neuen Regelung gar nicht so sehr gegen die Geschäftsordnung ist, sondern vielmehr Angst hat, daß hinter der Änderung der Geschäftsordnung der Plan stünde, mit diesem neu geschliffenen Instrument nachher die Wahlgesetze in einschneidender Form zu ändern.

Ich habe das letzte Mal schon gesagt, daß das Präsidium bisher kein einziges Dokument vorliegen hat, mit dem die Form der Wahl geändert werden soll und ich habe das letzte Mal auch gesagt, daß es sehr schwierig sein wird - aus meiner Sicht unmöglich überhaupt - eine größere Reform zu den Wahlen abzuhalten, weil wir rein zeitlich kaum noch in der Lage sind, diejenigen Punkte zu erledigen, die auf der Tagesordnung stehen. Aber wenn solche Pläne beherrschen sollten, kann ich ihnen versichern, daß Sie auf jeden Fall nicht vom Präsidium - das darf ich auch noch dazu sagen - und auch nicht von der politischen Kraft aus gehen, der ich als Abgeordneter angehöre. Das wär's im wesentlichen.

PRESIDENTE: Proseguiamo ora con l'esame del Regolamento interno del Consiglio regionale. L'ultima volta abbiamo concluso l'esame degli emendamenti ed oggi siamo alle dichiarazioni di voto.

...In dichiarazione di voto? Prima di assegnare la parola ai consiglieri che si sono iscritti per le dichiarazioni di voto, vorrei rispondere ad alcuni quesiti posti da alcuni consiglieri nel corso dei loro interventi, a cui vorrei dare ora risposta.

...Desidera iscriversi per la dichiarazione di voto?...Sì, anche il cons. Taverna.

Ora vorrei ringraziare tutti i consiglieri che sono intervenuti in questa discussione molto esaustiva ed anche coloro - sia della maggioranza che della minoranza - che hanno manifestato la loro solidarietà al progetto di revisione del Regolamento interno. Si tratta qui di una proposta di delibera non del Presidente del Consiglio regionale, bensì dell'Ufficio di Presidenza e dei capigruppo, la quale originariamente era stata adottata all'unanimità ed ora viene ancora sostenuta dalla maggior parte della maggioranza ed anche delle minoranze. Ciò che vorrei particolarmente sottolineare, anche perché in sede di discussione vi si è fatto più volte accenno, è questo: qui non si intende ledere i diritti di alcuno o mettere il bavaglio ai consiglieri, ma introdurre un metodo di lavoro più spedito ed efficiente, per lavorare in modo più razionale, nell'interesse di tutti e particolarmente dei cittadini che giustamente si attendono da noi efficienza e risultati chiari. Ma anche i consiglieri - e questo è stato evidenziato anche in un intervento - si aspettano che i loro punti all'ordine del giorno possano finalmente essere trattati ed approvati.

Una domanda che è stata sollevata, è questa: Non sarebbe stato sufficiente l'attuale Regolamento? I tempi di intervento, è stato detto, in passato non erano soggetti ad alcuna limitazione, e ci si è riferiti al passato 1948, collega Benedikter. E' vero. Prima non vi era alcuna limitazione. Essa è stata introdotta successivamente. Ma i tempi cambiano, collega Benedikter. I compiti sono diventati più articolati, specialmente in questa ultima legislatura, a causa delle molte leggi innovative che ci siamo trovati ad affrontare. Basti pensare al Pacchetto Famiglia e al nuovo Ordinamento dei Comuni, approvati in questi ultimi mesi. E' stato fatto anche il paragone con altre Regioni d'Italia, per esempio con la Valle D'Aosta. Ed anche con l'Alto Adige. Ma a differenza della Valle d'Aosta che ha 35 consiglieri e a differenza dell'Alto Adige che ha anche 35 consiglieri, la Regione ha due volte tanti consiglieri. Comunque anche il Consiglio provinciale di Bolzano si appresta ora a modificare il Regolamento. Se proprio si vuol fare un paragone, si dovrebbe farlo in modo più esteso, con la Camera

dei Deputati italiana e il Senato dove ci sono tempi di intervento più brevi. E se si vuole a tutti i costi insistere sulle difficoltà esistenti a causa delle due lingue - che ci sono, in quanto si deve parlare più lentamente, per dare modo ai traduttori di fare la traduzione simultanea -, allora bisogna anche guardare a che cosa avviene in Parlamento europeo. Ma al Parlamento europeo non si traduce solo in due, bensì in sette lingue e i tempi di intervento sono di cinque minuti; inoltre le competenze non sono certo meno importanti di quelle del Consiglio regionale.

Proprio le accese discussioni in questi ultimi mesi hanno dimostrato quanto siano importanti queste riduzioni dei tempi. E ricordo solo i 6 mesi che ci sono voluti per il Pacchetto Famiglia e i 4 mesi per l'approvazione del nuovo Ordinamento dei Comuni. Ora siamo al termine della legislatura, abbiamo solo poche sedute davanti a noi ed abbiamo ancora 16 punti all'ordine del giorno del Consiglio regionale e 25 punti su quello delle Commissioni. Abbiamo quindi da esaminare una quarantina di punti in totale, di cui alcuni sono molto importanti. Non riusciremo a trattarli tutti; comunque spero che con questa procedura accelerata si riesca a sbrigare una maggior mole di lavoro. Una domanda importante era anche questa: non sarebbe stato sufficiente anche il gentlemen's agreement ovvero l'accordo per ridurre i tempi di intervento, senza dover per questo modificare il Regolamento? La domanda è giustificata. Sarebbe stata una possibilità. Ma noi avevamo già un gentlemen's agreement, come voi ricorderete. Da circa 2 anni i capigruppo avevano concordato di autoridurre della metà i tempi di intervento. Ma siccome questo accordo non è stato mantenuto da alcuni consiglieri, i quali hanno poi sfruttato fino all'ultimo il tempo a disposizione, ostacolando in tal modo i lavori del Consiglio, si è ora resa necessaria questa modifica. L'accordo dunque non ebbe il successo sperato.

Un'ulteriore obiezione è stata quella che comunque si sarebbero potute sfruttare le occasioni offerte dai tempi di intervento. Quindi, è stato detto, se un consigliere di un gruppo deve limitare il suo intervento, potrà comunque proseguire il suo collega, prolungando così i tempi. Io credo che questa riforma sia comunque utile, in quanto l'esperienza ha mostrato che gli abusi sono comunque pochi e si limitano ad alcune poche persone, visto che in un gruppo non tutti parlano a fiume. Comunque ammetto che Ciò che è stato presentato è una piccola riforma, la quale è stata concordata così come io l'ho proposta. Essa non lede i diritti di alcuno e non limita nemmeno le possibilità democratiche. In pratica se un gruppo vorrà continuare a fare dell'ostruzionismo, lo potrà fare, in quanto si tratta di uno strumento democratico che non si vuole in alcun modo negare a nessuno. Ma quando la discussione sarà poi esaurita, si arriverà al termine e si voterà il provvedimento entro tempi più brevi. E' stato detto che semmai si sarebbe dovuta fare una revisione globale del Regolamento. Questa domanda ce la siamo posti anche noi come capigruppo e siamo arrivati alla conclusione che sarebbe stata opportuna, ma non al termine della legislatura. Questo sarà compito del neo-eletto Consiglio regionale con tutte le sue esigenze e non può quindi essere fatto da questo organo legislativo al termine della legislatura. Ciò che noi proponiamo ora è un miglioramento delle modalità di lavoro, al fine di garantire che alla fine della legislatura si riesca a svolgere, nell'interesse di tutti, il maggior lavoro possibile.

Il collega Holzmann è stato chiaro l'ultima volta; ed io gli sono grato per aver spiegato che non ci si oppone tanto a queste proposte perché viene modificato il Regolamento, quanto piuttosto perché si teme che dietro a queste proposte emendative al Regolamento possa esserci il disegno di riuscire a modificare in modo incisivo le leggi elettorali.

Ho già detto l'ultima volta che l'Ufficio di Presidenza a tutt'oggi non ha ancora ottenuto alcun documento con il quale si propone di modificare le attuali norme elettorali. E l'ultima volta ho anche detto che sarà molto difficile - e a mio avviso impossibile - riuscire ad esaminare ancora in questa legislatura una nuova riforma elettorale, in quanto per motivi di tempo saremo in grado di esaminare a malapena i punti che sono ora all'ordine del giorno. Ma se dovessero essere seguiti disegni di questo tipo, Le assicuro che non provengono dall'Ufficio di Presidenza - e posso aggiungere - nemmeno dal partito a cui appartengo. Questo è tutto.

PRÄSIDENT: Damit gehen wir zu den Stimmabgabeerklärungen über. Ich gebe demjenigen das Wort, der sich als erster vorgemerkt hat: dem Abg. Taverna.

PRESIDENTE: Passiamo ora alle dichiarazioni di voto. Do la parola al consigliere che si è iscritto per primo: il cons. Taverna.

TAVERNA: Signor Presidente, onorevoli colleghi, mi accingo a fare una dichiarazione di voto sulla delibera n. 29, a titolo meramente personale. Con questa dichiarazione di voto non voglio in alcun modo coinvolgere i colleghi di gruppo, i quali potranno convenire o meno sulle mie motivazioni, ma tuttavia ritengo innanzitutto che quanto si sta per fare sia uno schiaffo di grande rilevanza e significato nei confronti di questa assemblea legislativa, proprio per la procedura che la Presidenza ha inteso dover osservare nel caso della modifica del regolamento del Consiglio regionale.

Innanzitutto, onorevoli colleghi, mi domando come possa essere legittimato un Presidente del Consiglio della Regione autonoma Trentino-Alto Adige, quando in una recentissima intervista ha dichiarato che l'istituzione della quale lui è pur sempre il Presidente, ha ormai esaurito il suo compito e quindi ha politicamente decretato la fine politica dell'ente, nei confronti del quale il Presidente è chiamato a rispondere in prima persona della sua difesa.

In primo luogo la sfiducia nei confronti di questo Presidente è una sfiducia di natura politica, vedremo se attivare le procedure per la presentazione di una mozione di sfiducia nei confronti del Presidente del Consiglio, in secondo luogo non è pensabile, nè possibile, poter accettare senza reagire e mi domando dove siano i democratici che albergano in questa assemblea, quando hanno assistito, senza protesta alcuna, quando hanno condiviso addirittura un'iniziativa che è in contrasto con i precedenti e con la lettera e lo spirito del regolamento.

Dichiaro fin d'ora, onorevoli colleghi, che dopo un primo sommario esame della questione, che non può e non deve avere un significato politico, mi spoglio in questo momento della mia collocazione politica per significare all'interno di questa assemblea ancora coloro che hanno la volontà, la grinta, la passione di potersi confrontare con convinzione nei confronti della Presidenza, che ha inteso supinamente assecondare il disegno politico, che è quello del Presidente della Giunta regionale. Ecco un secondo motivo di censura nei confronti della Presidenza, una censura che va rivolta al Presidente che non ha saputo difendere le prerogative dell'assemblea, e soprattutto essendo egli Presidente dell'Assemblea avrebbe dovuto lui per primo porsi nella condizione di strenuo difensore del regolamento.

La procedura, onorevoli colleghi, seguita e la ratifica del Consiglio per la procedura cosa sta a significare se non la volontà di sanare a posteriori una realtà che sanabile non è.

Signor Presidente avevo chiesto tutti i precedenti che hanno per riferimento la modifica del regolamento, intervenuti nella durata di vita di questa assemblea legislativa e sulla base delle memorie storiche, non già sulla base di un'attenta lettura di precedenti che ancora non ho, ma sulla base di quanto avvenuto e della memoria storica sono nella condizione di poter qui esprimere, sempre a titolo personale, nella convinzione che, qualora la delibera dovesse passare, e ci sono tutti i presupposti perché la delibera passi, ci siano ampi margini di opposizione nei confronti della giustizia amministrativa, nei confronti appunto di una procedura che è difforme dalle previsioni regolamentari.

Non si può cancellare il regolamento con colpi di maggioranza, se si dovesse accettare questa impostazione e questa prassi sarebbe la fine della nostra carta fondamentale, sarebbe la fine delle garanzie che sono riservate alla minoranza, per quanto riguarda il regolamento dei nostri lavori.

Sono oltremodo convinto che quanto si stia verificando, anche in raffronto all'epilogo di questa vicenda vergognosa, come anche in questa circostanza noi, dopo aver respinto, nella seduta scorsa, ad uno uno gli emendamenti presentati dalla collega Klotz, abbiamo disatteso un'altra volta il

regolamento.

Gli emendamenti dovevano essere discussi, votati e poi discussi e votati gli articoli. La volta passata abbiamo in maniera furbesca proceduto alla votazione e alla reiezione uno per uno degli emendamenti presentati dalla collega Klotz e adesso ci accingiamo a votare complessivamente la delibera. Anche sotto questo profilo la procedura è inesatta, è contraddittoria, non è conforme alla lettera e allo spirito del regolamento.

Dirò di più. Se questo colpo di mano avesse per davvero voluto determinare una diversa realtà, rispetto alla quale i lavori del Consiglio dovevano e potevano essere organizzati, non si può mettere in dubbio la limitatezza di questo regolamento, ma in dubbio deve essere messa la volontà politica di questa Giunta e di questa maggioranza, che si trova nella condizione di determinare un reale enpasse per la vita e per la considerazione che la Regione dovrebbe avere e dovrebbe essergli riconosciuta.

Evidentemente anche sotto questo profilo i nostri numerosi interventi hanno dimostrato soltanto una superficialità e una faciloneria che mal si congegnano con la responsabilità della Presidenza in ordine ai supremi interessi, che alla Presidenza dovevano essergli riconosciuti, in quanto al di sopra delle parti e in quanto depositaria della difesa dei diritti.

Signor Presidente e onorevoli colleghi, il mio voto non può che essere contrario e allora non solo abbiamo di fronte questa realtà politico-istituzionale nuova, che si è andata a determinare, ma dichiaro sin d'ora, signor Presidente e onorevoli colleghi, che per quanto mi riguarda ogni occasione è buona per poter fare il conto della situazione e anche con la riduzione dei tempi, in un momento in cui il sottoscritto lo riterrà opportuno, adotterà tutti gli strumenti a sua disposizione, per far sì che la voce dell'opposizione possa riservare in quest'aula la dignità che sicuramente non è stata osservata in questa circostanza, anzi ne è stata sicuramente calpestata.

PRÄSIDENT: Die nächste Wortmeldung geht an die Abg. Klotz. Bitte schön.

PRESIDENTE: Per il prossimo intervento si è iscritta a parlare la cons. Klotz. Prego, ne ha facoltà.

KLOTZ: Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Aus der Generaldebatte ist ganz klar geworden, daß wir dieser Änderung der Geschäftsordnung und vor allem Dingen der einschneidenden Reduzierung der Redezeiten nicht zustimmen werden, und zwar aus mehreren Gründen: Einmal deshalb, weil wir in der Fraktionssprechersitzung als einzige gegen verschiedene Artikel opponiert haben, beispielsweise was die Redezeiten in der Generaldebatte anbelangt und dann weil die Redezeiten in der Stimmabgabeerklärung auch sehr wesentlich sind. Ich möchte das, was der Herr Präsident gesagt hat, zurückweisen. Es geht hier nicht darum, eine vereinfachte Form des Arbeitens zu finden; dazu ist die Änderung der Geschäftsordnung und die Reduzierung der Redezeiten um die Hälfte nicht geeignet. Eine Vereinfachung der Arbeiten und die Effizienz der Arbeiten kann nur dann garantiert werden, wenn die politische Kultur garantiert ist. Und das heißt, wenn Mehrheit und Minderheit gleichermaßen Interesse daran haben, daß die gute, bzw. die beste Lösung, das beste Gesetz herauskommt und nicht daß Gesetzmaßnahmen herauskommen, die also die Macht bestimmter Parteien noch mehr ausbauen oder deren Einflußnahme noch erweitern. Wenn wir das hier als politische Minderheit erkennen, dann haben wir einen Schritt vorwärts gemacht. Und das haben wir gerade bei Behandlung der neuen Gemeindeordnung festgestellt, gerade wo es um direkte demokratische Schritte, um das zwingend vorgeschriebene Referendum ging, da haben bis zum Schluß halt eben die Mehrheitsfraktionen, die Mächtigen alles darangesetzt, um zu verhindern, daß ihre Macht kontrolliert wird und daß sie neben sich auch noch das souveräne Volk haben. Und da haben wir gesehen, Kollege Tribus, daß es nicht unbedingt so ist, daß den Kollegen anstellen kann, zu reden, wenn man selber nicht mehr reden kann, denn erstens gibt es viele Fraktionen, die nicht aus 20 Abgeordneten bestehen, sondern aus sehr viel

wenigeren, und zweitens gibt es in dieser Geschäftsordnung eine ganze Reihe von Bestimmungen, was die Stimmabgabeerklärungen anbelangt, was beispielsweise die Tagesordnungen anbelangt und anderes mehr, wo nur einer pro Fraktion reden darf. Ich könnte sie sogar aufzählen. Es bleiben die Abänderungsanträge zu den Gesetzentwürfen? Aber da haben wir gesehen, daß auch die Mehrheit dann immer noch eine Möglichkeit hat: nämlich wenn sie immer die Nummern, die Zahlen zustande bringt, kann sie ganz einfach die Spielregeln ändern. Wenn man so will, ist das die Probe auf's Exempel, wo man eben mit einem Großteil der Minderheiten tun kann, was man will, da die sich nicht mehr zu Wehr setzen können. Im übrigen halte ich es nach wie vor als ungeschickt, so kurz vor Ende der Legislatur diese Maßnahme zu ergreifen. Wir haben zwei dicke Brocken durch, das sind Familienpaket und die neue Gemeindeordnung. Und was die Effizienz anbelangt, so kann man nur sagen, die Mehrheit soll mit der Minderheit vernünftig verhandeln und reden, sodaß die beste Lösung herauskommt. Ich habe meine Pflicht als Minderheitenvertreterin getan. Ich habe meinen Widerstand geltend gemacht. Ich habe opponiert, sei es in der Fraktionssprechersitzung, beim Fraktionssprecherkollegium, als auch hier im Saal. Wir sind Demokraten, aber das was Ihr jetzt macht, ist nicht demokratisch. Und zwar muß ich dem auch zustimmen: das ist sicher nicht in Ordnung, daß einfach alles in einem Auswischen geändert werden soll.

(Signor Presidente! Colleghe e colleghi! Da ciò che è emerso in discussione generale risulta chiaro che non potremo dare il nostro voto favorevole a queste modifiche del Regolamento interno e soprattutto a questa drastica riduzione dei tempi di intervento. E ci sono varie ragioni per questo: innanzi tutto perché in sede di Collegio dei capigruppo noi siamo stati gli unici ad opporci ad alcune modifiche, in particolar modo per quel che riguarda i tempi di intervento in discussione generale e poi anche per quel che concerne gli interventi in dichiarazione di voto, che sono molto importanti. Vorrei contraddire le affermazioni del Presidente. Qui non si tratta di trovare un più efficiente strumento di lavoro; le modifiche al Regolamento e la riduzione dei tempi di intervento non sono il mezzo più appropriato per raggiungere questo scopo. Una semplificazione dei lavori e conseguente efficienza può solo essere garantita, se è garantita anche una certa cultura politica. Ovvero, se la maggioranza e la minoranza hanno tutto l'interesse a trovare la soluzione migliore, la legge migliore e se non vengono predisposti provvedimenti di legge che cementificano ulteriormente il potere di certi partiti estendendo ulteriormente la loro sfera di influenza. Se noi, come minoranza politica, riconosciamo questo, abbiamo fatto un importante passo avanti. E questo lo abbiamo constatato in particolar modo in occasione dell'esame del nuovo Ordinamento dei Comuni, quando si trattò di prevedere degli istituti democratici, come il referendum vincolante: allora i potenti partiti di maggioranza fecero di tutto per evitare che il loro potere venisse controllato e potessero venire affiancati dal popolo sovrano. In quell'occasione, collega Tribus, abbiamo visto che non necessariamente, quando uno non ha più facoltà di parlare, può continuare il collega, perché - primo - ci sono molti gruppi che non sono composti da venti rappresentanti, ma da molti di meno e - secondo - in questo Regolamento ci sono una serie di disposizioni che limitano ad un rappresentante per gruppo le dichiarazioni di voto, gli ordini del giorno e gli altri punti. Potrei elencare tutte queste disposizioni. Ci restano gli emendamenti ai disegni di legge? Ma anche qui abbiamo visto che la maggioranza dispone sempre di un'ulteriore possibilità: basandosi sui numeri abbiamo visto che si possono sempre cambiare le regole del gioco. Questo è proprio un esempio calzante che dimostra che con le minoranze si può fare quel che si vuole, dato che esse non possono ribellarsi. Per il resto ritengo sia alquanto inopportuno adottare questi provvedimenti a così breve termine dalla scadenza della legislatura. Abbiamo approvato due grossi disegni di legge: il Pacchetto Famiglia e l'Ordinamento dei Comuni. Per quanto concerne l'efficienza si può solo aggiungere che la maggioranza deve trattare e parlare ragionevolmente con le minoranze, in modo che ne esca la soluzione migliore per tutti. Io ho fatto il mio dovere come rappresentante delle minoranze. Ho esercitato la mia opposizione. Mi sono opposta

sia in sede di collegio dei capigruppo che in quest'aula. Noi siamo democratici, ma questo che ora fate, non è affatto democratico. E devo anche aggiungere che non va bene modificare ora tutto con un colpo di mano.)

PRÄSIDENT: Normalerweise redet einer von einer Fraktion, nicht? Aber großzügigerweise, gebe ich jetzt das Wort dem Abg. Benedikter.

Bitte Abg. Benedikter.

PRESIDENTE: Normalmente parla un esponente per gruppo. Generosamente do ora la parola al cons. Benedikter.

Prego, cons. Benedikter.

BENEDIKTER: Ja, ich kann nicht umhin, den Begründungen oder Rechtfertigungen, die der Präsident heute vorgebracht hat, zu widersprechen, weil sie einfach nicht stimmen. Die Aufgaben des Regionalrates, hast Du gesagt, sind vielfältiger geworden. Ja ist nicht der Gegenteil doch der Fall? Der Regionalrat hat zuerst etwa um die 50 Sachgebiete gehabt und hat dann nur noch 15 Sachgebiete behalten. Man kann also nicht sagen, daß sie vielfältiger geworden sind. Und trotzdem: als der Regionalrat noch die vielen Sachgebiete gehabt hat, hat man nach 1972 noch fast ein Jahrzehnt mit der Bestimmung gearbeitet, daß keine zeitliche Begrenzung vorgesehen war. So hat man gearbeitet seit 1948 bis Anfang der achtziger Jahre: ohne zeitliche Begrenzung. Und von 1948 bis 1972, war der Regionalrat im Vergleich zu den heutigen Zuständigkeiten ja zuständig für das Dreifache. Der Vergleich mit der italienischen Abgeordnetenversammlung ist auch nicht angebracht. Ich weiß, die haben zwanzig Minuten; nur sind da nicht 70, sondern fast das Zehnfache, 630 Abgeordnete. Und das ist ein kleiner Unterschied. Und das Europaparlament? Man kann uns doch nicht mit dem Europaparlament vergleichen. Wir wissen ja das Europaparlament macht keine Gesetze, da es keine Gesetzgebung hat. Es gibt Gutachten. Wenn es gesetzgeberisch tätig sein könnte, wären die fünf Minuten ja gar nicht vorstellbar.

Was die Gemeindeordnung betrifft: Die Gemeindeordnung hätte ohne weiters im Frühjahr 1992 durchgebracht werden können, wenn die Mehrheit es gewollt hätte. Ich kann mich gut an die Zusammenkünfte erinnern, wo z.B. von Seiten des Abg. Brugger gesagt worden ist: lassen wir uns Zeit, wir müssen noch mit der Basis, mit den Gemeinderäten reden, da sind weitere Überlegungen im Gange. Und man ist dann, wo wir im Juli hätte fertigmachen können, auf September gegangen, man hat sich Zeit gelassen. Das wollte die Mehrheit. Ich war jedenfalls immer darauf gefaßt, daß man im Juni, spätestens im Juli fertig wird und wir wären auch fertig geworden. Also, das ist nicht verständlich und umso weniger noch verständlich, wenn man bedenkt, daß dem Regionalrat und auch den Landtagen heuer ein Termin gesetzt wird, eine sogenannte Verfallsfrist, innerhalb welcher sie sich zu den geplanten Regionalreformen äußern müssen; darunter fällt auch die Frage der Abschaffung der Region. Selbstverständlich wird der Regionalrat aufgefordert werden, dazu Stellung zu nehmen und wenn die Südtiroler Volkspartei Wort hält, so wie Abg. Siegfried Brugger erklärt hat, müßte sie ja für die Abschaffung sein. Dann wird sie höchstwahrscheinlich allein mit uns für die Abschaffung sein. Dort könnten wir zusammen froh sein, wenn wir die Stunde hätten, um eben womöglich diese Entscheidung sozusagen auch unter den Eindruck dieser sogenannten Obstruktion zu beeinflussen.

Und eines ist sicher: der Präsident Peterlini hat gesagt, die Obstruktion ist trotzdem möglich, man macht sie halt statt mit einer Stunde, mit einer halben Stunde. Tatsache ist, daß bei der Gemeindeordnung dann von Seiten des Regionalausschusses und von Seiten der Mehrheit wesentliche Abänderungen dann angenommen worden sind, weil man irgendwie unter dem Eindruck, daß sich das sonst in die Länge zieht, eben vernünftige Anträge hat durchgehen lassen. Daher verstehe ich es wirklich nicht, da man 30 Jahre lang im Regionalrat ohne zeitliche Beschränkung gearbeitet hat, als der

Regionalrat die meisten Befugnisse hatte. Dann ist man auf die Stunde übergegangen. Nur heuer, nur im Jahr 1992 hat sich das ergeben, daß sich das solange hinausgezogen hat, mit der Gemeindeordnung und auch dem Familienpaket. Aber wie gesagt: am meistens hat sich ja die Gemeindeordnung hinausgezogen. Das hat aber von der Mehrheit abgehängt. Die Mehrheit wollte zuerst im Frühjahr fertig werden, und man wäre auch fertig geworden. Dann ist man auf dem Herbst gegangen und da hat die Mehrheit gezögert es zu verabschieden und es immer wieder verzögert. Man hätte es leicht im Juli können verabschieden können, unabhängig von der Stunde. Wie gesagt: es ist nicht verständlich warum ausgerechnet im Regionalrat, wo das deutsche Element in der Minderheit ist, die Südtiroler Volkspartei hier zustimmt gegen diese Halbierung der Redezeit, umsomehr nachdem wir uns bewußt sind, daß es auch auf die Redezeit ankommen dürfte. Und das einzige sagen wir Parlament in Italien, mit dem wir verglichen werden können, ist nicht die römische Kammer, sondern das Aostatal mit seinen 51 Abgeordneten, die mehr oder weniger die selben Zuständigkeiten haben und wo eben zwei Sprachen gesprochen werden und wo die Redezeit in der Generaldebatte insgesamt anderthalb Stunden vorgesehen ist. Eine Stunde für die erste und eine halbe Stunde für die zweite Rede. Jetzt sind wir hier auf ein Drittel dessen, was im Aostatal zulässig ist. Und wie gesagt sowohl im Südtiroler Landtag, als auch im Trentiner Landtag (wo ja keine Zweisprachkeit herrscht), die ja viel mehr Zuständigkeiten haben - 44 Sachgebiete haben die beiden Provinzen gegenüber den 15 der Region -, hat man immerhin eine Stunde und es geht auch weiter: es wird auch alles erledigt. Abgesehen davon, wie gesagt, daß es in Nordtirol überhaupt keine Begrenzung gibt. Es ist nicht einmal vorgesehen, daß man sich einigen soll. Es ist nicht einmal vorgesehen, daß sich die Club-Obmänner oder Obleute von Fall zu Fall auf eine Gesamtredezeit einigen, weil sich ja alle bewußt sind, daß selbstverständlich ein Gesetz je nach Wichtigkeit und je nach Dringlichkeit eben entsprechend behandelt werden muß und nicht die Zeit das Gesetz als solches verhindern kann. Die Mehrheit ist sowieso immer in der Lage, das Gesetz rechtzeitig durchzubringen. Das hat sich in 45 Jahren immer als Tatbestand erwiesen. Und das ist auch die Erfahrung eben wie gesagt von 45 Jahren sei es des Regionalrates, sei es des Landtages. Abgesehen von der Möglichkeit, daß diese Beschlußfassung hier für die Prozedur angefochten werden kann, weil eine ganz andere Prozedur hier eingeschlagen worden ist, als in der Vergangenheit anläßlich der Änderungen der Geschäftsordnungen, behalten wir uns vor, auch anzufechten und werden natürlich auch dagegen stimmen.

(Non posso fare a meno di contraddire le affermazioni del Presidente. I compiti di questo Consiglio regionale, hai detto, sono diventati più articolati. Ma non è avvenuto forse il contrario? Il Consiglio regionale prima aveva circa 50 competenze e ora ne ha mantenute solo 15. Non si può quindi dire che i compiti siano ora più articolati. Comunque: quando il Consiglio regionale aveva ancora molte attribuzioni, si è continuato dopo il 1972 ancora per quasi un decennio a lavorare senza che vi fosse alcuna limitazione di tempo. Così si è lavorato dal lontano 1948 fino agli anni '80: senza alcuna limitazione di tempo per gli interventi. E dal 1948 al 1972, rispetto alle competenze odierne, il Consiglio regionale aveva tre volte più attribuzioni. Il confronto con la Camera dei Deputati non è appropriato. So che loro hanno 20 minuti; solo che non sono 70, ma quasi 10 volte tanti: 630 deputati. E questa è una differenza fondamentale. E il Parlamento europeo? Non ci si può confrontare con il Parlamento europeo. Sappiamo che il Parlamento europeo non legifera, perché non ha potere legiferante. Dà solo pareri. Se dovesse legiferare, i 5 minuti sicuramente non sarebbero sufficienti.

Per quanto concerne l'Ordinamento dei Comuni, si sarebbe potuto finire già nella primavera del 1992, se solo si avesse voluto. Ricordo bene gli incontri, dove il cons. Brugger diceva: lasciateci tempo, dobbiamo ancora parlare con la base, con i Consigli comunali, sono in atto consultazioni di vario genere. Sebbene avessimo potuto finire a luglio, si è così arrivati a settembre. Io comunque ritenevo che si sarebbe potuto finire in giugno, massimo luglio. Quindi tutto questo non è

comprensibile, tanto più se si considera che al Consiglio regionale e ai Consigli provinciali quest'anno verrà posto un termine perentorio entro il quale dovranno esprimersi in merito alle riforme regionali in programma, tra cui anche l'abolizione della Regione. Naturalmente il Consiglio regionale verrà invitato a prendere posizione a riguardo e se la Südtiroler Volkspartei terrà la parola, così come aveva confermato il cons. Brugger, anch'essa voterà a favore della soppressione. Probabilmente allora sarà sola con noi, a favore della abolizione della Regione. In quell'occasione potremmo voler avere ancora un'ora a disposizione per potere influenzare la decisione finale con lo strumento dell'ostruzionismo.

Una cosa comunque è certa: il Presidente Peterlini ha detto che sarebbe stato possibile fare dell'ostruzionismo anche con una mezz'ora, invece che con un'ora. E' però un dato di fatto che nel corso dell'esame del nuovo Ordinamento dei Comuni, temendo che la cosa potesse protrarsi oltremodo, la Giunta regionale e la maggioranza abbiano accettato di inserire una serie emendamenti molto ragionevoli. Per questo non capisco la ragione, per la quale in passato sia stato possibile lavorare 30 anni senza alcuna limitazione di tempo, quando il Consiglio regionale aveva ancora un sacco di attribuzioni (si è passati solo dopo all'ora di tempo), e solo nell'anno 1992 siano emersi dei problemi con il nuovo Ordinamento dei Comuni ed il Pacchetto Famiglia. Ma è stato soprattutto con il Pacchetto Famiglia che ci sono stati problemi. Ma erano problemi riconducibili per la maggior parte alla maggioranza. La maggioranza voleva prima concludere in primavera, e sarebbe anche stato possibile. Poi si è arrivati all'autunno e la maggioranza ha prorogato sempre più i lavori. Forse si sarebbe potuti approvare a luglio, indipendentemente dai tempi previsti. Ma non capisco perché ora in Consiglio regionale, dove la componente tedesca è in minoranza, la Südtiroler Volkspartei voti a favore del dimezzamento dei tempi di intervento, tantopiù che non si risolve nulla. E l'unico Parlamento in Italia con il quale possiamo paragonarci, non è la Camera dei Deputati, ma la Valle d'Aosta con i suoi 51 consiglieri, che ha più o meno le nostre stesse competenze e dove è prevista un'ora e mezza di intervento, anche a causa della difficoltà delle due lingue. Un'ora per il primo e mezz'ora per il secondo intervento. Ora qui introduciamo un terzo di quanto previsto in Valle d'Aosta. E dopotutto in Consiglio provinciale di Trento (dove non c'è il problema delle due lingue) e di Bolzano, che hanno molte più competenze - 44 materie provinciali rispetto alle 15 regionali - i consiglieri hanno a disposizione un'ora e riescono a svolgere tutto il lavoro. Va inoltre ricordato che in Tirolo del Nord non esiste alcuna restrizione dei tempi di intervento. Non è nemmeno previsto che si debba trovare un accordo e che i Presidenti di caso in caso stabiliscano quanto tempo dedicare ad un certo argomento, in quanto tutti sanno che un disegno di legge va affrontato con le dovute modalità a seconda della importanza e dell'urgenza e che una limitazione del tempo non impedisce certo la sua approvazione. La maggioranza, se vuole, riesce comunque sempre a far passare un disegno di legge. In 45 anni di esperienza in Consiglio regionale e provinciale ne abbiamo avuto ripetutamente la prova. A parte il fatto che c'è anche la possibilità che la procedura adottata possa essere impugnata, in quanto per le modifiche al Regolamento qui è stata seguita una procedura completamente diversa rispetto al passato, noi ci riserviamo dunque di ricorrere contro questa procedura e voteremo naturalmente contro.)

PRÄSIDENT: Abg. Taverna, haben Sie sich nochmal zu Wort gemeldet? Sie haben keine Möglichkeit mehr ...bitte, bitte zur Geschäftsordnung.

PRESIDENTE: Cons. Taverna, Lei ha chiesto nuovamente la parola? Lei non ne ha più facoltà.... Prego, sul Regolamento.

TAVERNA: Signor Presidente, quanto mi sono sforzato di rappresentare nel corso dei molteplici interventi si è puntualmente dimostrato vero in questa occasione.

Noi stiamo seguendo la procedura indicata dall'art. 97 per quanto riguarda le

dichiarazioni di voto, che recita: "I consiglieri prima della votazione finale di un disegno di legge, possono dare una succinta motivazione del proprio voto. Tali interventi non possono superare i dieci minuti."

E' evidente a questo punto e dal momento che nelle ultime fasi del dibattito sulla delibera n. 29 e le ricordo, signor Presidente, che anche una legge è una deliberazione del Consiglio, ma fatto molto sintomatico è che l'aver seguito la procedura dell'art. 97 del regolamento dovrebbe presupporre, colleghi Klotz e Benedikter, che la procedura che si sarebbe dovuto seguire nella discussione della delibera n. 29, doveva essere la procedura della discussione e dell'esame dei disegni di legge. E' evidente a questo proposito che se al termine la procedura viene completamente ribaltata, perché fino ad un minuto fa non vi era la procedura indicata dal regolamento in materia di discussione e di esame del disegno di legge, tanto è vero che il Presidente ha dovuto farsi approvare dal Consiglio una procedura da lui inventata, al di fuori della previsione regolamentare, quanto nel tentativo ingenuo di dover sanare una procedura illegittima, adesso d'improvviso adottiamo la procedura prevista per i disegni di legge.

Abbiamo assistito alle dichiarazioni dei colleghi Klotz e Benedikter in merito a questa delibera, quindi è sintomatico e fuori da ogni dubbio la interpretazione e questo richiamo al regolamento lo faccio, non tanto per contestare la legittimità dell'operato del Presidente in questo frangente, perché ha ragione, ma è in contraddizione con le prese di posizione della Presidenza adottate fin qui. Lui rientra nella legalità al termine della discussione, rientra nella legalità quando la delibera viene messa in votazione, rientra nella norma quando ormai i giochi sono fatti, impedendo - voglio che sia messo a verbale e che risulti dal resoconto stenografico di questa seduta - perché attraverso l'andamento dei lavori si può evincere in modo evidente quante palesi violazioni noi abbiamo commesso in occasione di questa delibera.

Le ricordo, signor Presidente, che vi è una differenza sostanziale tra la procedura indicata dal regolamento per quanto riguarda la discussione e l'esame dei disegni di legge e la procedura indicata dal regolamento per quanto riguarda la discussione e l'approvazione di una mozione, diversi sono i riferimenti normativi, i presupposti di ordine giuridico e gli obiettivi di ordine politico.

E' fin troppo chiaro ed evidente come in questa circostanza ci troviamo a deliberare, così come ci saremmo trovati a deliberare nei confronti di una legge, così come saremo chiamati a deliberare nei confronti dell'approvazione di una mozione, ma già il fatto di aver adottato il primo comma dell'art. 97 del regolamento, mi convince sempre di più che fino adesso si è sbagliato, si era al di fuori della norma, non si aveva opportunamente e fino in fondo approfondito i termini della questione, si era impedito la presentazione degli emendamenti e si era impedito che il sottoscritto, come presentatore di modifiche al regolamento, non fosse nemmeno stato discusso dalla Commissione per il regolamento.

Di fronte a tutte queste violazioni, che non sono dirette ad uno schieramento politico, sono dirette a ciascuno di noi in quanto consiglieri regionali, in quanto portatori di un settantesimo della sovranità popolare, ecco i motivi della mia protesta e dei miei costanti richiami al regolamento.

Ho trovato finalmente soddisfazione, signor Presidente, quando lei ha ritenuto, nell'ultima scena dell'ultimo atto, di riscoprire la parte secondo copione e quindi di recitarla al meglio, ma non è sufficiente, signor Presidente, all'ultima scena dell'ultimo atto, per sanare una procedura sbagliatissima, scorrettissima, nei confronti della quale il sottoscritto impugnerà per violazione palese del regolamento.

PRÄSIDENT: Kollege Taverna, ich mache Sie darauf aufmerksam, daß Sie die Redezeit zur Geschäftsordnung dazu genützt haben, nochmal Ihren politischen Standpunkt zu äußern, und damit also die Geschäftsordnung bis zum Maximum wiederum dehnen und damit weitere Beweise geben, daß es notwendig ist, einfach ein bißchen strenger das Ganze zu handhaben. Es tut mir leid, daß Sie immer

noch in einem Ton polemisieren, als ob Sie den Präsidenten da anklagen müßten. Ich wiederhole Ihnen noch einmal: der Beschlußfassungsvorschlag - und es geht um einen Beschlußfassungsvorschlag und um kein Gesetz - kommt vom Präsidium und nicht von den Fraktionsführern und von einer Mehrheit von Minderheit und Mehrheit. Das sollten Sie auch zur Kenntnis nehmen. Die Prozedur wurde vom Regionalrat mit großer breiter Mehrheit so beschlossen, nicht in posteriori, sondern vorher. Die Stimmabgabeerklärungen sind nicht nur bei Gesetzen möglich, sondern auch bei Beschlußanträgen; die zu einem Beschlußfassungsvorschlag liegen vielleicht in der Mitte und deswegen habe ich ein bißchen großzügigerweise den Abgeordneten das Wort erteilt. Bei Gesetzen kann jeder reden, bei Beschlußanträgen nur einer. Das haben wir deshalb ein bißchen großzügig gehandhabt, weil ja keine Bestimmung für diese Fälle vorliegt. Aber die Prozedur mußte beschlossen werden. Jetzt hat Abg. Kaserer das Wort und dann Abg. Meraner.

PRESIDENTE: Collega Taverna, vorrei farLe osservare che Lei ha utilizzato il Suo intervento sul Regolamento per esporre nuovamente la Sua posizione politica, forzando quindi oltremodo il Regolamento e dando così prova che è necessario procedere in modo più severo. Mi dispiace che Lei continui a polemizzare con tono accusatorio nei confronti del Presidente. Lo ripeto: la proposta di delibera - e si tratta di una proposta di delibera e non di una legge - è stata avanzata dall'Ufficio di Presidenza - non dai capigruppo - e dalla maggior parte della maggioranza e minoranza. E di questo Lei dovrebbe prenderne atto. La procedura invece è stata decisa dal Consiglio regionale a posteriori, e non prima. Le dichiarazioni di voto sono ammissibili non solo per i disegni di legge, ma anche per le mozioni; e siccome le proposte di delibera sono una via di mezzo, generosamente ho concesso la parola ai consiglieri. Per i disegni di legge può parlare ogni consigliere, per le mozioni solo uno. Comunque siamo stati un po' elastici, in quanto non è prevista una disposizione precisa per queste fattispecie. Ma la procedura doveva essere decisa. Ora do la parola al cons. Kaserer e poi al cons. Meraner.

KASERER: Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Zur Abänderung dieser Geschäftsordnung des Regionalrates ist bereits sehr viel gesagt worden und, meines Erachtens, gerade im Zusammenhang mit dieser geringen Abänderung fast zu viel. Es ist klar, daß die Kompetenz der Abänderung der Geschäftsordnung dem Regionalrat zusteht und der Regionalrat hat ausgiebig jetzt davon Gebrauch gemacht. Wenn man sich überlegt, wieviel Zeit wir jetzt für die Änderung dieser Geschäftsordnung aufgebraucht haben, dann glaube ich, müssen wir uns sowohl von Seiten der Kollegen die Kritik gefallen lassen, daß zu lange gesprochen worden ist, als auch von Seiten der Bevölkerung, die - und das stelle ich immer wieder fest, wenn jemand hier in den Regionalrat kommt und der Debatte beiwohnt - immer wieder feststellt, daß es nicht normal ist, so lange über manche Themen zu reden. Das ist das Urteil vieler Leute, die hier in den Regionalrat kommen, aber auch in den Landtag. Ich glaube es ist eine vernünftige Regelung, die die Mehrheit in diesem Regionalrat vorschlägt und es ist bei weitem kein Maulkorb, wie es der eine oder andere der Opposition hier versucht hat, glaubwürdig darzustellen. Das ist meines Erachtens nicht gelungen. Denken wir z. B. an ein Gesetz, das wir im vergangenen Jahr verabschieden haben, nämlich die Gemeindeordnung, wo eine Fraktion hier Hunderte von Abänderungsanträge gestellt hat, aber nicht nur bei der Änderung der Gemeindeordnung, sondern auch beim Familienpaket - und ich habe vollstes Verständnis für vernünftige Abänderungen, die eingereicht werden, aber wenn es dann nur mehr darum geht, Änderungen einzubringen, um die Arbeit zu verzögern, dann glaube ich, ist das nicht der Sinn dieses Gremiums und vor allem auch nicht der Sinn von Abänderungsanträgen -. Es hat sich ja gezeigt, daß dann nach Erfüllung bestimmter Forderungen oder Teilforderungen, einfach alle diese Abänderungsanträge mit einem Federstrich sozusagen zurückgezogen worden sind: damit haben diese Abgeordnete bewiesen, daß es ihnen nicht Ernst war; und ich glaube, der Regionalrat gibt sich damit ein schlechtes Zeugnis, wenn er seine Arbeit als solche überhaupt nicht Ernst nimmt. Wie gesagt, konstruktive Abänderungen, zu denen man verschiedener

Auffassung sein kann, verschiedener Meinung sein kann, das ist selbstverständlich, aber nicht in einem Ausmaße, der destruktiv ist. Das ist, glaube ich, falsch. Wenn der Kollege Benedikter sagt, er staune darüber, daß auch die SVP in diesem Regionalrat die Zustimmung dazu gibt, dann möchte ich den Kollegen Benedikter ersuchen, sich ein paar Jahre zurückerinnern, als im an der Regierung im Landtag und auch im Regionalrat war, selbst keine Freude mit langen Reden von Seiten der Opposition gehabt hat und gewisse Unmutsäußerungen von sich gegeben hat. An die mag er sich vielleicht jetzt nicht mehr erinnern, aber sie waren vorhanden. Er ist heute in einer anderen Funktion hier, aber man sollte doch das, was er in der Vergangenheit getan hat, nicht ganz vergessen. Wenn der Kollege Benedikter sagt, daß es früher eine solche Regelung nicht gebraucht hat, dann muß ich sagen: das wird schon sein, das können wir als diejenigen, die später gekommen sind, nicht so beurteilen. Aber Tatsache ist, daß es einfach erforderlich war, Änderungen vorzunehmen, um auf diese Weise in diesem Regionalrat konstruktiv zu arbeiten, wenn wir nicht wollen, daß ein Gesetzgebungsgremium, ob Regionalrat oder Landtag, aber auch andere Gremien, zu einem Debattierklub werden, wie es jemand genannt hat. Ich glaube, jeder, der seine Meinung zum Ausdruck bringen will, kann es hier im Regionalrat tun. Darüber besteht kein Zweifel. Wenn wir Vergleiche anstellen mit anderen derartigen Einrichtungen, dann ist unsere Geschäftsordnung eigentlich immer noch großzügig. Wir sind also mit dieser Regelung, so wie wir dabei sind, sie zu verabschieden, einverstanden. Wir haben alle in diesem Regionalrat, jeder Abgeordnete für sich, eine Verantwortung zu tragen und die Verantwortung gegenüber der Bevölkerung, gegenüber dem Wähler besteht darin, die Meinung zum Ausdruck zu bringen; und das ist richtig. Allerdings muß ich sagen, daß die Mehrheit in diesem Regionalrat, die auch die Regierungsverantwortung trägt, eine noch größere Verantwortung zu tragen hat, vor allem dann, wenn die Opposition Obstruktion betreibt.

In diesem Sinne werden wir für die Änderung zu dieser Geschäftsordnung stimmen, im Sinne eines konstruktiven Beitrages, damit dieses Organ effizienter arbeiten kann, als es im vergangenen Jahr oft der Fall war.

(Signor Presidente! Colleghe e colleghi! Sono già state fatte molte affermazioni in merito a questa modifica al Regolamento interno. Se consideriamo che si tratta di una modifica minima, il tempo che vi abbiamo dedicato mi sembra eccessivo. E' chiaro che la competenza per la modifica al Regolamento spetta al Consiglio regionale ed il Consiglio regionale ora si è avvalso di tale possibilità. Se si considera quanto tempo abbiamo sprecato ora per questa modifica al Regolamento, allora dobbiamo anche dar ragione alla critica di qualche collega che ha asserito che in questo consesso si parla troppo, e troppo a lungo; e questa critica viene mossa anche dalla popolazione - e questo lo constato ogni qualvolta qualcuno assiste al dibattito in aula. I cittadini si rivolgono poi a me, dicendomi che non è normale parlare così a lungo su certi argomenti.- E questo è il giudizio di molte persone che vengono ad assistere ai lavori del Consiglio regionale, ma anche del Consiglio provinciale. Io credo che questa disciplina che la maggioranza propone al Consiglio regionale, sia ragionevole e non si tratti assolutamente di un bavaglio che si vuol mettere ai consiglieri, come ha affermato qualcuno dell'opposizione. Non è credibile. Pensiamo per esempio ad una legge che abbiamo approvato l'anno scorso, come l'ordinamento dei Comuni, dove un gruppo ha presentato centinaia di emendamenti, ma solo in occasione di tale legge, ma anche al Pacchetto Famiglia - ed io sono favorevole alla presentazione di emendamenti ragionevoli, ma se si tratta solo di presentare emendamenti per prorogare i lavori del Consiglio, allora ritengo non sia questo il senso di questo organo e soprattutto non il senso degli emendamenti. E' abbiamo potuto constatare che, dopo che determinate richieste erano state soddisfatte, tutti gli emendamenti sono stati contemporaneamente ritirati: quei consiglieri che lo hanno fatto, hanno così dimostrato che per loro non si trattava di una cosa seria; sono dell'avviso che il Consiglio regionale dia una cattiva prova di sé, se non prende sul serio il proprio lavoro. Come ho avuto modo di dire, è ovvio che vi siano degli emendamenti costruttivi

che si possono anche non condividere, ma non però nella misura in cui essi diventano distruttivi. E ritengo che ciò sia sbagliato. Se il collega Benedikter afferma di meravigliarsi per il fatto che la SVP dia il proprio voto favorevole al provvedimento in discussione, desidero invitare il cons. Benedikter a ricordare quando egli membro di Giunta in Consiglio provinciale ed in Consiglio regionale e non si rallegrava affatto che le opposizioni intervenissero così a lungo, e varie volte ha espresso un certo malumore in tal senso. Forse egli non ricorda certi fatti, ma questa era la situazione. Oggi egli riveste un'altra funzione, ma tuttavia non dovrebbe dimenticare completamente ciò che ha fatto in passato. Se il collega Benedikter afferma che in passato una simile regolamentazione non era necessaria, allora mi vedo costretto e rispondergli che noi, la generazione successiva, non siamo in grado di valutare correttamente tale affermazione. Ma è un dato di fatto che era semplicemente necessario apportare delle modifiche al regolamento per poter lavorare in modo costruttivo, evitando che un organo legislativo come il consiglio regionale o quello provinciale diventino un circolo di discussione, come qualcuno l'ha definito. Ritengo che ogni consigliere di questo consesso possa esporre le proprie argomentazioni, e su questo non vi sono dubbi. Se vogliamo fare dei paragoni con istituzioni simili, allora ritengo che il nostro Regolamento interno sia magnanimo rispetto ad altri. Per cui siamo a favore di questa nuova regolamentazione che ci accingiamo ad approvare. Tutti in questo consesso, ed ogni consigliere singolarmente, abbiamo delle responsabilità nei confronti della popolazione, dei cittadini, e queste consistono nell'esprimere la propria posizione, cosa che mi pare sia corretta. Comunque debbo osservare che la maggioranza di questo Consiglio regionale che è al governo, deve assumersi una responsabilità maggiore, soprattutto allorquando l'opposizione fa dell'ostruzionismo.

Per questo voteremo a favore di questa modifica del Regolamento interno, affinché si dia un contributo costruttivo per una maggiore efficienza di questo organo istituzionale rispetto agli anni scorsi).

PRÄSIDENT: Ja, zuerst, Abg. Meraner, müßte ich dem Kollegen Benedikter in persönlicher Angelegenheit das Wort geben. Er hat darum ersucht. Worin besteht die persönliche Angelegenheit?

PRESIDENTE: Prima però, collega Meraner, dovrei concedere la parola al cons. Benedikter per fatto personale. Egli l'ha chiesta. In che cosa consiste il fatto personale?

BENEDIKTER: Und zwar, weil der Abg. Kaserer gesagt hat, ich hätte in der Vergangenheit Unmut geäußert gegenüber zu langen Reden von seiten der Opposition, oder so ähnlich. Stimmt! Das mag auch sein, man kann den Unmut äußern, aber ich habe nie die Initiative ergriffen, deswegen die Zeiten entweder überhaupt zu begrenzen oder zu halbieren. Das stelle ich nur fest. Ich habe nie die Initiative ergriffen, nur aufgrund der Begründung, daß wenn jemand gegen ein Gesetz ist, so darf er nicht, weil er dagegen ist, reden so lang er kann. Das darf er nicht, hast Du gesagt. Denn nur konstruktive Opposition ist zugelassen. Ich gratuliere zu dieser Auffassung von einem Parlament. Danke.

(Il collega Kaserer ha detto che in passato ho espresso del malumore quando gli interventi dell'opposizione duravano troppo a lungo, o qualcosa di simile! E' possibile che ciò sia avvenuto, ma non ho mai assunto iniziative per limitare o dimezzare la durata degli interventi. Questa è una constatazione. Non ho mai assunto iniziative di questo tipo, motivandole, come necessarie nei confronti di quei consiglieri che erano contrari ad una legge e che quindi non si dovevano lasciar intervenire per tutto il tempo che desideravano. Tu stesso hai sostenuto che ciò non deve avvenire, poiché è ammessa solamente l'opposizione costruttiva. Mi congratulo con Te per la concezione che hai di quest'organo parlamentare. Grazie!)

PRÄSIDENT: So, dann ist das auch erledigt.

Abg. Meraner hat das Wort.

PRESIDENTE: Anche questo è stato superato.

La parola ora al cons. Meraner.

MERANER: Ja ich muß sagen, daß mich die Argumente des Vorvortragenden, also des Abg. Kaserers und auch die des Präsidenten Peterlini in keiner Weise überzeugt haben, weil sie objektiv einfach unhaltbar sind. Ich möchte nur daran erinnern, wie ich schon in der Generaldebatte gesagt habe, daß wir hier um des Kaisers Bart streiten. Auch wenn wir die Geschäftsordnung in dem von der Mehrheit und von der linken Opposition gewünschten Sinne abändern, dann tun wir überhaupt weder uns noch den Bürgern etwas Gutes, Herr Präsident Peterlini. Wir verschaffen uns keine Verkürzung der Diskussion, wenn es die einzelnen Abgeordneten nicht wollen. Sie behaupten zwar, daß dem so wäre. Ich werde sie bei den nächsten Sitzungen, falls die Geschäftsordnung so genehmigt wird, dann an ihr Versprechen erinnern. Wir werden dann sehen, ob sie es auch tatsächlich einhalten können und wünsche mir, daß sie dann nicht den einzelnen Abgeordneten, die trotzdem zu lange reden, die Schuld zuschieben, denn Sie stellen der Öffentlichkeit diese von Ihnen wohlwollend kleine Reform genannte Revolution so dar, als ob wir damit praktisch des Rätsels Lösung gefunden hätten, als ob wir dadurch schneller mit den Arbeiten im Regionalrat weiterkommen könnten, obwohl sie ganz genau wissen, daß dies nicht stimmt. Ich bin voll überzeugt, daß Sie hier aus eher populistischen Gründen der Bevölkerung etwas sagen, an das Sie selbst nicht glauben. Wir werden nicht schneller weiterkommen und deshalb ist dies ein unnützer und undemokratischer Akt. Eine unnötige Provokation gegenüber den politischen Minderheiten. Und es stimmt zwar, daß verschiedene Linke innerhalb der Opposition sich positiv zu diesem Handstreich bezüglich der Geschäftsordnung geäußert haben. Was meine gemischte Fraktion betrifft, so möchte ich feststellen und zu Protokoll geben, Herr Präsident, daß ich nie in irgendeiner Weise konsultiert worden bin. Und hier wäre eine Änderung zur Geschäftsordnung endlich einmal anzubringen. Denn Sie wissen ganz genau, daß es bei einer so heterogenen Gruppe, wie die gemischte Gruppe im Regionalrat, nicht zulässig sein kann, daß einer einfach für alle spricht. Das kann nicht zulässig sein. Wir sind eine total heterogene Gruppe. Aber da kommt der Mehrheit nicht die Idee, daß man etwas ändern sollte.

(Debbo dire che le argomentazioni degli interlocutori che mi hanno preceduto, quindi del cons. Kaserer e del Presidente Peterlini, non sono state affatto convincenti, poiché obiettivamente sono insostenibili. Desidero solamente ricordare quanto ho già avuto modo di dire in discussione generale, e cioè che si tratta di una questione di lana caprina. Anche se modifichiamo il Regolamento interno secondo quanto voluto dalla maggioranza e dall'opposizione di sinistra, non facciamo nulla di buono né per noi, né per i cittadini, signor Presidente Peterlini. Non otteniamo alcuna riduzione delle discussioni, se i singoli consiglieri non lo desiderano. Lei afferma che sarebbe così. Nel corso delle prossime sedute, se tale Regolamento interno verrà approvato, le ricorderò la Sua promessa. Allora avremo modo di verificare se potrà mantenerla, ed auspico che non voglia attribuire la colpa ai consiglieri che intervengono a lungo, poiché Lei presenta questa piccola riforma all'opinione pubblica, come se avessimo trovato la soluzione del problema, come se grazie ad essa potessimo lavorare con maggior celerità, ben sapendo invece che non è vero. Sono fermamente convinto che Lei voglia dire alla popolazione qualcosa per motivi populistici, a cui Lei stesso non crede. Sicuramente non procederemo più celermente, e per questo si tratta di un atto inutile ed antidemocratico. Una provocazione superflua nei confronti delle minoranze politiche. Ed è vero che alcuni rappresentanti della sinistra all'interno dell'opposizione si sono espressi a favore di un simile colpo di mano. Per ciò che concerne il gruppo misto, desidero constatare e prego che venga messo a verbale, che in nessun caso sono stato consultato. Ed in tal senso sarebbe da modificare il Regolamento interno! Poiché Lei

ben sa, che in un gruppo così eterogeneo, come il gruppo misto del Consiglio regionale, non è ammissibile che un rappresentante si esprima per tutti. Ciò non è ammissibile. Noi siamo un gruppo molto eterogeneo. Ma la maggioranza non pensa a intraprendere qualche iniziativa a riguardo).

PRÄSIDENT: Es ist jetzt vorgesehen mit dem neuen System. Es ist der Abänderungsantrag Abg. Berger, der dabei war.

PRESIDENTE: Con il nuovo Regolamento interno ciò è previsto. Infatti l'emendamento presentato della collega Berger propone proprio quanto Lei ha testè detto.

MERANER: Ich bin jedenfalls nie befragt worden, in keinster Weise und lehne deshalb strikt die Version ab, daß die gemischte Gruppe irgendwo, irgendwann und in irgendeiner Weise legitim für diese Geschäftsordnungsabänderung gestimmt haben kann. Das kann so nicht sein. Es ist dies, Herr Präsident, so meine ich, ein nicht vernünftiger, sondern schlechter politischer Stil, den Sie sich hier aneignen. Das Niederwalzen der Minderheit durch die breite Mehrheit, anstatt vernünftige politische und vom Konsens getragene Lösungen zu finden, scheint mir nicht der richtige Weg zu sein. Seit fast einem halben Jahrhundert war es in diesem Hause möglich mit der bestehenden Geschäftsordnung, oder früher auch mit einer noch großzügigeren, zu arbeiten. Und wir haben von der Mehrheit über mehrere Jahrzehnte lang hinweg gehört, wie effizient diese Arbeit war. Warum soll diese Arbeit nun mit der bestehenden Geschäftsordnung nicht mehr möglich sein? Ist das politische Niveau, Herr Präsident, der Abgeordneten oder des Präsidiums oder beider in einem derartigen Ausmaß gesunken? Wenn wir diese Geschäftsordnung, so wie sie vorliegt, heute verabschieden, dann ist das für den Regionalrat ein "dies ater", ein schwarzer Punkt auch für den Präsidenten, der ihm vorsitzt. Dieses Mehrheitsergebnis, Herr Präsident Peterlini, ist nur auf dem Papier ein demokratisches de facto. Ist es kein demokratisches Ergebnis, denn Sie wissen genau, daß die Linken innerhalb der Opposition und ein guter Teil der etwas weniger Linken innerhalb der Mehrheit ja gar nicht wegen der Geschäftsordnung dieser Geschäftsordnungsänderung zustimmen, sondern weil sie im Hinterkopf die Abänderungen des Wahlgesetzes ins Schild führen und meinen so besser durchzukommen. Aber das sollte mit der Geschäftsordnung an und für sich nichts zu tun haben. Hat es aber de facto, und folglich geht es hier nicht um eine konsensuelle Einigung bezüglich der Geschäftsordnung, sondern diese wird mißbraucht, um möglicherweise andere gesetzliche Normen verwirklichen zu können, bei denen es wahrscheinlich nicht so leicht eine Mehrheit gibt. Tatsache ist, daß es hier nicht darum geht, die Arbeiten schneller weiterzubringen, der Bevölkerung einen Dienst zu erweisen und selbst auch nicht mehr Ruhm und Ehre, möchte ich hinzufügen, zu verdienen, sondern de facto werden hier die Minderheiten von der Mehrheit mit der Gewalt der Zahlen unterdrückt, anstatt daß diese Mehrheit gemäß politischer Kultur einvernehmlich die Änderungen auf der Grundlage des Konsenses suchen würde. Jemand hat einmal geschrieben, es scheint so, als ob nun auch in Südtirol ein leises Lüftchen der Demokratisierung wehen würde. Ich bin der Meinung, daß es dieses Lüftchen sehr notwendig bräuchte, daß aber die Mehrheit es bis jetzt immer verstanden hat, auch nur den leisesten Luftzug, der mit Demokratie zu tun hat, zu verhindern. Heute sind wir gesamtpolitisch, Herr Präsident, zu einer Situation gekommen, wo es möglicherweise früher oder später einen Sturm, nicht ein politisches Lüftchen, brauchen wird, um jene Nebelschwaden zu vertreiben, die die Mehrheit über Jahre hindurch gebildet hat, und unter dessen Dunst sich mehr verbirgt, als uns allen lieb sein mag. Wenn diese Kultur bei vielen Kolleginnen und Kollegen, nämlich aufgrund mangelnder politischer Flexibilität, Toleranz, gegenseitigem Verständnis abhanden gekommen ist, um einvernehmliche Lösungen bei der Festlegung der Spielregeln, die unsere Arbeit begleiten, zu finden, dann muß ich dies wohl als überzeugter Demokrat zur Kenntnis nehmen und ich tue dies auch mit großer Enttäuschung und mit Bedauern, Kollege Kaserer. Ich selbst möchte mich denen anschließen, denen diese Kultur abhanden gekommen ist und deshalb verlangen Sie bitte

zumindest nicht, daß ich mich diesem unfairen Begehren anschließe. Ich werde sicher aus den genannten Gründen dagegen stimmen. Obwohl ich noch einmal hinzufüge, Herr Präsident, daß ich persönlich der Meinung bin und das hab in der Vergangenheit bewiesen, daß mir auch ein Viertel der Redezeiten in der Regel ausreichen würde.

(Non sono stato interpellato, e respingo decisamente questa versione, secondo la quale il gruppo misto avrebbe votato, non so quando, ne dove, ne come, a favore di questo emendamento al Regolamento interno. Ciò non può essere vero. Questo, signor Presidente, è lo stile politico ed irrazionale nonché politicamente pregiudizievole che Lei adotta in questo consesso. Lo schiacciare le minoranze, anziché cercare una soluzione sostenuta da un certo consenso, non mi pare sia la strada giusta. Da quasi mezzo secolo si è potuto lavorare con il Regolamento interno vigente, o forse con uno più generoso. E noi, per lunghi anni, abbiamo sentito gli elogi della maggioranza sull'efficienza di questo consesso. Perché improvvisamente il lavoro di quest'organo non dovrebbe più essere possibile con il Regolamento interno vigente? Signor Presidente, il livello politico dei consiglieri o della Presidenza o di ambedue è diminuito in tal misura? Se oggi approviamo questo Regolamento interno nella forma in cui è stato proposto, per il Consiglio regionale si tratterà del "dies ater", di un punto a sfavore del Presidente che lo presiede. Il risultato ottenuto da questa maggioranza, signor Presidente, de facto è democratico solamente sulla carta. Non si tratta di un risultato democratico, poiché Lei stesso sa, che le sinistre dell'opposizione ed una buona parte di quelli che sono un po' meno alla sinistra nella maggioranza, votano a favore di tale modifica non per il regolamento di per se, bensì pensando alla modifica della legge elettorale, ritenendo così di poterla portare avanti in modo migliore. La legge elettorale non dovrebbe avere nulla a che fare con il Regolamento interno, ma in effetti non è così. Per cui non si tratta di un' intesa raggiunta concordemente sul Regolamento interno, bensì di un suo abuso, onde poter attuare altre norme, per le quali probabilmente non è così facile raggiungere una maggioranza. E' quindi un dato di fatto, che nella fattispecie non si tratta di rendere più celeri i lavori, di rendere un servizio ai cittadini, e di guadagnarsi onore e gloria, bensì di un manovra della maggioranza per sopprimere le minoranze con la forza dei numeri, invece di cercare d'intesa delle modifiche su cui costruire un consenso, come corrisponde ad una vera cultura politica. Qualcuno ha scritto che sembra che anche in Alto Adige spiri un leggero venticello di democratizzazione. Sono dell'avviso che questo venticello sarebbe necessario, ma che la maggioranza fino ad ora ha ben saputo evitare anche il benché minimo giro d'aria che possa avere a che fare con la democrazia.

Oggi, dal punto di vista politico globale, siamo arrivati ad una situazione tale, signor Presidente, da rendere necessaria, prima o poi, non una brezzolina politica, bensì una bufera per dileguare quelle nebbie che la maggioranza per anni ha formato e nella cui foschia si nasconde. Se questa cultura è venuta a mancare a molti colleghi e colleghe, e Ciò a causa della mancanza di flessibilità politica, tolleranza, comprensione reciproca nel trovare soluzioni d'intesa su cui sviluppare le regole del gioco che debbono accompagnare il nostro lavoro, allora quale convinto democratico debbo prenderne atto, collega Kaserer, e lo faccio con grande rammarico e delusione. Io stesso desidero associarmi a quelli a cui questa cultura è venuta a mancare e per questo non chiedo di sostenere questa delibera sleale. Per i motivi sopra esposti voterò certamente contro questo provvedimento, anche se debbo aggiungere, signor Presidente, che personalmente sono dell'avviso, e l'ho dimostrato in passato, che per Ciò che mi riguarda è sufficiente un quarto del tempo che ogni consigliere ha a disposizione per intervenire).

PRÄSIDENT: Sie sind sozusagen der lebendige Beweis, daß es eigentlich auf die Güte der Argumente ankommt und nicht unbedingt auf die Länge der Redezeit. Gut, der nächste Redner ist der Abg. Andreotti. Er hat das Wort.

PRESIDENTE: Lei è per così dire la prova vivente che non necessariamente è importante la durata degli interventi, bensì la validità delle argomentazioni. Il prossimo oratore iscritto a parlare è il cons. Andreotti, prego, Lei ne ha la facoltà.

ANDREOTTI: Grazie, signor Presidente. A nome del PATT daremo voto favorevole alla proposta di delibera, quindi il sì del nostro partito è scontato.

Però al di là di questo mi preme fare alcune considerazioni, perché non trovo del tutto infondate alcune critiche che sono venute dai banchi delle opposizioni dei partiti di minoranza. Credo sia pacifico che ci siano due problemi che investono questa miniriforma regolamentare, cioè c'è una questione di principio e una che guarda al concreto delle cose. Se noi guardiamo al concreto delle cose, credo che nessuno qui dentro si possa illudere che con questa miniriforma regolamentare e che con le semplici riduzioni di tempo che verranno apportate con questa riforma si potrà combattere con questo effetto ostruzionistico, che sembra l'unico motivo per il quale la Presidenza ha portato avanti questa miniriforma.

Ricordo come all'inizio di legislatura il Consiglio provinciale di Trento, con giornate intere di lavoro da parte dei Capigruppo, ha approvato una completa revisione del regolamento, che presiede ai lavori del Consiglio provinciale di Trento, prevedendo tempi di intervento enormemente inferiori a quelli stessi che vengono proposti con questa deliberazione.

Qui si passa sostanzialmente da un'ora a mezz'ora, nel Consiglio provinciale di Trento si è passati addirittura da un'ora a 20 minuti, quindi un tempo ancora più corto di quello che viene proposto qui oggi. Eppure questi provvedimenti in Provincia di Trento non hanno consentito di snellire i lavori, perché sono convinto che già nel pomeriggio di oggi ne avremo una pratica applicazione, perché se voglio attuare dell'ostruzionismo e posso parlare per un'ora su ogni emendamento che presento, avendo mezz'ora di tempo da oggi in poi per discutere, anziché un emendamento basterà che ne presenti due!

Quindi ho la convinzione che questo provvedimento di modifica regolamentare, non solo sia inutile, ma addirittura indisponga e renda ancora più decise e determinate le forze di opposizione o comunque quei consiglieri che intendono attuare una pratica più o meno ostruzionistica.

Quindi questa volontà di portare avanti una riforma regolamentare, che ai fini pratici serve a poco, se non a nulla, non toglie sicuramente alle minoranze il diritto di intervento, non toglie spazi di democrazia perché gli spazi per intervenire rimangono comunque sufficientemente ampi, come del resto ha detto il cons. Meraner nella sua dichiarazione di voto, gli interventi possono essere di pari contenuto e di pari livello anche riducendo i tempi da un'ora a mezz'ora.

Però non è questo lo scopo che si propone la riforma regolamentare, lo scopo è quello di snellire i lavori e su questo piano mi pare che l'iniziativa sia destinata al più completo fallimento, perché si è adottata una procedura ed un modo di portare avanti la proposta che è indisponente per numerose forze politiche. Evidentemente queste forze politiche che si sentono imporre qualche cosa che ai fini pratici ha poca utilità, che si sentono penalizzate nei loro spazi di libertà, attueranno tutte quelle azioni che, anziché portare allo snellimento dei lavori, alla fin fine ne comporteranno un ulteriore aggravio.

In conclusione, ribadendo il nostro voto favorevole alla modifica regolamentare, non possiamo esimerci dall'esprimere grossissime perplessità su quello che dovrebbe essere il raggiungimento dell'obiettivo che ci si prefigge. Questo obiettivo sicuramente non verrà raggiunto e di questo ce ne dispiace anche, perché si vengono a deteriorare ulteriormente determinati rapporti all'interno del Consiglio regionale, che, anziché instaurare un clima di maggiore collaborazione e fiducia tra forze politiche che si battono legittimamente su fronti diversi, contribuirà invece ad allargare il solco fra queste forze politiche e quindi rendere ancora più difficile il cammino che rimane davanti a

questa assemblea.

PRÄSIDENT: Danke, Abg. Andreotti. Natürlich könnte man einschneidende Maßnahmen treffen. Sie waren auch vorgeschlagen. Es liegt ja der Abänderungsantrag von der DC vor, bzw. die Möglichkeit eines Abänderungsantrags mit einer Art vom Vertrauensvotum, aber wir wollten ja nicht, so einschneidende Roskuren, wenn ich es so sagen darf. Jetzt begnügen wir uns mit dem, was jetzt vorliegt. Wenn es gar nichts hilft, dann wird der nächste Regionalrat schon die entsprechenden Konsequenzen ziehen, aber jetzt haben wir halt einmal diese Mini-Reform gemeinsam beschlossen. Dann möchte ich auch den Kollegen Meraner sagen, was die gemischte Gruppe betrifft: Die Abg. Berger in Vertretung in der gemischten Gruppe war beim einstimmigen Beschluß mit dabei. Hat einen Abänderungsvorschlag vorgetragen, der dann hier aufgenommen worden ist, damit bei Dissens mit dem Gruppensprecher andere Abgeordnete auch noch das Wort ergreifen können. Das haben wir auch genehmigt und somit haben wir auch diesem Argument Rechnung getragen.

...Abg. Kaserer, wozu denn? Worin besteht die persönliche Angelegenheit?

PRESIDENTE: Grazie, cons. Andreotti. Ovviamente si potrebbero adottare delle misure più incisive. Del resto sono anche state proposte. E' stato presentato un emendamento dalla Democrazia Cristiana, il quale prevede la possibilità di porre una specie di voto di fiducia sugli emendamenti, ma non volevamo simili "cure da cavallo", se così le posso definire. Ora ci accontentiamo di quello che abbiamo all'esame. Se a nulla serve, allora sarà il prossimo consiglio regionale a trarne le conseguenze, ma noi abbiamo già deliberato di introdurre questa mini-riforma. Al collega Meraner desidero dire che per quanto concerne il gruppo misto, la cons. Berger quale rappresentante di detto gruppo, era presente alla seduta nella quale i capogruppo hanno adottato questa delibera. Ella ha presentato un emendamento, che è stato qui recepito. Esso prevede che qualora all'interno di un gruppo consiliare vi siano delle posizioni contrastanti con il capogruppo, può prendere la parola un secondo consigliere. E tale emendamento e' stato approvato; abbiamo quindi tenuto conto anche delle sue osservazioni.

...Cons. Kaserer, in merito a che cosa desidera intervenire? In cosa consiste il fatto personale?

KASERER: ...Hat behauptet, daß er nie einen Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung, also Einführung von Redezeitenverkürzung gestellt hat. Ich möchte den Kollegen Benedikter nur daran erinnern, daß er sehr lange Fraktionssprecher war und daß während seiner Zeit, Redezeitbeschränkungen eingeführt worden sind, auch wenn es diese früher nicht gegeben hat.

(...ha affermato di non aver mai presentato una proposta di modifica al Regolamento interno, quindi di una limitazione della durata degli interventi. Desidero ricordare al collega Benedikter che per lungo tempo è stato capogruppo e che a quel tempo sono state introdotte delle limitazioni della durata degli interventi, che in passato non esistevano)

PRÄSIDENT: Ja, das war jetzt nicht ganz eine persönliche Angelegenheit. In einer persönlichen Angelegenheit muß man Dinge oder ein Verhalten richtigstellen, die einem vorgeworfen werden und die nicht der Sache entsprechen. Aber bitte, es ist schon geschehen. Also, ich sehe keine Wortmeldungen mehr. Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung, die in offener Abstimmung erfolgt. Es sei denn ... Ja, wenn sich fünf Abgeordnete anschließen, dann wird dem stattgegeben. Es ist gegeben. Es wird eine geheime Abstimmung erfolgen über die Geschäftsordnung. So, dann bitte ich um Verteilung der Stimmzettel und die Quästoren... Wenn sie verteilt sind, machen wir einen Appell. Mit ja stimmt man für den Beschlußfassungsvorschlag des Präsidiums und mit nein natürlich dagegen.

PRESIDENTE: Questo intervento non era completamente per fatto personale. Chi prende la parola per fatto personale deve indicare in che cosa consista, e non intervenire nel merito. Ma ciò è già accaduto. Dal momento in cui non vi sono altri oratori iscritti a parlare, passiamo alla votazione palese. Tranne che ...Si, se lo richiedono almeno cinque consiglieri, la richiesta di procedere con scrutinio segreto va accolta. Tale proposta è appoggiata dal numero necessario, quindi procederemo alla votazione per scrutinio segreto sul Regolamento interno. Prego distribuire le schede ed i segretari questori di... Dopo che saranno distribuiti, faremo l'appello nominale. Segnando un "Si" sulla scheda si voterà a favore della proposta di delibera, segnando la parola "No" si voterà contro..

(appello nominale)

PRÄSIDENT: Ja, ich darf das Abstimmungsergebnis bekanntgeben:

Abstimmende:	57
Erforderliche Mehrheit:	36
Ja-Stimmen:	44
Nein Stimmen:	12
Stimmenthaltungen:	1

Damit genehmigt der Regionalrat die neue Geschäftsordnung.

Wir kommen jetzt zum zweiten Punkt der Tagesordnung und zwar zum rückverwiesenen Gesetz über die Gemeindebediensteten. **Gesetzentwurf Nr. 63: Neue Bestimmungen über die rechtliche Stellung und Besoldung der Gemeindebediensteten und der Gemeindesekretäre**, eingebracht vom Regionalausschuß, von der Regierung am 1. Juli 92 rückverwiesen. Ich bitte deshalb den Präsidenten Negherbon um Verlesung des Berichtes der Gesetzgebungskommission.

PRESIDENTE: Rendo noto l'esito della votazione:

votanti:	57
maggioranza richiesta:	36
voti favorevoli:	44
voti contrari:	12
astensioni:	1

Il Consiglio regionale approva il nuovo Regolamento interno.

Passiamo ora al secondo punto all'ordine del giorno e cioè il **disegno di legge n. 63: Nuove norme sullo stato giuridico ed il trattamento economico dei dipendenti dei comuni e dei segretari comunali**, presentato dalla Giunta regionale, e rinviato dal Governo il primo luglio 1992. Prego quindi il Presidente Negherbon di dare lettura della relazione della Commissione legislativa competente.

NEGHERBON:

R e l a z i o n e

La II^a Commissione legislativa ha riesaminato il disegno di legge n. 63, concernente "Nuove norme sullo stato giuridico ed il trattamento economico dei dipendenti dei comuni e dei segretari comunali", rinviato dal Governo, nella seduta del 15 settembre 1992.

L'assessore competente, dott. Francesco Romano, presenziando ai lavori della Commissione, ha comunicato che la Giunta regionale, sentite le organizzazioni sindacali, accetta le obiezioni del Governo, proponendo alla Commissione emendamenti agli artt. 3 e 23, sopprimendo del resto gli artt. 30, 32, 72 e 77.

L'assessore Romano ha inoltre proposto alla Commissione di modificare l'art. 19, introducendo così la possibilità di ricorrere nell'ambito della mobilità verticale del personale alle procedure concorsuali interne oltre che al concorso pubblico.

La Giunta regionale ha inoltre ritenuto opportuno proporre una modifica all'art. 28, imponendo alle amministrazioni comunali la dotazione di idonei strumenti o procedure per l'accertamento dell'effettiva durata della prestazione di lavoro, quale condizione per poter ricorrere al lavoro straordinario.

Per quanto riguarda l'aspettativa per il personale con prole, il rappresentante della Giunta ha fatto notare come lo stesso articolo sia contenuto in una specifica legge regionale già da tempo in vigore e che pertanto la soppressione del medesimo viene recuperata con la modifica dell'art. 80, in cui si traslascia l'abrogazione di predetta normativa.

In merito al rimborso delle spese legali l'assessore competente ha suggerito un'ulteriore emendamento per limitare il numero dei difensori del dipendente inquisito, estendendo la possibilità di rimborso delle stesse anche in caso di avvenuta amnistia prima dell'esaurito accertamento giurisdizionale del reato.

La Commissione si è soffermata in particolare sull'esame dell'emendamento all'art. 19, poiché alcuni commissari delle minoranze ritenevano peggiorativo l'emendamento presentato dalla Giunta, rispetto quello originario, ritenendo che il personale dei comuni fosse già sufficientemente favorito con l'ammissione a concorsi pubblici anche se non in possesso del prescritto titolo di studio, sostituendosi il medesimo con una specifica anzianità indicata nel profilo cui si accede.

In conclusione la Commissione ha accolto a maggioranza le proposte della Giunta regionale e riapprovato i rimanenti articoli che non hanno formato oggetto di obiezioni in sede governativa.

Il disegno di legge è stato riapprovato nel suo complesso con il voto contrario del cons. Benedikter e le astensioni dei conss. Meraner, Montali e Tribus.

Si rimette pertanto il provvedimento all'ulteriore riesame del Consiglio regionale.

(Assume la Presidenza il Vicepresidente Tretter)

(Vizepräsident Tretter übernimmt den Vorsitz)

PRESIDENTE: Concedo la parola al cons. Benedikter per la lettura della relazione di minoranza.

BENEDIKTER: Der gesamte Gesetzentwurf läßt die Grundprinzipien über die Ordnung der Lokalautonomien, das Staatsgesetz Nr. 142 vom 8. Juni 1990, insbesondere die Artikel 4 Gemeindegesetzungen und 51 Aufbau der Ämter und des Personals außer acht.

Artikel 65 des Statuts legt als Verfassungsgesetz fest, daß die Personaldienstordnung der Gemeinden von den Gemeinden selbst erstellt wird. Dabei sind die allgemeinen Grundsätze, die mit Regionalgesetz verfügt werden, zu beachten. Der Artikel befreit jedoch nicht vom Einbezug jener effektiven Grundprinzipien der Gemeindeordnung, die mit dem Gesetz über die Realisierung der Gemeindeautonomie festgelegt worden sind. Dies umso mehr, als die Zuständigkeit der Region konkurrierender Art ist, d.h., daß die Region selbst an die mit Staatsgesetz vorgeschriebenen Grundsätze gebunden ist. Unter den Grundsätzen, die mit Staatsgesetz eigens für die Region Trentino-Südtirol vorgesehen worden sind, ist der Titel VI des Gesetzes Nr. 118 vom 11. März 1972 zu nennen, "Vorkehrungen für die Bevölkerung von Südtirol". Dies ist eine der Maßnahmen des sogenannten Paketes und betrifft den Einbezug der Gemeindegesetzten in die Stellenplanordnung der Gemeinden. Mit Artikel 21 wird festgelegt, daß in der Region Trentino-Südtirol die Gemeindegesetzten, Bedienstete der Gemeinde sind, um vom Gemeinderat ernannt werden. Mit Art. 23 dieses Gesetzes wird verfügt,

daß die Klassifizierung der Gemeinden für die Ernennung der Gemeindesekretäre, die Festlegung der Voraussetzungen, die Aufnahme und der Aufstieg in der Laufbahn einem Regionalgesetz vorbehalten bleiben. Damit soll ermöglicht werden, daß die Gemeindesekretäre, wie die Bestimmungen des genannten Staatsgesetzes 118 von 1972 vorschreiben, von der Region in andere Provinzen überwechseln können und umgekehrt. Für alles andere gelten die Bestimmungen, die als Grundsätze im Gesetz zur Realisierung der Gemeindeautonomie vorgeschrieben werden, laut dem die Gemeindesekretäre selbstverständlich wie Amtsdirigenten behandelt werden.

Absatz 8 von Artikel 51 des Staatsgesetzes 142 legt den Grundsatz fest, daß der Rechtstatus und die Besoldung der Bediensteten der Lokalkörperschaften mit Kollektivverträgen geregelt werden, welche mit Dekrete des Präsidenten der Republik zur Durchführung gelangen. Dabei wird jedoch das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes Nr. 219 von 1984 ignoriert. Es kann angenommen werden, daß die Zuständigkeit der Provinzen und der Region für die Bediensteten der Provinzen bzw. der Gemeinden, die vom Verfassungsgerichtshof bei Punkt 10 des Teiles "Rechtslage" des genannten Erkenntnisses verankert worden ist, formell mit Artikel 1 Absatz 2 des Staatsgesetzes 142 zugesichert wird. Ich komme zu den Artikeln.

Im Artikel 2 fehlen die Punkte 8 und 9, die mit dem Artikel 2 des Rahmengesetzes über den öffentlichen Dienst Nr. 93 vom 29. März 1983 einer gesetzlichen Regelung vorbehalten werden. Sie betreffen die Höchststundenzahl der Überstunden und die Rechte der Bürger gegenüber den öffentlichen Bediensteten sowie das Recht der Erstgenannten auf Einsichtnahme in die Akte und die Beteiligung an der Erstellung derselben.

Im Artikel 3 Absatz 4 ist die Beifügung "der autonomen Provinzen Trient und Bozen" verfassungswidrig, da die Region auch ohne Zustimmung der Mehrheit der Regionalratsabgeordneten, die auch Abgeordnete der Landtage sind, Verfügungsgewalt über die Bediensteten der Provinzen hat. Diese fällt ausschließlich unter die Gesetzgebungszuständigkeit der Provinzen selbst.

Laut Artikel 3 Absatz 6 wird die Überprüfung der wirtschaftlich- finanziellen Vereinbarkeit der Abkommen von den Landesausschüssen auf Grund der Zuständigkeit der Provinzen auf den Gebiete der Lokalfinanzen gemäß Artikel 80 und 81 Absatz 2 des Autonomiestatutes vorgenommen, wobei die Verfügbarkeit der dafür bestimmten finanziellen Mittel im Betracht gezogen wird, heißt es. Diese Verantwortung kann jedoch nicht mit einer Abordnung der Vertragsparteien, Gemeinden und Gewerkschaften geteilt werden. Der Grundsatz wird auch für die Gemeindebediensteten im Artikel 8 deutlich hervorgehoben und zwar im Zusammenhang mit den Artikeln 6 und 15 des Rahmengesetzes über den öffentlichen Dienst.

Im Artikel 9 ist die Regelung des Arbeitsverhältnisses mit Teilzeitbeschäftigung mit dem im Artikel 4 Absatz 2 und Artikel 51 Absatz 1 und 8 des Staatsgesetzes enthaltenen Grundsatz unvereinbar, da im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen Grundsätze die Grundbestimmungen über die Organisation der Körperschaft und insbesondere die Festlegung und Größe des gesamten Stellenplanes von der Gemeindegatzung vorgesehen werden.

Artikel 35 betrifft die Auswirkungen des Ausscheidens aus dem Dienst. Die Grundsätze für die Einschränkung der Satzungsbefugnis und Verordnungsgewalt der Gemeinde sind gemäß Artikel 2 Absatz 1 und Artikel 51 Absatz 8 des Gesetzes 142 gesetzlich festzulegen, also nicht mit der Durchführungsverordnung zum Regionalgesetz.

Im Artikel 41 wird die Gemeindegatzung absichtlich nicht genannt. Aus dem Gesetz 142 werden beinahe wortwörtlich die Absätze 2, 3, 4, 5, 6 und 9 des Artikels 51 übernommen, aber anstatt von der Satzung zu sprechen, auf die sich die Absätze 2, 3, 5 und 6 des genannten Gesetzes beziehen, spricht man im Absatz 1 und 2 des Gesetzentwurfes von Gesetzen und Verordnungen bzw. bei Absatz 4 von Verordnung, anstatt von Statut, wobei die Wörter, Gesetz und Verordnung sich natürlich auf das Regionalgesetz und auf die betreffende Durchführungsverordnung beziehen. Der neue Absatz 6 des Gesetzentwurfes übernimmt den Inhalt von Absatz 5 und bezieht sich auf Dienste und

Ämter, anstatt auf Funktionsbereiche. Dies ist eine Wiederholung, obwohl diesmal auf die Satzung, wie Absatz 6 des Gesetzes 142 vorschlägt, Bezug genommen wird.

Artikel 41 Absatz 11 des Gesetzentwurfes übernimmt Absatz 9 des Artikels 51 des Staatsgesetzes 142, wobei die Bestimmungen dieses Absatzes nur auf die Amtsdirigenten beschränkt sind. Im Staatsgesetz 142 hingegen, gilt dieser Absatz 9 für alle Gemeindebediensteten, da er auf Absatz 8, der auf alle Bediensteten der örtlichen Körperschaften Bezug nimmt, folgt.

Was Titel II über den Gemeindesekretär anbelangt, ist im Hinblick auf die, am Anfang dieses Berichtes angestellten Überlegungen Artikel 65, ex Artikel 56 des Statutes, entsprechend Artikel 51 des Reformgesetzes anzuwenden. Dies, um den neuen Grundprinzipien dieses Artikels 51 des Staatsgesetzes 142 Rechnung zu tragen und um den Bestimmungen der Artikel 21 und 23 des Staatsgesetzes 118 von 1972 gerecht zu werden. Aus diesen Gründen muß die Bestimmung des Artikels 23 des Staatsgesetzes 118, wenn von Voraussetzungen für die Zulassung und Fortsetzung der Laufbahn die Rede ist, wortwörtlich interpretiert werden, wobei die Gemeindesekretäre nicht von einem Staatsbeamten in einen Beamten der Region umgewandelt werden dürfen und den Gemeinden gemäß Reformgesetz, die größtmögliche Unabhängigkeit gewährt werden soll.

Von den 26 Artikeln des Gesetzentwurfes, die sich mit den Gemeindesekretären und Vizegemeindesekretären befassen, müssen all jene, die über den Grundsatz Voraussetzungen für die Zulassung und Fortsetzung der Laufbahn hinausgehen, gestrichen werden. Dasselbe gilt für jene Artikel, die die allgemeinen Grundsätze, wie sie im Artikel 65 des Autonomiestatut verankert sind, der beinahe das Staatsgesetz 142 vorwegnimmt, überschreiten.

Deswegen vertrete ich den Standpunkt, daß die Bestimmungen des Artikels 43 Absatz 2, der Artikel 44, 45 sowie der Artikel 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 58, 60, 61, 63, 64, 65, 66 und 67 die Autonomie der Gemeinde in Hinblick auf Artikel 51 Absatz 9 des Staatsgesetzes 142 verletzen.

(Il disegno di legge nel suo complesso non rispetta i principi sul riordino delle autonomie locali, sanciti dalla legge statale n. 142 dell' 8 giugno 1990, in particolare quanto stabilito dall'art. 4 dello Statuto comunale e l'art. 51 sull'Organizzazione degli uffici e del personale.

L'art. 65 dello Statuto determina quale legge costituzionale che l'ordinamento del personale comunale è regolato dai comuni stessi, salva l'osservanza dei principi generali che possono essere stabiliti da una legge regionale. L'articolo non esime però dall'osservanza di quei principi generali dell'Ordinamento dei Comuni che sono stati fissati con legge di attuazione dell'autonomia comunale. Tanto più che la competenza della regione è di natura concorrente; ciò significa che la regione è vincolata ai principi fissati dalla legge statale. Tra i principi previsti dalla legge statale, creati ad hoc per la regione Trentino-Alto Adige, vi è anche il Titolo VI della legge n. 188 del 11 marzo 1972 "Provvedimenti a favore delle popolazioni altoatesine". Questa legge costituisce una delle misure del cosiddetto pacchetto e concerne il passaggio dei segretari comunali alle dipendenze organiche dei comuni. L'art. 21 di tale norma di attuazione stabilisce che nella Regione Trentino-Alto Adige i segretari comunali sono dipendenti dei comuni e vengono nominati dai consigli comunali. L'art. 23 di questa legge dispone inoltre la classificazione dei comuni ai fini della nomina dei segretari comunali ed i requisiti di ammissione e di prosecuzione di carriera dei segretari comunali, anche per rendere possibile il passaggio dei segretari comunali dalla Regione ad altre Province e viceversa siano riservati ad una legge regionale ; fermo restando quanto stabilito dalla citata legge n. 118 del 1972. Per tutto il resto valgono le disposizioni previste dai principi della legge di attuazione dell'autonomia comunale, secondo la quale i segretari comunali debbono venire trattati alla stessa stregua dei dirigenti comunali.

Il comma 8 dell'art. 51 della legge statale n. 142 ribadisce il principio secondo il quale lo stato giuridico ed il trattamento economico dei dipendenti degli enti locali deve venir disciplinato da contratti di lavoro collettivi, i quali vengono resi esecutivi con Decreto del Presidente

della Repubblica, ignorando però la sentenza della Corte Costituzionale n. 219 del 1984. Si può presumere tuttavia che le competenze provinciali e regionali in ordine al personale delle Province, rispettivamente dei Comuni, sancita dalla Corte Costituzionale al punto 10 della parte "Diritto" della citata sentenza, vengano formalmente ancorate nell'art. 1, comma 2 della legge di riforma 142. Ed ora volgerò ad esaminare i singoli articoli.

All'art. 2 mancano i punti 8 e 9 degli aspetti oggetto di disciplina di legge secondo l'articolo 2 della legge-quadro sul pubblico impiego n. 93 del 29 marzo 1983 concernenti la durata massima del lavoro straordinario e l'esercizio dei diritti dei cittadini nei confronti dei pubblici dipendenti ed il loro diritto di accesso e di partecipazione alla formazione degli atti.

All'art. 3, comma 4, l'inciso "dalle Province autonome di Trento e Bolzano" è anticonstituzionale, dato che la regione non può disporre del personale delle Province, neanche con il consenso della maggioranza dei consiglieri che sono anche Consiglieri provinciali, in quanto riservato alla competenza esclusiva delle Province stesse.

All'art. 3, comma 6, la verifica delle compatibilità economico-finanziarie degli accordi in riferimento alle disponibilità finanziarie a ciò destinate spetta alle Giunte provinciali in base alla competenza provinciale in materia di finanza locale di cui agli articoli 80 ed 81, comma 2 dello Statuto: questa responsabilità non può essere condivisa con una delegazione delle parti contraenti (Comuni e sindacati), il relativo principio è chiaramente enunciato anche per i dipendenti comunali all'art. 8 in connessione con gli articoli 6 e 15 della legge-quadro sul pubblico impiego.

All'art. 9 la disciplina dettagliata dei rapporti di lavoro a tempo parziale non è compatibile con il principio espresso negli articoli 4, comma 2 e 51, commi 1 e 8 della legge 142, nel senso che nell'ambito dei principi fissati dalla legge lo Statuto comunale stabilisce le norme fondamentali per l'organizzazione dell'ente ed in particolare la determinazione e la consistenza degli organici.

All'art. 35 concernente gli effetti della cessazione del servizio. I principi idonei a vincolare l'autonomia normativa del Comune (Statuto regolamenti) devono comunque essere stabiliti dalla legge ai sensi dell'art. 2, comma 1, e 51, comma 8 della legge 142 e non dal regolamento d'esecuzione della legge regionale.

L'art. 41 ignora intenzionalmente l'esistenza dello Statuto dei Comuni. Vengono riprodotti quasi letteralmente i commi 2, 3, 4, 5, 6 e 9 dell'articolo 51 della legge 142, ma al posto dello Statuto cui fanno riferimento i commi 2, 3, 5 e 6 di tale legge si parla nei commi 1 e 2 del disegno di legge "di leggi o regolamenti" rispettivamente nel comma 4 del regolamento al posto di Statuto, laddove la locuzione legge e regolamento ovviamente intende legge regionale e relativo regolamento. Il nuovo comma 6 del disegno di legge ripete il comma 5 facendo riferimento a servizi ed uffici anziché a delle aree funzionali il che è un doppione, ma questa volta si riferisce allo Statuto come previsto dal comma 6 della legge 142.

Il comma 11 dell'articolo 41 del disegno di legge riprende il comma 9 dell'articolo 51 della legge 142, restringendone la portata ai soli dirigenti, mentre nella legge 142, tale comma 9, facendo riferimento al dettato del comma 8 concernente tutti i dipendenti degli enti locali, costituisce norma valida per tutti i dipendenti comunali.

In ordine al Titolo II sul segretario comunale: in connessione con quanto esposto in linea di principio all'inizio di questa relazione, di fronte ai nuovi principi stabiliti nell'articolo 51 della legge 142 e fermo restando quanto disposto negli articoli 21 e 23 della legge 118 del 1972, l'articolo 65 (ex articolo 56 dello Statuto), esso deve essere applicato alla stregua dell'articolo 51 della legge di riforma, ragione per cui la stessa disposizione dell'art. 23 della legge 118 deve essere interpretata letteralmente quando si parla di "requisiti di ammissione e prosecuzione di carriera" e il segretario comunale non può venir trasformato da funzionario statale in funzionario regionale, lasciando invece all'autonomia comunale il maggiore spazio possibile in armonia con l'orientamento

In tal senso ritengo che siano lesivi dell'autonomia comunale i disposti dettagliati degli articoli 43, comma 2, 44, 45, in connessione con il comma 9 dell'articolo 51 della 142, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 58, 60, 61, 63, 64, 65, 66 e 67.

BENEDIKTER: Ja, ich möchte hier in der Generaldebatte eine Frage aufwerfen. Dieses Gesetz wird jetzt aufgrund der Rückverweisung neuerdings behandelt. Wir wissen, daß inzwischen die Gemeindeordnung als solche in Kraft getreten ist, sodaß sich die Frage stellt, ob diese rückverwiesenen Teile nicht zu streichen sind. Ich hoffe, daß sich der Regionalassessor bewußt geworden ist, daß Teile dieses Gesetzes, durch die inzwischen in Kraft getretene Gemeindeordnung ersetzt worden sind. Das betrifft das Gemeindepersonal im allgemeinen und den Gemeindegemeinschaften im besonderen. Ich verstehe nicht, warum hier nicht der zuständige Regionalassessor vorschlägt, daß jene Artikel von diesem Gesetzentwurf gestrichen werden, die inzwischen bereits durch die Gemeindeordnung, die in Kraft getreten ist, geregelt worden sind. Denn wir würden sie nicht nur zweimal regeln, sondern auch jetzt anders regeln, als sie in der Gemeindeordnung geregelt wird. Besagte Artikel sind ja überholt durch die Artikel der Gemeindeordnung. Auch die Bestimmungen, die das Gemeindepersonal betreffen, sind überholt. In der Gemeindeordnung steht ja im Artikel 21: die Gemeinden regeln durch eigene Verordnungen und unter Berücksichtigung der, in der regionalen Gesetzgebung auf dem Gebiet der dienst- und besoldungsrechtlichen Stellung der Gemeindegemeinschaften und der Gemeindebediensteten festgelegten allgemeinen Grundsätze und im Einklang mit der Satzung des Statuts die Planstellen des Personals sowie den Aufbau der Ämter und Dienste. Dabei richten sie sich nach den Grundsätzen der Autonomie, der Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit der Gebirgsverwaltung, sowie nach Grundsätzen fachlicher Qualifikation und Haftung.

(Desidero sollevare un problema in sede di discussione generale. Questa legge viene nuovamente esaminata, in quanto oggetto di rinvio governativo. Sappiamo che nel frattempo la legge suo nuovo Ordinamento dei comuni è entrata in vigore, cosicché si pone il quesito se queste parti oggetto di rinvio non debbano venire soppresse. Auspico che l'assessore regionale competente sia

consapevole del fatto che parti di questo provvedimento sono state sostituite dalla legge regionale ormai entrata in vigore. E tali considerazioni interessano il personale comunale in generale, ed in particolare i segretari comunali. Non capisco perché il competente assessore regionale non proponga di stralciare dalla legge quegli articoli che sono stati disciplinati dal Nuovo Ordinamento dei Comuni, già entrato in vigore. Altrimenti disciplineremo questa materia due volte ed inoltre in modo diverso da quanto non faccia l'Ordinamento dei Comuni. Detti articoli sono superati dagli articoli della legge regionale in materia, ed anche le norme concernenti il personale comunale sono superate. L'art. 21 della legge regionale recita : "I comuni disciplinano con appositi regolamenti, nel rispetto dei principi generali stabiliti dalla legislazione regionale in materia di stato giuridico e trattamento economico dei segretari comunali e dei dipendenti comunali ed in conformità allo statuto, la dotazione organica del personale, l'organizzazione degli uffici e dei servizi, in base ai criteri di autonomi, funzionalità ed economicità di gestione e secondo i principi di professionalità e responsabilità".

L'art. 22 di suddetta legge è invece dedicato ai dirigenti ed i suoi 12 commi contengono tutti quei principi che si volevano stabilire con legge regionale. Per questo gli articoli di questo disegno di legge che concernono i dirigenti, i segretari comunali, risultano essere superflui. L'art. 23 fissa inoltre quei principi a cui si debbono attenere i comuni nella loro autonomia statuta, quindi a cui lo Statuto ed il regolamento si debbono attenere. Questa serie di articoli che concernono i segretari comunali sono superflui e ritengo che corrisponda ad un corretto principio legislativo il non disciplinare lo stesso aspetto con due leggi. Poiché con il Nuovo Ordinamento dei Comuni abbiamo recepito in linea di massima i principi della legge di riforma statale ed in parte li abbiamo adattati alle nostre esigenze; la legge è entrata in vigore e non può venire emendata ancora una volta. Per questo sono dell'avviso che, a prescindere dagli articoli che ho contestato nella mia relazione di minoranza, sia necessario stralciarne una parte. Per questo mi riservo di intervenire ancora una volta in un secondo tempo).

PRESIDENTE: Qualcuno intende intervenire? La parola all'assessore Romano.

ROMANO: Brevemente, per illustrare quale è stato l'orientamento della Giunta, sia nel recepire alcune osservazioni che ci sono venute dal Governo, sia nell'approfitte dell'occasione che la legge ritornava in Commissione per alcuni aggiustamenti.

In linea di massima abbiamo accettato le osservazioni governative, anche perché queste perplessità erano già sorte in noi al momento in cui proponevamo questa legge e quindi qualche cosa ce l'aspettavano. Per cui noi abbiamo recepito le osservazioni del Governo, anche perché non incidono quasi per niente su quella che è l'impostazione della legge stessa.

Contemporaneamente abbiamo accolto dei suggerimenti ed apportato degli aggiustamenti, approfittando dell'occasione che dovevamo riportare questa legge in aula.

Il cons. Benedikter ha ragione, siccome questa legge era venuta in aula prima di quella dell'ordinamento dei comuni, c'è qualche articolo che è diventato superfluo, come quello del personale dirigenziale, non così gli altri articoli, perché proprio l'art. 21, che demanda ad una specifica legge regionale la possibilità di legiferare dettando solamente dei principi.

Quindi quella dei dirigenti, che è pedissequamente ripresa nella legge n. 1 l'abbiamo soppressa, il discorso dei segretari comunali, che non è riportato pedissequamente, ma che è proprio la legge n. 1 che ci dà facoltà di legiferare sotto questo aspetto, noi lo abbiamo lasciato e mi riservo poi di intervenire.

Quindi la discussione si può incentrare sotto due aspetti: i rilievi del Governo, che abbiamo accettato, credo non ci siano grandi discussioni da fare, invece sulle nostre proposte, che non sono tantissime, mi riservo poi di intervenire.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Taverna.

TAVERNA: Signor Presidente, cari colleghi, noi ci troviamo di fronte ad un disegno di legge, rinviato dal Governo con motivazioni che sono contenute nella nota 1° luglio 1992 e ho aspettato appositamente l'intervento dell'assessore Romano, perché mi fossero confermate le osservazioni che l'assessore Romano aveva avuto modo di presentare ai commissari, in occasione della discussione del disegno di legge respinto dal Governo, affrontato dalla competente commissione permanente.

Due aspetti del problema sono meritevoli di una particolare sottolineatura, una questione si riferisce ad una vicenda di sfasatura temporale, del resto ampiamente riconosciuta in occasione del dibattito sul disegno di legge respinto.

Ricordo perfettamente di essere intervenuto nel corso del dibattito in aula, in discussione generale, sulla questione che era immediatamente balzata all'evidenza di tutti, vale a dire la questione che il disegno di legge, che aveva come oggetto l'ordinamento della situazione relativa al trattamento normativo dei dipendenti comunali, disegno di legge che precedeva la riforma dell'ordinamento dei comuni, successivamente approvata dall'assemblea legislativa regionale.

In quella occasione ebbi modo di sostenere, con argomentazioni più che legittime, e non posso in questa sede non sottolineare l'imbarazzo nel quale si era trovato l'assessore competente, quando anche lui, costretto dalla logica che fa comprendere come coloro che si siano occupati dello studio del diritto, si dovesse preferire e privilegiare l'approvazione della legge riguardante l'ordinamento dei comuni, cioè dei datori di lavoro dei soggetti di cui oggi ci occupiamo con questo disegno di legge respinto dal Governo e non viceversa di dover affrontare la questione dell'ordinamento dei soggetti, rispetto all'ordinamento dei datori di lavoro.

Questa discrasia politico-temporale, non poteva non essere oggetto di censura da parte del Governo, il quale ha richiamato espressamente alla necessità di dover determinare, nel contesto e nell'ambito di questo disegno di legge rinviato, per quanto riguarda norme specificamente riferite ai principi contenuti nella legge 142 e poi in qualche modo recepiti dal provvedimento di cui il Consiglio regionale si è occupato ampiamente, nei confronti del quale peraltro permangono tutte le mie critiche.

Allora sotto questo profilo abbiamo la testimonianza diretta, dovuta ovviamente all'andamento della situazione, così come si è andata a delineare, ed una testimonianza che abbiamo sentita ripetuta dall'assessore competente, una posizione già ribadita in quest'aula e della quale non potevo tenerne conto proprio per sottolineare questo modus operandi un po' artigianale nella conduzione dei lavori di questa assemblea.

Ovviamente queste sono responsabilità di ordine politico, non posso in questa occasione ancora non riferirmi soltanto alle personali responsabilità dell'assessore competente, sarei ingiusto e sbaglierei sul piano politico se dovessi prendermela esclusivamente con l'assessore competente, mentre ritengo, dal momento che, se esiste ancora una Giunta ed ho dubbi e perplessità circa l'esistenza di una Giunta quale organo collegiale, non quale somma di assessori appartenenti ai tre partiti che compongono la maggioranza, se esiste una maggioranza dovrebbe esistere anche una Giunta organicamente intesa, quindi la responsabilità dovrebbe essere principalmente a capo di colui che ha la delega in questa materia, ma deve essere ripartita in egual misura, sul piano quantomeno della responsabilità politica nei confronti di tutti i componenti della Giunta, considerando come principale protagonista e responsabile colui che identifica, è il momento di sintesi della Giunta medesima, vale a dire il Presidente della Giunta regionale.

L'altra considerazione sulla quale non potevamo non tener conto in questo intervento, si riferisce alla questione sollevata dal Governo in relazione alla necessità di uniformare i principi per i quali esiste una specifica normativa, sulla quale si può essere d'accordo o contrari, ma che tuttavia rappresenta, attraverso la legge-quadro n. 93 del 1983, un preciso punto di riferimento; la legge-quadro sul pubblico impiego costituisce anche, per i riflessi e i condizionamenti diretti ed indiretti che questa

legge-quadro assume nei confronti del pubblico impiego inteso in senso generale e va da sè allora che la legge quadro n. 93 del 1983 non si riferisce soltanto ed esclusivamente ai dipendenti dello Stato, ma detta i principi, nei confronti dei quali tutte le amministrazioni e gli enti pubblici debbono necessariamente uniformarsi alla legge-quadro nel disciplinare il regolamento del proprio personale dipendente, nel disciplinare i rapporti intercorrenti tra il datore di lavoro, amministrazione pubblica, ed il pubblico dipendente.

Questi sono due riferimenti precisi e specifici, nei confronti dei quali il Governo è intervenuto giustamente, mettendo in relazione al testo licenziato dal Consiglio regionale altri due aspetti importanti, che sono determinati dal riferimento preciso e specifico, sia nei confronti dell'art. 23, commi terzo e quarto, per quanto riguarda la disciplina prevista dall'art. 51 della legge n. 142 e ovviamente le disposizioni che espressamente elencate al punto terzo della lettera di rinvio al Consiglio regionale del disegno di legge di cui ci stiamo occupando in questa discussione generale, per effetto del combinato disposto di cui agli artt. 30 e 32 in relazione sempre al principio di cui all'art. 3, che disciplina gli accordi intervenuti tra pubblica amministrazione e rappresentante dei lavoratori, avuto riguardo sempre ai principi di cui prima facevo riferimento, contenuti nella legge n. 93 del 1983, vale a dire la legge del pubblico impiego, che ha valenza di riforma economico-sociale e quindi i principi che devono essere scrupolosamente osservati dalle legislazioni che sono gerarchicamente subordinate alla più ingenerale impostazione contenuta nella legislazione vigente, con particolare riferimento alla legge-quadro dello Stato.

Importante poi è il richiamo al punto 4 della lettera di reiezione del disegno di legge del Consiglio regionale, reiezione avvenuta da parte del Governo, laddove si evidenzia come la norma di cui all'art. 66 del decreto del Presidente della Giunta regionale, 10 maggio 1983, n. 3/L, in relazione all'ammissione al concorso per la copertura di posti nel ruolo di segretari comunali, nell'ambito dei comuni che insistono sul territorio della regione Trentino-Alto Adige.

Avuto riguardo a questo problema e cioè alla fattispecie della normativa censurata dal Governo, non posso che ribadire, a lato delle considerazioni che il Governo fa e nei confronti delle quali sono dell'avviso di dover sottoscrivere e sono anche convinto della giustezza di queste osservazioni, che il Governo ha dovuto formulare in relazione al disegno di legge approvato dal Consiglio regionale.

Ma a lato di questo argomento mi sta a cuore mettere in luce un aspetto che giudico molto rilevante in materia di segretari comunali, perché a differenza di quanto accade nella realtà degli enti locali dei comuni che insistono sul resto del territorio nazionale, abbiamo la figura del segretario comunale che è stata, con senso di responsabilità, con la necessaria responsabilità e funzionalità nei confronti delle quali una figura di così elevate responsabilità e così elevato rango nell'ambito dell'organico di ciascun comune, sappiamo che la normativa nel resto d'Italia è una normativa che, oltre che prevedere il ruolo dei segretari comunali, oltre che disciplinare le caratteristiche del ruolo medesimo e l'attribuzione a ciascun segretario comunale di una specifica attribuzione funzionale, di una classe particolare in relazione alle responsabilità, nei confronti dei comuni, a seconda della consistenza demografica degli stessi, mi pare più che legittimo, anche in questa circostanza - approfittando del tempo concessomi per la discussione generale di questo disegno di legge respinto - non sottolineare quell'altro aspetto del problema, che ritengo essere particolarmente importante, tenuto conto invece della diversa impostazione giuridica, che alla figura del segretario comunale viene invece attribuita attraverso la formulazione della legge regionale, che riguarda lo status di segretario comunale.

E' pur vero che si prevede il ruolo al quale ciascun segretario comunale è iscritto, ma legge che al medesimo tempo conferisce, legge ribadita peraltro dalla recente legge approvata in materia di ordinamento dei comuni, attribuisce al segretario comunale sì le funzioni di vertice supremo dell'ordinamento del personale, quindi dell'organizzazione degli uffici dei comuni, ma al tempo stesso nell'attribuire al segretario comunale questo giusto posto di rilievo, lo fa anche diventare dipendente del

comune e di conseguenza questa figura del segretario comunale, come ho avuto già modo di dire in altre occasioni, questa tesi debba essere ripresa, nel senso che sarebbe stato opportuno prevedere la possibilità che i segretari comunali fossero dipendenti della Regione e al tempo stesso in questo modo sottrarre i segretari comunali dal diretto rapporto di dipendenza tra comune datore di lavoro e segretario comunale chiamato a svolgere importanti funzioni di carattere giuridico, chiamato ad essere il vero notaio, colui che è chiamato a determinare i rogiti e quindi ad essere punto di riferimento che avrebbe dovuto conservare tutti gli elementi necessari per consentire a questa figura di essere indipendente nei confronti dell'autorità politica, vale a dire del sindaco e dei componenti della giunta comunale.

Questo non si è voluto applicare da parte del legislatore e con motivazioni che non riesco a comprendere, questa poi è una vecchia polemica che i rappresentanti del MSI hanno sempre sostenuto, anche nel lontano passato, quando questa assemblea legislativa era stata chiamata a legiferare sulla materia.

A questo punto, lo ribadisco con orgoglio e gratitudine, una battaglia che i rappresentanti di un tempo del MSI hanno saputo impostare nel giusto modo, dando il giusto rilievo a questa figura del segretario comunale, ma al tempo stesso con la convinzione di sottrarre il segretario comunale dalla possibilità di essere condizionato nella sua attività da pressioni, da interferenze di ordine politico, che provengono da coloro che hanno la responsabilità politica dell'amministrazione comunale, vale a dire del sindaco e della giunta comunale.

Altra questione che ritengo debba essere attentamente esaminata, a questo punto vedo che ci vengono distribuiti degli emendamenti, che potevano, caro assessore competente, essere presentati anche prima, è pur vero che se gli emendamenti sono presentati dall'opposizione questi costituiscono momento di ostruzionismo e perdita di tempo, ma se vengono presentati dalla maggioranza questi rappresentano una novità migliorativa del testo.

Avevate avuto tempo, perché gran tempo è passato, assessore competente, dal 1° luglio 1992, rispetto ad oggi 19 gennaio 1993, quindi oltre sei mesi sono passati e ci troviamo, immediatamente prima alla conclusione della discussione generale, proprio nel momento in cui parlo io assessore, forse per distrarre l'attenzione dalle argomentazioni, nei confronti delle quali io intendo rappresentare il mio punto di vista, così come si conviene nei confronti di un disegno di legge, che essendo stato respinto ha per norma regolamentare una procedura diversa rispetto ai normali disegni di legge, proprio per consentire il rispetto di quelle garanzie che sono specifiche rispetto ad un iter che ha le caratteristiche dell'iter della straordinarietà, intendendosi per straordinario l'intervento del Governo, che legittimamente interviene quale organo di controllo nei confronti del buon andamento delle istituzioni, le quali esistono soltanto in virtù dell'esistenza dello Stato e noi non possiamo allora non considerare questo fatto ampiamente positivo, se non collegato con quell'altro principio di cui siamo stati da sempre coerenti sostenitori, cioè del potere di indirizzo e coordinamento del Governo, non intendendo per Governo lo squalificato Governo Amato.

Non voglio che a questo proposito sorgano delle confusioni di sorta, quando intendo pronunciare il termine Governo, mi riferisco ovviamente al concetto che è strettamente legato al Governo con il concetto di Stato ed a questo proposito quindi, essendo il sottoscritto convinto assertore della necessità di una rifondazione dello Stato e quindi delle caratteristiche di statualità che derivano da una concezione siffatta, non può il sottoscritto che sostenere, con un intervento appropriato e necessario, le ragioni non di parte, ma quelle che si fondano sul diritto, sulla ovvia considerazione che il legislatore regionale, pur nella sua autonomia, ma fedele al mandato ricevuto, debba saper legiferare in armonia con i principi del diritto positivo e con i principi previsti dall'ordinamento giuridico.

Allora il punto 5 della nota del Commissario del Governo del 1° luglio 1992 non può passare in silenzio e credo debba consentire un attimo di riflessione sulla necessità di delineare una corretta posizione politica, giuridica e legislativa.

So che l'assessore competente, malgrado sia travolto da questa situazione di

confusione, nella quale questo esecutivo si trova a dover operare, confusione determinata dal fatto che non esiste una giunta che abbia una configurazione di organicità nella propria decisione, ma esiste una giunta che è la sommatoria dei rappresentanti dei tre partiti che costituiscono la maggioranza e di conseguenza, essendo l'assessore competente l'unico, assieme, al collega Morandini che abbia cognizione di causa, in virtù della preparazione e dello svolgimento di una professione che a questa preparazione si riconnette, la sensibilità giuridica dell'assessore è fuori discussione, certo è che invece permangono quelle contraddizioni che sono emerse anche in occasione del dibattito, che la Commissione legislativa ha determinato quando è stata chiamata a pronunciarsi sul disegno di legge respinto dal Governo con la nota del 1° luglio 1992.

Questa in sintesi, onorevoli colleghi, la posizione che ho ritenuto di dover evidenziare e questo sta ad evidenziare che le cause di un insufficiente funzionamento della Regione non dipendono da motivazioni che qui più volte sono state ribadite e sottolineate, ma queste cause risalgono invece a situazioni di incapacità politica di conduzione della amministrazione e della produzione legislativa che competono per la responsabilità politica di indirizzo al Consiglio regionale nella sua interezza e nel plenum dei propri rappresentanti, ma per le funzioni di carattere amministrativo e per le responsabilità di carattere politico che a queste funzioni sono riferite, ha la responsabilità in primo luogo della Giunta e della maggioranza.

Non si può in alcun modo trasferire responsabilità che sono di competenza dell'esecutivo e della maggioranza sulle spalle dell'opposizione, che cerca di fare legittimamente il proprio dovere. Andremo poi nel dettaglio ad esaminare le proposte che sono state licenziate dalla Commissione e gli emendamenti che sono stati presentati dall'assessore Romano e da altri colleghi della Giunta, proprio in occasione del mio intervento.

Quindi per eventuali pronunciamenti mi rimetto all'eventualità di svolgere un'apposita dichiarazione di voto.

(Präsident Peterlini übernimmt den Vorsitz)

(Assume la Presidenza il Presidente Peterlini)

PRÄSIDENT: Dankeschön, Herr Abgeordneter. Als nächster hat das Wort, immer in der Generaldebatte, der Abg. Alfons Benedikter.

PRESIDENTE: Grazie, consigliere. Il prossimo oratore iscritto a parlare in sede di discussione generale è il cons. Benedikter.

BENEDIKTER: Ja, es tut mir eigentlich leid, daß anscheinend sonst niemand Interesse an diesem Gesetz hat oder ist es vielleicht der neuen Geschäftsordnung zuzuschreiben, daß man die Opposition eben reden läßt, um sagen zu können, der betreibt Obstruktion, wenn sachliche Fragen aufgeworfen werden oder sachliche Einwände gemacht werden. Es schaut so aus.

Ja, der Regionalassessor Romano hat gesagt, daß in der Gemeindeordnung ja vorgesehen sei, daß ein eigenes Gesetz über die Gemeindesekretäre gemacht wird. Herr Regionalassessor, ich finde diese Bestimmung in der Gemeindeordnung nicht. Bitte ...Ja, im Artikel 21, ja, den habe ich auch vorgelesen. Also ich lese ihn, denn dieses Gesetz hat den Titel "Neue Bestimmungen über den Rechtsstand und die wirtschaftliche Behandlung der Gemeindeangestellten und der Gemeindesekretäre".

In der Gemeindeordnung haben wir die Artikel 21, 22 und 23, die sich mit dem Gemeindepersonal befassen, und zwar nur mit Grundsatzbestimmungen. So, wie das staatliche Reformgesetz es vorsieht, hat die Region hier in der Gemeindeordnung nur mehr die Kompetenz Grundsatzbestimmungen, sogenannte allgemeine Grundsätze (principi generali) zu erlassen und Schluß.

Alles andere ist Sache der Statuten und der Verordnungen. Im Artikel 21 ist nicht die Rede von weiteren Bestimmungen sei es über das Personal im allgemeinen, sei es über die Gemeindesekretäre. Da steht: "die Gemeinden regeln durch eigene Verordnungen unter Berücksichtigung, der in der regionalen Gesetzgebung auf dem Gebiet der dienst- und besoldungsrechtlichen Stellung der Gemeindesekretäre und der Gemeindebediensteten festgelegten allgemeinen Grundsätze" und die sind hier enthalten. Herr Regionalassessor, diese allgemeinen Grundsätze sind ja hier enthalten, sind ja im Artikel 22 und 23 enthalten. Sie haben mir Recht gegeben, ich weiß, was die Dirigenten betrifft. Mehr als einen Artikel mit 12 Absätzen wird es wohl nicht brauchen, um allgemeine Grundsätze festzulegen. Über den Gemeindesekretär ist dann immerhin ein langer Artikel mit 3 Absätzen, der dessen Grundsätze enthält, vorgesehen. Und man versteht nicht warum, da er weder Staatsangestellter, noch Regionalangestellter, sondern Gemeindeangestellter ist. Er gehört zum Gemeindepersonal, also gelten für ihn sonst, mit gewissen Ausnahmen, die Bestimmungen über das Gemeindepersonal. Deswegen habe ich in meinem Minderheitenbericht, den ich vor Inkrafttreten der Gemeindeordnung verfaßt habe, nämlich am 30. September 1992, immer darauf hingewiesen, daß eine ganze Reihe von Artikeln, die das Personal betreffen, mit dem Gemeindeautonomiereformgesetz unvereinbar sind, weil dort steht, daß nur allgemeine Grundsätze von Seiten des Staates bzw. der Region gesetzlich festgelegt werden können und alles andere Sache der Gemeindeautonomie ist. Dies gilt insbesondere für die Artikel 9, 35, 41 usw. und dann für den ganzen Titel II, der den Gemeindesekretär betrifft. Ich habe geltend gemacht, daß sie mit dem Gemeindeautonomiereformgesetz, mit der Grundsatzbestimmung nicht vereinbar sind; jetzt mache ich geltend, daß sie mit dem Regionalgesetz über die Gemeindeordnung nicht vereinbar sind, denn dort sind die Grundsätze des Staatsgesetzes im großen und ganzen ordentlich übernommen worden, und somit auch die Bestimmung, daß es, auch was das Personal betrifft, nur Grundsätze geben darf, allgemeine Grundsätze und nicht Detailbestimmungen. Ich verstehe deshalb warum dieser Gesetzentwurf rückverwiesen worden ist und möchte daran erinnern, daß dieselben Einwände in meinem Minderheitenbericht zur ersten Fassung vom 7. April 1992 auch von mir geltend gemacht worden sind. Deswegen bin ich der Auffassung, daß der Regionalassessor, abgesehen von den "osservazioni del governo", von den Einwänden der Regierung anlässlich der Rückverweisung, jetzt, da die Gemeindeordnung der Region, die sich im großen und ganzen an die Grundsätze des staatlichen Reformgesetzes hält, in Kraft getreten ist, doch eigentlich vorschlagen müßte, daß der Großteil der Bestimmungen dieses Gesetzesentwurfes überholt ist. Denn wir laufen schon Gefahr, daß das Gesetz neuerdings rückverwiesen wird, weil es nicht mit dem staatlichen Reformgesetz und auch nicht mit den Grundsätzen, die wir als Regionalgesetz eben verabschiedet, erlassen haben und die erst soeben in Kraft treten, übereinstimmt. Ich weiß nicht genau, wann die Gemeindeordnung tatsächlich in Kraft tritt, bitte, wenn sie mir das sagen. Ich möchte deshalb bitten, daß sich der Regionalassessor überlegt, was alles aus diesem Gesetz herausgenommen werden kann, weil es bereits in der Gemeindeordnung geregelt ist, und zwar unter Einhaltung der Grundsätze des Staatsgesetzes der Gemeindeautonomien, das keine Detailbestimmungen über die Personalordnung und auch nicht über die Ordnung, sagen wir so, des Statuts, des Rechtsstands und der wirtschaftlichen Behandlung des Gemeindesekretärs, der Bestandteil des Gemeindepersonals ist, zuläßt. Ich möchte deshalb wirklich bitten, daß man sich das noch einmal überlegt, denn ich kann mich erinnern, daß Assessor Romano damals gesagt hat: ja jetzt machen wir dieses Gesetz über das Gemeindepersonal und den Gemeindesekretär und solange die Region nicht das staatliche Reformgesetz über die Gemeindeordnung übernommen hat, halten wir uns an den alten Stand der Gemeindeordnung und ich habe diesen Standpunkt eingenommen. Wir müssen uns doch an die Grundsätze des staatlichen Reformgesetzes halten und an die Grundsätze unseres Gesetzes, jetzt, da es in Kraft getreten ist. Man könnte das Gesetz auch einen Monat nach Inkrafttreten wieder abändern, aber die Grundsätze der regionalen Gemeindeordnung sind Reformgrundsätze, die wir aus dem staatlichen Reformgesetz übernommen haben und an die wir uns halten müssen, die wir nicht wieder abändern können. Und ich möchte wirklich bitten, daß sich der Regionalassessor überlegt, was

da alles überholt ist, überflüssig geworden ist. Und ich möchte nicht, daß uns der Vorwurf gemacht werden kann - jetzt habt ihr die Grundsätze der staatlichen Gemeindeordnung, der Gemeindeautonomiereform im großen und ganzen übernommen und einen Monat darauf habt ihr schon wieder ein anderes Gesetz gemacht, mit welchem ihr diese Grundsätze verletzt. Und ich täte wirklich bitten, daß man auch das noch einmal überlegt.

(Mi dispiace che nessuno mostri interesse per questa legge; forse ciò è da ascrivere al nuovo Regolamento interno; si lascia intervenire a lungo l'opposizione, per poi sostenere che essa vuol fare dell'ostruzionismo quando solleva quesiti ed obiezioni obiettivi. Questa è l'impressione che se ne trae.

L'assessore regionale Romano ha affermato che nell'Ordinamento dei Comuni è prevista l'emanazione di un' apposita legge sui segretari comunali. Signor Assessore, non trovo tale norma nel citato provvedimento. Per favore...Si, all'art. 21 di cui ho dato lettura. Lo rileggerò; questo disegno di legge si intitola "Nuove norme in materia di stato giuridico e trattamento economico dei dipendenti dei comuni e dei segretari comunali".

Nel Nuovo Ordinamento dei Comuni gli artt. 21, 22 e 23 concernono il personale comunale e contengono solamente delle norme fondamentali. Secondo la legge di riforma statale la regione ha la facoltà di emanare delle norme fondamentali, dei principi generali. Tutto il resto è riservato agli statuti ed ai regolamenti. All'art. 21 non si parla di altre norme generali, né sul personale né sui segretari comunali. Esso recita: "I comuni disciplinano con appositi regolamenti, nel rispetto dei principi generali fissati dalla legislazione regionale in materia di stato giuridico e trattamento economico dei segretari comunale e dei dipendenti comunali, la dotazione organica, l'organizzazione degli uffici etc..." e tali principi sono contenuti nella legge regionale. Signor assessore regionale, questi principi generali sono contenuti negli artt. 22 e 23. Lei stesso mi ha dato ragione per quanto concerne i dirigenti. Non ritengo sia necessario più di un articolo composto da 12 commi, per fissare dei principi generali. E per ciò che attiene ai segretari comunali si tratta di un articolo molto lungo, costituito da tre commi, il quale contiene a sua volta dei principi. Non è chiaro il perché, dato che i segretari comunali non sono né dipendenti statali né regionali, bensì comunali. Sono dipendenti comunali e quindi anche per loro valgono le norme sul personale comunale. Per questo nella relazione di minoranza da me presentata prima all'entrata in vigore del Nuovo Ordinamento dei Comuni, ovvero prima del 30 settembre 1992, ho rilevato che vi sono una serie di articoli concernenti il personale, incompatibili con la legge di riforma delle autonomie locali, poiché essa prevede che lo Stato o la regione possono fissare solamente i principi generali e tutto il resto sia demandato all'autonomia comunale. Ciò vale in modo particolare per gli artt. 9, 35, 41 etc...ed in particolare anche per tutto il Titolo II concernente i segretari comunali. Ho sostenuto che esso non è compatibile con la legge di riforma sulle autonomie locali, con la norma fondamentale. Ed ora vorrei sostenere che la legge regionale sul Nuovo Ordinamento dei Comuni non è compatibile con tale norma fondamentale, poiché in linea di massima sono stati recepiti i principi della legge statale - e quindi anche la norma concernente il personale - ovvero che possono essere fissati solamente dei principi generali e non delle norme particolari. Per questo motivo capisco perché questo disegno di legge sia stato rinviato dal Governo e desidero ricordare le obiezioni da me sollevate nella relazione di minoranza del 7 aprile 1992. Per questo sono dell'avviso, signor assessore, che a prescindere dalle osservazioni del governo, ora l'ordinamento comunale regionale che si attiene in linea di massima ai principi della legge di riforma statale, entrata in vigore, dovrebbe sancire che la maggior parte delle norme di tale provvedimento legislativo sono superate. Altrimenti corriamo il pericolo di un ulteriore rinvio governativo, poiché non corrisponde ai principi sanciti dalla legge di riforma statale e neppure a quelli enunciati dalla legge regionale da noi approvata e da poco entrata in vigore. Non so esattamente quando l'ordinamento comunale entrerà in vigore, se Lei me lo potesse dire, gliene sarei grato. Per

questo desidero invitare l'assessore regionale a riflettere su ciò che potrebbe venire stralciato da questa legge, in quanto già disciplinato dall'Ordinamento dei Comuni. Ciò nel rispetto dei principi fissati dalla legge statale sulle autonomie locali, che non ammette alcuna norma particolare sull'ordinamento del personale e sull'ordinamento dello statuto, dello stato giuridico ed il trattamento economico dei segretari comunali, parte integrante dei dipendenti comunali. Per questo vorrei pregare l'assessore di riflettere ulteriormente, poiché ricordo quanto egli aveva detto e cioè che si sarebbe fatta questa legge sul personale comunale e sui segretari comunali mantenendo il dettato del vecchio ordinamento comunale, sinché la regione non avesse recepito la legge di riforma statale sul l'Ordinamento delle autonomie locali. Ci dobbiamo quindi attenere ai principi fissati dalla legge di riforma statale ed i principi della legge regionale entrata in vigore. Si potrebbe modificare la legge anche un mese dopo la sua entrata in vigore, ma i principi dell'Ordinamento comunale fissati con legge regionale sono dei principi di riforma recepiti dalla legge di riforma statale ed a cui dobbiamo attenerci e che non possiamo modificare. Per cui esorto ancora una volta l'assessore regionale a riflettere su queste osservazioni, su ciò che è ormai superato, superfluo. Non desidero che ci venga mosso il rimprovero di aver recepito in linea di massima i principi della legge di riforma statale sulle autonomie locali, e circa un mese dopo di aver approvato una legge che lede tali principi. Per cui desidero invitare i presenti a riflettere ulteriormente).

PRÄSIDENT: Dankeschön. Ja, Frau Zendron. Wollen wir beginnen. Wie Sie wollen.

PRESIDENTE: Grazie. Concedo ora la parola alla cons. Zendron. Se desidera può iniziare il Suo intervento.

ZENDRON: Se posso intervenire dopo parlo tutto assieme, altrimenti lo faccio metà e metà. Prometto che parlerò poco.

PRÄSIDENT: Geht schon in Ordnung. Dann gehen wir Mittagessen.

Ich darf daran erinnern, daß wir die Sitzung plangemäß um 15.00 Uhr wieder aufnehmen. Bitte die Abgeordneten dann auch zu kommen, weil Nachmittag geht's dann in die Artikeldebatte, weil die Generaldebatte bald abgeschlossen sein wird. Ich wünsche allen einen guten Appetit. Die Sitzung ist zeitweilig unterbrochen. Um 15.00 Uhr sehen wir uns wieder.

PRESIDENTE: Va bene, come desidera. Allora andiamo a pranzo.

Desidero ricordare che la seduta riprenderà alle ore 15.00. Prego i signori consiglieri di essere presenti anche al pomeriggio, poiché passeremo alla discussione articolata, dato che la discussione generale sarà ben presto terminata. Desidero augurare a tutti buon appetito. La seduta è sospesa e riprenderà alle ore 15.00.

(ore 12.53)

(ore 15.00)

Vorsitzender: Präsident Peterlini
Presidenza del Presidente Peterlini

PRÄSIDENT: Ich bitte Platz zu nehmen. So, ich bitte um den Namensaufruf.

PRESIDENTE: Prego i presenti di prendere posto. Prego procedere all'appello nominale.

BENUSSI: (Segretario) : (fa l'appello nominale)

PRÄSIDENT: Wir setzen jetzt die Arbeiten mit der Generaldebatte zum Gesetzentwurf über die Gemeindebediensteten fort. Das Wort hat die Abg. Zendron. Bitteschön.

PRESIDENTE: Proseguiamo i lavori con la discussione generale sul disegno di legge concernente i dipendenti comunali. Concedo la parola alla cons. Zendron. Prego.

ZENDRON: Grazie, signor Presidente. Il mio intervento sarà breve come promesso, infatti non riprenderò la discussione su tutta la legge, per due ragioni, il fatto che ne abbiamo discusso sufficientemente quando questa legge è stata dibattuta la volta precedente in aula e perché questa legge ha un ritardo gravissimo e vorrei anche non lasciare che passi senza alcuna annotazione il fatto che questa legge viene attesa da almeno un anno, e che addirittura c'è stata una manifestazione proprio qui a Bolzano degli interessati che chiedevano un'accelerazione dell'iter della legge e noi siamo qui ad un anno di distanza ed ancora ne dobbiamo ridiscutere.

A questo proposito vorrei dire che dovremmo chiederci se la vicinanza con il cittadino, che caratterizza una regione rispetto allo Stato, non dovrebbe imporre una maggiore attenzione ai tempi con cui si risponde ai propri adempimenti nei riguardi dei cittadini stessi.

Credo che i tempi intollerabili con cui si fanno questi provvedimenti comportino un cattivo servizio al decentramento e al concetto di federalismo di decentramento rispetto ad un modello di Stato centralista.

Non possiamo, come facciamo con leggerezza qui, pretendere sempre nuove competenze, quando non siamo in grado di rispondere in tempi ragionevoli a quelle che sono le esigenze dei cittadini ed agli adempimenti della stessa regione.

Voglio accentrare la mia attenzione su una delle modifiche che sono state apportate in questa tornata e non quelle modifiche che sono andate incontro alle osservazioni del Governo, bensì una modifica che è stata introdotta per iniziativa dell'assessore Romano sull'art. 19 e che considero un emendamento estremamente peggiorativo di questa legge e non voglio che non venga posta in quest'aula l'attenzione su questo cambiamento, che non era richiesto per far passare la legge all'esame del Governo, ma è una modifica di iniziativa di Giunta.

Credo sia un errore proprio perché oggi sentiamo il bisogno di maggiore chiarezza nell'accesso all'impiego pubblico e credo che non sia una scoperta di oggi, ma sia una cosa che da molti anni sappiamo, che l'unica garanzia di un accesso trasparente all'impiego pubblico derivi dalla pubblicità, dall'apertura a tutti e già l'ammissione con un titolo di studio inferiore per coloro che si trovano già nell'amministrazione pubblica costituisce un vantaggio riconosciuto a chi aspira ad una carriera interna e credo questo sia giustificato.

Qui però viene introdotto un termine, in cui si sostituisce il concorso pubblico e le altre pubbliche selezioni con procedure concorsuali e selettive, previste dal Regolamento organico e mi sembra che questo lasci nuovamente aperto uno spazio ad un modo di selezionare il personale, che sono convinta oggi non sia più accettabile.

Credo che così si lasci ancora aperta la strada a procedure che non sono trasparenti e leggibili per il cittadino e sono procedure che ancora una volta ripropongono un modo di assumere il personale che lascia aperta la porta alla gestione clientelare e partitica dell'impiego pubblico in particolare e anche lascia aperto la possibilità ad una gestione non leggibile, non chiara delle carriere interne.

Credo che quelli che hanno vissuto gli ultimi 10 anni all'interno dell'impiego

pubblico abbiano vissuto ed avuto la conoscenza diretta di questo fenomeno delle carriere alla rovescia, per cui chi è più servile, chi è meno critico fa carriera, chi è più vicino al partito giusto fa carriera e questo passa attraverso il modo con cui si attua la selezione.

Quindi credo che oggi più che mai si debba dire basta a questo modo di procedere, si debba trovare una maniera più chiara e limpida di selezionare il personale e di permettergli di fare carriera. Ritengo giusto ci siano delle forme di valorizzazione del personale interno e questo però è sufficientemente garantito dal fatto che si annette, a fronte di una certa anzianità, un titolo di studio inferiore, ma in alcuna maniera questo può essere poi superato attraverso la selezione che non passi per concorsi e selezioni pubbliche.

Credo che nella pubblica amministrazione debbano essere fissati dei criteri e delle procedure che siano chiare, che rendano aperta a tutti i giovani che vogliono entrare nell'amministrazione pubblica con intenzioni serie, la porta dell'impiego pubblico e che non si possa invece lasciare neppure un sospetto che l'amministrazione si riserva in alcuni casi, a sua discrezione, secondo criteri e procedure non chiare, dei momenti in cui le modalità di assunzione e di carriera non siano quelli che possono essere fissati e visibili per legge.

Credo che questa sia una cosa importantissima, anche per arrivare ad un rinnovamento di una classe amministrativa che spesso ha un comportamento non degno del luogo in cui si trova a lavorare, in cui soffre di difetti e di comportamenti, come quello dell'arroganza, ad esempio, che è un modo di comportarsi che deriva dal privilegio di sapere che si è intoccabili perché si fa parte di un meccanismo che non può essere scalfito dalla chiarezza delle cose, dalla partecipazione di chiunque, dal vantaggio che dovrebbe essere invece dato a chi sa fare meglio il proprio mestiere e lo fa meglio nell'interesse collettivo che non nell'interesse del partito, del gruppo o del politico che lo ha appoggiato.

Quindi voglio portare all'attenzione dei colleghi questo aspetto, questa modifica che è stata introdotta all'art. 19 e che mi sembra particolarmente rilevante, proprio perché viene introdotto approfittando di un intervento che è di necessario adeguamento a quello che ci chiede il Governo, non voglio entrare particolarmente, però voglio sottolineare come questa cosa nasconda proprio la possibilità che si attui, al di là delle intenzioni di chi lo fa in questo momento, addirittura che si lasci aperta la strada delle procedure di assunzione di personale e di selezione anche in carriera del personale che non è più accettabile.

PRÄSIDENT: Ja, danke Frau Abgeordnete. Wenn sich keine weiteren Redner zu Wort melden und ich sehe keine mehr, dann erkläre ich hiermit die Generaldebatte als abgeschlossen und gebe das Wort noch zur Replik an den zuständigen Regionalassessor Romano. Wenn er es wünscht natürlich.

PRESIDENTE: Grazie, consigliere. Se non vi sono altri oratori iscritti a parlare, dichiaro chiusa la discussione generale e concedo la parola per la replica all'assessore regionale Romano, ovviamente se lo desidera.

ROMANO: Solamente per riassumere un paio di osservazioni.

Per quanto riguarda il cons. Benedikter, ho già detto che proponiamo l'abrogazione dell'art. 41 e su tutta la normativa che riguarda il segretario comunale mi riservo di intervenire nel momento in cui discutiamo dell'articolo, spiegando il perché vogliamo mantenere quella parte, sia pur modificandola leggermente.

Per quanto riguarda l'art. 19 è un problema che era sorto anche in Commissione, in realtà qui sostituiamo la parola "concorsi" con "procedure concorsuali", il termine è più ampio e si presta a parecchie cose.

Però devo sottolineare una cosa, questa legge non è il frutto solamente della

preparazione, dello studio o dell'esperienza degli uffici o dell'assessorato, è il frutto di un lavoro congiunto, fatto dall'assessorato, fatto dai datori di lavoro i comuni e dai rappresentanti del personale comunale, intendendo per rappresentanti tutti i sindacati CGIL, CISL, UIL, autonomi della funzione pubblica.

Questo argomento, che ci era stato già sottolineato prima della prima stesura, ci è stato fortemente ribadito, perché ci hanno fatto capire che determinate professionalità, ricavabili anche all'interno dell'amministrazione, che possono portare a procedure concorsuali tipo concorso interno, non potevano essere disattese, anche perché ci hanno detto che se voi con la legge sull'ordinamento dei comuni date ampia autonomia statutaria e regolamentare, perché nell'art. 19 diciamo che sono i regolamenti che disciplinano le procedure concorsuali, allora ogni comune, nel proprio regolamento, stabilisca come vuole adottare queste procedure concorsuali, per cui la parola "concorso" è estremamente vincolante e non consente la valorizzazione di certe professionalità.

In un primo tempo avevamo usato la parola "concorsi", ma se dobbiamo dare un minimo di credibilità di queste cose, abbiamo ritenuto di modificare quella parola responsabilizzando le amministrazioni comunali nel regolamento, dopo di che saranno loro stesse a valutare quali tipi di concorso fare, sia i comuni stessi a decidere quali procedure adottare per il proprio personale.

Per il resto mi riservo di intervenire articolo per articolo.

PRÄSIDENT: So, damit kommen wir zum Übergang zur Sachdebatte. Wer mit dem Übergang zur Sachdebatte einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Danke. Wer stimmt dagegen. Sieben Gegenstimmen. Wer enthält sich der Stimme? 6. Damit ist der Übergang zur Sachdebatte genehmigt.

Wir kommen damit zum Artikel 1. Jetzt möchte ich dem Regionalrat folgendes vorschlagen: Es geht ja um einen rückverwiesenen Gesetzentwurf und die übliche Praxis ist, daß wir über jeden Artikel abstimmen. Ich möchte vorschlagen, daß wir nicht alle Artikel neu verlesen, zumal dies bereits früher getan worden ist, und uns auf die Verlesung jener Artikel beschränken, die von der Gesetzgebungskommission neu vorgelegt werden sowie auf jene, die von der Regierung rückverwiesen worden sind. Wenn man einverstanden ist mit dieser Praxis, gehen wir zur Sachdebatte über.

Ich möchte noch etwas sagen. Um die ganze Arbeit zu erleichtern, benützen wir den Text, der von der Kommission ausgearbeitet worden ist. Wenn in einer Zeile durchgehend geschrieben worden ist, dann sind keine Änderungen, wenn hingegen die Seite in zwei Spalten eingeteilt ist, dann heißt das, daß der Text der Kommission neu ist und dort müssen wir dann lesen und dort müssen wir auch extra beschließen.

Also Artikel 1. Ich sehe also keine Einwände, somit ist man mit dieser Prozedur einverstanden. Dankeschön.

Zum Artikel 1 Alfons Benedikter, bitte.

PRESIDENTE: Bene. Ora passiamo alla votazione sul passaggio alla discussione articolata. Chi è a favore è pregato di alzare la mano. Chi è contrario? 7 voti contrari. Chi si astiene? 6 astenuti. Il passaggio alla discussione articolata è approvato.

Passiamo all'art. 1. Desidero sottoporre al Consiglio regionale la seguente proposta: poiché si tratta di un disegno di legge rinviato dal Governo, e la prassi sino ad ora seguita è stata quella di votare ciascun articolo, desidero proporre di non rileggere tutti gli articoli, bensì di limitarci alla lettura di quegli articoli che sono stati emendanti dalla Commissione legislativa e che sono stati oggetto di rinvio governativo. Se tutti sono d'accordo con questa procedura, possiamo passare alla discussione articolata.

Desidero inoltre fare ancora un'osservazione. Per facilitare i lavori utilizziamo il testo elaborato della Commissione. Se un rigo è stato scritto per intero, significa che nulla è stato modificato, se invece abbiamo un testo comparato, significa che il testo della Commissione è nuovo e che dobbiamo

quindi leggerlo nonché porlo in votazione.

Articolo 1. Non vi sono obiezioni, per cui questa procedura è approvata. Grazie!

BENEDIKTER: Der Artikel 1 enthält die Zielsetzung des Gesetzes. Der Assessor hat gesagt, daß das Gesetz seinerzeit, vor Inkrafttreten des Gemeindeautonomiereformgesetzes in Zusammenarbeit nicht nur mit dem Beamten, sondern auch mit den Gemeinden und mit den Gemeindeangestellten usw. ausgearbeitet worden ist.

Ja, aber ich glaube, daß es jetzt, da die Gemeindeordnung, die auch bezüglich des Personals Grundsätze enthält, in Kraft tritt, kein eigenes Gesetz braucht, mit welchem man, wie es heißt, die allgemeinen Grundsätze über den Rechtsstand und über die wirtschaftliche Behandlung des Personals der Gemeinden und der Gemeindegemeinschaften festlegt. Ich werde selbstverständlich eine Denkschrift darüber verfassen, daß dieses Gesetz zu sehr in die Einzelheiten geht und werde somit meinen Minderheitenbericht ergänzen. Ich werde dabei auf das Staatsgesetz Bezug nehmen und darauf hinweisen, daß das Regionalgesetz die diesbezüglichen Grundsätze verletzt, daß man hier weit davon entfernt ist, sich nur an allgemeine Grundsätze, an die "principi generali" zu halten. Die Statuten und die Verordnungen der Gemeinden müssen hier maßgebend sein und nicht das Regionalgesetz und dessen Durchführungsverordnung. Ich habe alles im Minderheitenbericht gesagt, aber ich wiederhole es, weil dieser Artikel nur von Verordnungen der Gemeinden, von "regolamenti dei comuni" spricht, während das Regionalgesetz über die Gemeindeordnung richtigerweise diesbezüglich nicht nur auf die Verordnungen, sondern eben auch auf die Statuten verweist. Auch hier stimmt es, daß dieses Gesetz in mehreren Artikeln in Widerspruch zu den Grundsätzen steht, die in der Gemeindeordnung der Region angeführt sind und daher kann ich auch nicht dafür stimmen.

(L'art. 1 contiene le finalità della legge. L'assessore ha detto che la legge a suo tempo, prima dell'entrata in vigore della legge di riforma delle autonomie locali, era stata elaborata non solo con i dirigenti ma anche con i comuni ed i dipendenti comunali.)

Ritengo però che ora che il Nuovo Ordinamento comunale recante i principi attinenti il personale è entrato in vigore, non sia necessaria un'apposita legge con la quale stabilire i principi generali sullo stato giuridico ed economico del personale dipendente dai comuni e dei segretari comunali. Ovviamente redigerò una memorandum che rileverà che questa legge va troppo nel particolare ed integrerò la mia relazione di minoranza. Farò riferimento alla legge statale, annotando che la legge regionale viola dei principi, e che nella fattispecie si è ben lungi da attenersi ai principi generali. Sono gli Statuti ed i regolamenti dei Comuni che debbono prevalere e non la legge regionale ed il suo regolamento d'esecuzione. Ho già sostenuto tali argomentazioni nella mia relazione di minoranza, ma lo ripeto ulteriormente: questo articolo rimanda solamente ai regolamenti comunali, mentre la legge regionale non rimanda solamente ai regolamenti bensì anche agli statuti. Anche in questa fattispecie si può ribadire che questa legge contrasta con numerosi articoli nonché con i principi citati nella legge regionale sull'ordinamento dei Comuni. Per questo motivo non posso votare a favore di tale provvedimento).

PRÄSIDENT: Das Wort an den Abg. Kaserer, bitte.

PRESIDENTE: La parola al cons. Kaserer. Prego consigliere.

KASERER: Herr Präsident, ich möchte nicht grundsätzlich zum Artikel 1 sprechen, sondern nur eine Feststellung machen, u. z. daß im Kommissionsbericht kein Inhaltsverzeichnis über die einzelnen Artikel mehr vorhanden ist. Ich möchte darauf hinweisen, daß ein Grundsatzbeschluß besteht, daß das Inhaltsverzeichnis anzuführen ist, und gerade bei einem solchen umfangreichen Gesetz ist es unbedingt

notwendig, daß wir das tun, und ich möchte deshalb die Zusicherung von seiten des Regionalausschusses, daß dies dann bei der Publikation erfolgt.

(Signor Presidente, non intendo intervenire in merito all'articolo 1, ma desidero fare un'osservazione: la relazione della commissione non è corredata da un indice. Vorrei rilevare a tale proposito che esiste una deliberazione consiliare, la quale sancisce l'obbligo di redigere un indice. Ed in presenza di una legge così complessa, l'adempimento a quest'obbligo è assolutamente necessario. Desidero per questo ottenere l'assicurazione da parte della Giunta Regionale che provvederà alla stesura di detto indice al momento della pubblicazione della legge.)

PRÄSIDENT: Abg. Kaserer, Sie sind gebeten worden, es kurz zu wiederholen.

PRESIDENTE: Cons. Kaserer, è pregato di ripetere brevemente la Sua osservazione.

KASERER: Es ist ein Beschluß des Regionalrates, daß bei umfangreicheren Gesetzen dem Gesetz bei der Veröffentlichung ein Inhaltsverzeichnis vorangestellt wird. Nun stelle ich fest, daß beim Bericht der Kommission dieses Inhaltsverzeichnis nicht mehr vorhanden ist und ich möchte deshalb darauf hinweisen, daß das nicht vergessen wird, weil es für die Benützung dieses Gesetzes von großer Bedeutung ist, wenn dieses Inhaltsverzeichnis vorangestellt wird.

(Quando una legge di una certa complessità viene pubblicata, essa deve - secondo una deliberazione del Consiglio regionale - essere corredata dal rispettivo indice. Ora ho però avuto modo di constatare che tale indice non era allegato alla relazione della commissione legislativa. Vorrei dunque farlo notare ai presenti, affinché non si dimentichi di apporre davanti al testo della legge tale indice, che risulta di notevole importanza per la consultazione di questo provvedimento legislativo).

PRÄSIDENT: Ja, ich danke dem Abg. Kaserer. Wir werden in der endgültigen Fassung des Gesetzentwurfes in Zusammenarbeit mit dem Ausschuß das Inhaltsverzeichnis miteinbauen. Assessor Romano zeigt mir eben, daß er es bereits vorbereitet hat. Es wird gemacht von Amts wegen. Brauchen wir nicht abzustimmen. Danke.

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen zum Artikel 1. Dann stimmen wir darüber ab. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Die Mehrheit, - danke schön. Wer stimmt dagegen? 3 Gegenstimmen. Wer enthält sich der Stimme? 10 Enthaltungen. Damit ist der Artikel 1 genehmigt.

Artikel 2. Keine Änderungen zum bereits genehmigten Text. Eine Wortmeldung. Alfons Benedikter, bitte schön.

PRESIDENTE: Grazie cons. Kaserer. In collaborazione con la Giunta provvederemo a inserire l'indice nella stesura finale del disegno di legge. L'assessore Romano mi fa cenno che vi ha già provveduto. Verrà fatto d'ufficio. Non dobbiamo dunque procedere alla votazione. Grazie.

Non vedo nessuno altro che intende intervenire in merito all'articolo 1. Passiamo dunque alla votazione. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. La maggioranza. Grazie. Chi è contrario? Chi si astiene? 10. astensioni. L'articolo è approvato.

Articolo 2. Non sono state apportate alcune modifiche al testo che è già stato approvato. Il cons. Benedikter ha chiesto la parola. Prego consigliere.

BENEDIKTER: Artikel 2. Im Artikel 2 fehlen die Punkte 8 und 9, die mit Artikel 2 des staatlichen Rahmengesetzes über den öffentlichen Dienst Nr. 93 vom 29. März 83 einer gesetzlichen Regelung

vorbehalten bleiben. Diese Punkte 8 und 9 sehen die Höchstdauer des Überstundenplanes und die Ausübung der Rechte der Bürger gegenüber den öffentlichen Angestellten sowie ihr Recht auf Zugang und Beteiligung am Zustandekommen der Akte der öffentlichen Verwaltung vor. Das Staatsgesetz schreibt unter Punkt 8 und 9, also vor 11, das wäre g und h, schreibt diese zwei Dinge vor. Ich verstehe nicht, warum das nicht hinzugefügt wird. Und das müßte an sich Anlaß zur Rückverweisung sein.

(Articolo 2. All'articolo 2 mancano i punti 8 e 9 dei temi riservati alla disciplina di legge dall'articolo 2 della legge-quadro sul pubblico impiego n. 93 del 29 marzo 1983, concernenti la durata massima del lavoro straordinario e l'esercizio dei diritti dei cittadini nei confronti dei pubblici dipendenti ed il loro diritto di accesso e di partecipazione alla formazione degli atti. La legge statale sancisce ai punti 8 e 9, dunque alle lettere g e h, cioè prima del punto 11, queste due norme. Non mi è chiaro perché questi due punti non vengano aggiunti. Ed a mio avviso questo può costituire motivo di rinvio della legge.)

PRÄSIDENT: Andere Wortmeldungen zum Artikel 2 von seiten der Abgeordneten. Keine. Dann gebe ich das Wort zur Replik an Assessor Romano.

PRESIDENTE: Altri oratori intendono intervenire in merito all'art. 2? Nessuno. Concedo dunque la parola all'assessore Romano per la replica.

ROMANO: Presidente, non vorrei essere scortese nei confronti del collega, ma ci troviamo qui davanti ad una riapprovazione di una legge in cui alcuni articoli sono stati già discussi precedentemente e che noi per regolamento dobbiamo rileggere o riapprovare.

Io non posso intervenire su tutti gli articoli rimettendo in discussione l'opportunità, su questo argomento ne abbiamo già approfonditamente parlato. Intendo intervenire sugli articoli oggetto di modifica e non sugli articoli che non vengono toccati, non per scortesia, ma non intendo reintervenire, perché tutto quello che dovevamo dire ce lo siamo già detti in luglio, quando abbiamo approvato questa legge.

PRÄSIDENT: So, damit stimmen wir ab über den Artikel 2. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Danke. Wer stimmt dagegen? 7 Gegenstimmen. Wer enthält sich der Stimme? 3 Enthaltungen.

Der Artikel 2 ist genehmigt.

Der Artikel 3. Da ist im Absatz 4 eine Änderung, die ich verlese. Ich verlese den neuen, von der Kommission vorgelegten, Text zum Absatz 4.

Die Gewerkschaftsabkommen gemäß Absatz 1 und 2 müssen zur Homogenisierung der rechtlichen Stellung und Besoldung der Bediensteten der Region, der autonomen Provinzen von Trient und Bozen und der Gemeinden den Abkommen und Abmachungen Rechnung tragen, die mit den auf Landes- und Regionalebene erreichten intersektoriellen Abkommen getroffen wurden. Im besonderen: der Wartestand, die Beurlaubung und Freistellung auch wegen Krankheit und Mutterschaft, der Urlaub, die Besoldung für gleiche oder ähnliche Funktionsränge, die Kriterien für Versetzungen und für die Mobilität des Personals, die Außendienstvergütungen und die Vergütungen für Versetzungen.

Wer meldet sich zum Abänderungsantrag, d.h. zu diesem neuen Text zu Wort. Abg. Benedikter. Ich muß mich korrigieren. Die Diskussion findet über den gesamten Artikel statt. Ich habe nur den Teil verlesen, der jetzt neu ist. Bitte schön, Abg. Benedikter.

PRESIDENTE: Allora votiamo l'art. 2. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Grazie. Contrari? 7 contrari. Astensioni? 3.

L'articolo 2 è approvato.

Articolo 3. E' stato presentato un emendamento al comma 4 di cui darò lettura. Dò lettura del nuovo testo del comma 4, così come è stato presentato dalla commissione:

4. Al fine di pervenire all'omogeneizzazione delle posizioni giuridiche ed economiche del personale dipendente dalla Regione, dalle Province autonome di Trento e di Bolzano e dai Comuni, gli accordi sindacali di cui ai commi 1 e 2 devono rispettare gli accordi e le intese raggiunte negli accordi intercompartimentali di livello regionale e provinciale. In particolare: le aspettative, i congedi ed i permessi, ivi compresi quelli per malattia e maternità, le ferie, il regime retributivo di attività per qualifiche funzionali uguali o assimilate, i criteri per i trasferimenti e la mobilità, i trattamenti di missione e di trasferimento.

Chi chiede la parola in merito all'emendamento?

Il cons. Benedikter. Debbo correggermi. La discussione concerne l'articolo nel suo complesso, pur essendomi limitato alla lettura del testo nuovo. Prego cons. Benedikter, ne ha la facoltà.

BENEDIKTER: Ja, ich beziehe mich auf den Absatz 4. Bei Absatz 4 ist die Beifügung, sind die Worte "der autonomen Provinzen Trient und Bozen" verfassungswidrig, da die Region auch mit Zustimmung der Mehrheit der Regionalratsabgeordneten, die auch Abgeordnete der Landtage von Bozen und Trient sind, nicht die Verfügungsgewalt über die Bediensteten der Provinz hat. Also die Region würde sich da anmaßen, auch über das Personal der Provinz etwas zu bestimmen. Diese fällt ausschließlich unter die Gesetzgebungszuständigkeit der Provinzen selber.

Da ja der ganze Artikel zur Debatte steht, habe ich geltend gemacht, daß die Überprüfung der wirtschaftlich-finanziellen Vereinbarkeit der Abkommen auf Grund der Zuständigkeit der Provinzen auf dem Gebiet der Lokalfinanzen gemäß Artikel 80 und 81 Absatz 2 des Autonomiestatutes von den Landesausschüssen vorgenommen werden muß, wobei die Verfügbarkeit, der dafür bestimmten finanziellen Mittel, in Betracht gezogen wird, wie es im Gesetz heißt. Diese Verantwortung kann nicht mit einer Abordnung der Vertragsparteien, ob es dann Gemeinden oder Gewerkschaften sind, geteilt werden. Der Grundsatz wird auch für die Gemeindebediensteten im Artikel 8 deutlich hervorgehoben, und zwar im Zusammenhang mit den Artikeln 6 und 15 des Rahmengesetzes über den öffentlichen Dienst. Ich habe das damals geltend gemacht, das Gesetz ist deswegen nicht rückverwiesen worden, aber ich mache es wiederum geltend, weil selbstverständlich auch mein Minderheitenbericht mit nach Rom geht.

(Mi riferisco al comma 4, all'inciso "dalle Province autonome di Trento e di Bolzano", che è anticonstituzionale, non potendo la Regione disporre comunque neanche con il consenso della maggioranza dei Consiglieri che sono anche Consiglieri provinciali, del personale delle Province, riservato alla competenza legislativa esclusiva delle Province stesse. La Regione si permetterebbe dunque di decidere anche per quel che concerne il personale della Provincia.

Essendo in discussione l'articolo nel suo complesso ho rilevato che la verifica delle compatibilità economico-finanziarie degli accordi in riferimento alle disponibilità finanziarie a ciò destinate spetta alle Giunte provinciali in base alla competenza provinciale in materia di finanza locale di cui agli articoli 80 e 81, comma 2, dello Statuto. Questa responsabilità non può essere condivisa con la delegazione delle parti contraenti (comuni e sindacati). Il relativo principio è chiaramente enunciato anche per i dipendenti comunali dall'articolo 8 in connessione con gli articoli 6 e 15 della legge-quadro sul pubblico impiego. Questo è quanto osservai allora, anche se la legge non venne respinta per tale motivo, e quanto ribadisco oggi, in quanto anche la mia relazione di minoranza verrà

inviata a Roma.)

PRÄSIDENT: Sind weitere Wortmeldungen aus der Reihe der Abgeordneten zum Artikel 3. Ich sehe keine. Dann gebe ich das Wort zur Replik an Assessor Romano.

PRESIDENTE: Altri consiglieri desiderano chiedere la parola in merito all'art. 3 ? Nessuno. Concedo allora la parola per la replica all'assessore Romano.

ROMANO: Solamente per osservare che questo è il primo dei rilievi che ci è stato fatto dal Governo, lo leggo testualmente in modo che ci possiamo rendere conto del motivo: l'art. 3, comma 4, nella parte in cui prevede trattamenti economici integrativi, non è in linea con i principi di omogeneizzazione dei trattamenti economici e di divieto di trattamenti economici integrativi di cui agli artt. 4 e 11, 2° comma della legge-quadro pubblico impiego, n. 93 del 1983.

Quindi noi, aderendo all'osservazione governativa, abbiamo stralciato l'ultima parte del 4° comma in cui si parla di previsione per la eventuale concessione dei trattamenti economici integrativi. Il resto che è stato approvato in sede governativa è rimasto invariato.

PRÄSIDENT: Damit stimmen wir ab über den Artikel 3 in dieser neuen Fassung. Wer mit dem Artikel einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Danke. Wer stimmt dagegen? Einer. Wer enthält sich der Stimme? 10 Enthaltungen.

Artikel 3 ist genehmigt.

Wir kommen zum Artikel 4. Keine Änderung zum ursprünglichen Text. Wortmeldungen? Keine. Wir stimmen ab über den Artikel 4. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Danke. Wer stimmt dagegen? Niemand. Wer enthält sich der Stimme? 9 Enthaltungen.

Artikel 4 ist genehmigt.

Artikel 5. Keine Änderung zum ursprünglichen Text. Wer meldet sich zu Wort? Niemand. Wir stimmen ab über den Artikel 5. Wer ist dafür? Danke, die Mehrheit. Wer stimmt dagegen? Niemand. Wer enthält sich der Stimme? 8 Enthaltungen.

Artikel 5 ist genehmigt.

Artikel 6. Keine Änderung zum ursprünglichen Text. Keine Wortmeldung. Wer ist dafür? Danke. Wer stimmt dagegen? Niemand. Wer enthält sich der Stimme? 7 Enthaltungen.

Artikel 6 ist genehmigt.

Artikel 7. Keine Änderung zum ursprünglichen Text. Wer stimmt dafür, nachdem ich keine Wortmeldung gesehen habe. Danke. Wer stimmt dagegen? 1 Gegenstimme. Wer enthält sich der Stimme? 7 Enthaltungen und eine Gegenstimme.

Artikel 7 ist genehmigt.

Artikel 8. Keine Änderung zum ursprünglichen Text. Keine Wortmeldung. Wer ist dafür? Danke. Wer stimmt dagegen? Einer. Wer enthält sich der Stimme? 10 Enthaltungen.

Der Artikel 8 ist genehmigt.

Artikel 9. Keine Änderung zum ursprünglichen Text. Keine Wortmeldung. Wer ist dafür? Ja, bitte der Abg. Taverna hat das Wort. Ja nachher Abg. Benedikter.

PRESIDENTE: Pongo in votazione l'art. 3 così emendato. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Grazie. Contrari? 1. Astensioni? 10.

L'art. 3 è approvato.

Passiamo all'art. 4. Non sono state apportate alcune modifiche al testo originale. Chi chiede la parola? Nessuno. Allora votiamo l'art. 4. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano.

Grazie. Chi è contrario? Nessuno. Chi si astiene? 9 astensioni.

L'art. 4 è approvato.

Art. 5. Non è stato presentato alcun emendamento. Chi desidera intervenire? Nessuno. Passiamo alla votazione sull'art. 5. Chi è favorevole? La maggioranza. Contrari? Nessuno. Astensioni? 8.

L'art. 5 è approvato.

Art. 6. Non sono state apportate alcune modifiche. Chi chiede la parola? Nessuno. Chi è favorevole? Grazie. Chi è contrario? Nessuno. Chi si astiene? 7 astensioni.

L'art. 6 è approvato.

Art. 7. Non sono state apportate alcune modifiche al testo originale. Se non vi sono interventi pongo in votazione l'art. 7. Chi è favorevole? Grazie. Contrari? 1. Astensioni? 7.

L'art. 7 è approvato.

Art. 8. Non sono state apportate modifiche al testo originale. Chi chiede la parola? Nessuno. Allora passiamo alla votazione. Chi è favorevole? Grazie. Contrari? 1. Astensioni? 10.

L'art. 8 è approvato.

Art. 9. Non è stato presentato alcun emendamento in merito all'art. 9. Chi chiede la parola sull'art. 9? Prego cons. Taverna, Lei ha la parola.

TAVERNA: Signor Presidente, purtroppo mi vedo costretto ad intervenire su questo articolo, in quanto mi è sfuggito il precedente art. 7. Poiché l'art. 9 prevede la fattispecie dell'assunzione con contratti di lavoro di diritto privato, per quanto mi può riguardare l'assunzione di questo personale si applica soltanto per determinate categorie di lavoratori, ma con l'occasione, pur ritenendo di doverci astenere su questo art. 9, non possiamo non manifestare, in relazione all'art. 7, nei confronti dei quali mi è sfuggita la discussione, quanto in relazione alla non specifica attuazione dei principi di cui all'art. 97 della Costituzione, laddove si prevede che le assunzioni debbono avvenire per concorso pubblico.

Il fatto di aver determinato, nella misura del 20% le assunzioni a contratto, non riteniamo di poter acconsentire a quella previsione, per cui il voto che abbiamo espresso è di astensione.

Ne ho approfittato in maniera irrituale avendo sotto gli occhi invece l'art. 9, nei confronti del quale manteniamo il nostro voto di astensione, ma questo voto è soprattutto legato e limitato alla considerazione che abbiamo dovuto, in maniera irrituale, effettuare in questa circostanza, limitatamente a quella quota del 20% di cui prima si parlava.

PRÄSIDENT: Abg. Benedikter hat das Wort zum Artikel 9. Bitte.

PRESIDENTE: La parola al cons. Benedikter in merito all'art. 9. Prego consigliere, ne ha la facoltà.

BENEDIKTER: Im Artikel 9 ist die Regelung des Arbeitsverhältnisses mit Teilzeitbeschäftigung mit dem im Artikel 4 Absatz 2 und Artikel 51 Absatz 1 und 8 des Staatsgesetzes enthaltenen Grundsatz unvereinbar, da im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen Grundsätze die Grundbestimmungen über die Organisation der Körperschaft und insbesondere die Festlegung und Größe des gesamten Stellenplanes von der Gemeindegliederung vorgeschrieben werden und ich bringe diesen Einwand jetzt, ich wiederhole ihn, aber beziehe ihn nicht mehr auf das Staatsgesetz, sondern beziehe ihn auf das Regionalgesetz. Die regionale Gemeindeordnung, die ja das Staatsgesetz soweit übernimmt, und zwar Artikel 21 der Gemeindeordnung der Region, wo es heißt, die Gemeinden regeln durch eigene Verordnungen, unter Berücksichtigung der in der regionalen Gesetzgebung auf dem Gebiete der dienst- und besoldungsrechtlichen Stellung der Gemeindegliederung und der Gemeindebediensteten allgemeinen Grundsätze und im Einklang mit der Satzung, mit dem Gemeindestatut, die Planstellen des Personals,

sowie den Aufbau der Ämter und Dienste. Dabei richten sie sich nach den Grundsätzen der Autonomie, nach der Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit der Gebarung, sowie nach Grundsätzen beachtlicher Qualifikation und Haftung. Die Verordnung regelt die Betreuung der leitenden Beamten mit Führungshaftung usw. Also dieser Artikel ist im Widerspruch zu Grundsätzen des Staatsgesetzes und den Grundsätzen, die das Regionalgesetz über die Gemeindeordnung enthält.

(All'art. 9, la disciplina dettagliata dei rapporti di lavoro a tempo parziale non è compatibile con il principio espresso negli articoli 4, comma 2, e 51, commi 1 e 8, nel senso che nell'ambito dei principi fissati dalla legge lo Statuto del Comune stabilisce le norme fondamentali per l'organizzazione dell'ente ed in particolare la determinazione e la consistenza dei ruoli organici complessivi. Risolvo nuovamente questa mia obiezione, non riferendomi ora però alla legge statale, bensì alla legge regionale sul nuovo Ordinamento dei comuni che recepisce la legge statale e che all'art. 21 sancisce: "i comuni disciplinano con appositi regolamenti nel rispetto dei principi generali stabiliti dalla legislazione regionale in materia di stato giuridico e trattamento economico dei Segretari comunali e dei dipendenti comunali ed in conformità allo statuto la dotazione organica del personale, l'organizzazione degli uffici e dei servizi, in base a criteri di autonomia, funzionalità ed economicità di gestione e secondo principi di professionalità e responsabilità. Il regolamento disciplina l'attribuzione ai dirigenti di responsabilità gestionali etc.." Di conseguenza questo articolo è in contrasto con i principi della legge statale nonché con quelli contenuti nella legge regionale sull'Ordinamento dei Comuni.)

PRÄSIDENT: So, keine weiteren Wortmeldungen aus der Reihe der Abgeordneten, sehe ich. Dann gebe ich das Wort, insofern es gewünscht wird, an den Vertreter der Regierung. Keine Wortmeldung. Dann stimmen wir über den Artikel 9 ab. Wer ist damit einverstanden, der möge bitte die Hand erheben. Danke. Wer stimmt dagegen? 2. Wer enthält sich der Stimme? Wieviele Enthaltungen? 8 Enthaltungen.

Artikel 9 genehmigt.

Artikel 10. Keine Änderung zum ursprünglichen Text. Keine Wortmeldung. Wer ist dafür? Wieviel? Gegenstimmen? Keine. Enthaltungen? Keine Gegenstimmen. 7 Enthaltungen.

Artikel 10 ist genehmigt.

Artikel 11. Keine Änderung zum ursprünglichen Text. Keine Wortmeldung. Wer ist dafür? Danke. Wer stimmt dagegen? Niemand. Enthaltungen? 9 Enthaltungen.

Der Artikel 11 ist genehmigt.

Artikel 12. Keine Änderung zum ursprünglichen Text. Keine Wortmeldung. Wer ist dafür? Danke. Wer stimmt dagegen? Niemand. Enthaltungen? 10 Enthaltungen.

Der Artikel 12 ist genehmigt.

Artikel 13. Keine Änderung zum ursprünglichen Text. Keine Wortmeldung. Wer ist dafür? Danke. Wer stimmt dagegen? Niemand. Enthaltungen? 9 Enthaltungen.

Der Artikel 13 ist genehmigt.

Artikel 14. Keine Änderung zum ursprünglichen Text. Keine Wortmeldung. Wer ist dafür? Wer ist dagegen? Niemand. Wer enthält sich der Stimme? 9 Enthaltungen.

Der Artikel 14 ist genehmigt.

Artikel 15. Keine Änderung zum ursprünglichen Text. Keine Wortmeldung. Wer ist dafür? Wer stimmt dagegen? Wer enthält sich der Stimme?

Der Artikel 15 ist genehmigt.

Artikel 16. Keine Änderung zum ursprünglichen Text. Keine Wortmeldung. Wer ist dafür? Wer stimmt dagegen? 4 Gegenstimmen. Wer enthält sich der Stimme? 4 Enthaltungen.

Der Artikel 16 ist genehmigt.

Artikel 17. Keine Änderung zum ursprünglichen Text. Wer ist dafür, wenn keine Wortmeldung ist. Danke. Wer stimmt dagegen? Gegenstimmen jetzt. 4 Gegenstimmen. Enthaltungen? Keine.

Der Artikel 17 ist genehmigt.

Artikel 18. Keine Änderung zum ursprünglichen Text. Keine Wortmeldung. Wer ist dafür? Danke. Wer stimmt dagegen? 4 Enthaltungen.

Der Artikel 18 ist genehmigt.

Artikel 19. Ist der Absatz 2 neu?. Den muß ich verlesen. Die Absätze 2 und 3.

Die vertikale Mobilität erfolgt im Rahmen der, in den Personalordnungen vorgesehenen Wettbewerbs- bzw. Auswahlverfahren, wobei der vorgeschriebene Studientitel mit einem besonderen Dienstalter ersetzt wird, das im Berufsbild vorgesehen ist, in welches der Übergang erfolgt.

Bei Fehlen des Studientitels darf das vorgeschriebene Dienstalter für die Zulassung zu den Wettbewerbs- bzw. Auswahlverfahren gemäß Absatz 2 nicht weniger als vier Jahre im effektiven Dienst im Zugehörigkeitsrang betragen, unbeschadet des Besitzes des Studientitels, welcher für den Zugang zum Zugehörigkeitsrang vorgesehen ist.

Wir kommen zur Diskussion über diesen Artikel 19 in dieser neuen Fassung. Keine Wortmeldung. Wir stimmen ab. Wer dafür ist, möge bitte die Hand erheben. Danke. Wer stimmt dagegen? 9 Gegenstimmen. Wer enthält sich der Stimme? 4 Enthaltungen.

Artikel 19 ist genehmigt.

Probezeit Nr. 20. Ohne Änderung. Ohne Wortmeldung. Wer ist dafür? Die Mehrheit. Wer stimmt dagegen? Niemand. Wer enthält sich der Stimme? 10 Enthaltungen.

Artikel 20 ist genehmigt.

Artikel 21. Feierliches Versprechen und Eid. Wortmeldung keine. Wer ist dafür? Wer ist dagegen? 4 Gegenstimmen. Wer enthält sich der Stimme? Bei 6 Enthaltung ist der Artikel 21 genehmigt.

Artikel 22. Ohne Änderung am ursprünglichen Text. Wer ist dafür? Wer stimmt dagegen? Niemand. Wer enthält sich der Stimme? Der Artikel 22 ist genehmigt bei 11 Enthaltungen.

Artikel 23. Da gibt es Änderungen im dritten und vierten Absatz, die ich verlese.

Sie setzt sich aus drei Mitgliedern, von denen der Bürgermeister oder sein Bevollmächtigter als Vorsitzender fungiert, aus dem Gemeindesekretär und einem, bei Beginn jeder Zweijahresperiode vom Gemeindepersonal nach den in der Personalordnung festgelegten Einzelheiten namhaft gemachten Bediensteten zusammen. Falls das Disziplinarverfahren den Gemeindesekretär betrifft, wird die Disziplinarkommission durch einen Vertreter in Ersetzung des dem Verfahren unterworfenen Gemeindesekretär ergänzt, der von den Fachgewerkschaften der Gemeindesekretäre gemeinsam namhaft gemacht wird.

Das waren die Absätze 3 und 4, die neu sind. Der Rest bleibt gleich. Ich sehe keine Wortmeldung. Wer mit dem Artikel 23 einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Danke. Wer stimmt dagegen? Niemand. Wer enthält sich der Stimme? 7 Enthaltungen.

Artikel 23 ist genehmigt.

Artikel 24. Disziplinarstrafen. Keine Änderung. Keine Wortmeldung. Wer ist dafür? Danke. Wer stimmt dagegen? Niemand. Wer enthält sich der Stimme? Bei 8 Enthaltungen und keiner Gegenstimme ist der Artikel 24 genehmigt.

Artikel 25. Vorsichtsbezogene Enthebung. Keine Änderung. Keine Wortmeldung. Wer stimmt dafür? Die Mehrheit. Wer stimmt dagegen? Niemand. Wer enthält sich der Stimme? 6 Enthaltungen.

Der Artikel 25 ist genehmigt.

Der Artikel 26. Keine Änderung. Keine Wortmeldung. Wer ist dafür? Danke. Wer stimmt dagegen? Niemand. Wer enthält sich der Stimme. Bei 6 Enthaltungen ist Artikel 26 genehmigt.

Artikel 27. Keine Änderung. Keine Wortmeldung. Wer ist dafür? Danke. Wer stimmt dagegen? Niemand. Wer enthält sich der Stimme? Bei 8 Enthaltungen ist der Artikel 27 genehmigt.

Artikel 28. Überstundenarbeit. Eine Änderung zum Absatz 2 bis.

Zum Zwecke der Inanspruchnahme von Überstundenarbeit haben die Gemeinden Geräte oder Systeme einzuführen, die zur Feststellung der tatsächlichen Dauer der Arbeitsleistung geeignet sind.

PRESIDENTE: Qualcun altro intende intervenire? Nessuno. Concedo dunque la parola al rappresentante della Giunta, sempre che intenda replicare. Dato che non desidera intervenire pongo in votazione l'art. 9. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Grazie. Contrari? 2. Astensioni? 8.

L'art. 9 è approvato.

Art. 10. Non vi sono state apportate alcune modifiche. Se non vi sono interventi in merito all'art. 10, passiamo alla votazione. Chi è favorevole? Contrari? Nessuno. Astensioni? 7.

L'articolo 10 è approvato.

Art. 11. Non è stato presentato alcun emendamento al testo originale. Chi desidera intervenire? Nessuno. Pongo in votazione l'art. 11. Chi è favorevole? Grazie. Chi è contrario? Nessuno. Chi si astiene? 9 astensioni.

L'art. 11 è approvato.

Art. 12. Nessuna modifica al testo originale. Se nessuno intende intervenire passiamo alla votazione. Chi è favorevole? Grazie. Contrari? Nessuno. Astensioni? 10.

L'art. 12 è approvato.

Art. 13. Non vi sono state apportate modifiche. Chi chiede la parola? Nessuno. Chi è favorevole? Grazie. Chi è contrario? Nessuno. Chi si astiene? 9 astensioni.

L'art. 13 è approvato.

Art. 14. Non è stato presentato alcun emendamento al testo originale. Nessuno intende intervenire. Pongo in votazione l'art. 14. Chi è favorevole? Chi è contrario? Nessuno. Chi si astiene? 9 astensioni.

L'art. 14 è approvato.

Art. 15. Nessuna modifica al testo originale. Nessuno intende intervenire, così passiamo alla votazione. Chi è favorevole? Contrari? Astensioni?

L'art. 15 è approvato.

Art. 16. Non è stato presentato alcun emendamento al testo originale. Se nessuno chiede la parola pongo in votazione l'art. 16. Chi è favorevole? Contrari? 4. Astensioni? 4.

L'art. 16 è approvato.

Art. 17. Non sono state apportate alcune modifiche al testo originale. Qualcuno intende intervenire? Nessuno. Passiamo alla votazione. Chi è favorevole? Grazie. Contrari? 4. Astensioni? Nessuna.

L'art. 17 è approvato.

Art. 18. Nessuna modifica al testo originale. Nessuno desidera intervenire. Pongo in votazione l'art. 18. Chi è favorevole? Grazie. Contrari? 4 astensioni.

L'art. 18 è approvato.

Art. 19. E' stato presentato un emendamento ai commi 2 e 3 di cui darò lettura:

2. La mobilità verticale avviene nell'ambito delle procedure concorsuali o selettive previste dal regolamento organico, sostituendosi il titolo di studio richiesto con una specifica anzianità indicata nel profilo cui si accede.

3. In difetto del titolo di studio, l'anzianità richiesta per l'ammissione alle procedure concorsuali o selettive ai sensi del comma 2 non può essere inferiore a servizio nella qualifica funzionale di appartenenza, salvo il possesso del titolo di studio previsto per l'accesso al profilo

professionale di appartenenza.

Procediamo ora con la discussione sull'art. 19 così modificato. Chi chiede la parola? Nessuno. Pongo allora in votazione l'art. 19. Chi è favorevole, è pregato di alzare la mano. Grazie. Contrari? 9. Astensioni? 4.

L'art. 19 è approvato.

Art. 20. Non sono state apportate alcune modifiche al testo originale. Chi chiede la parola? Nessuno. Pongo in votazione l'art. 20. Chi è favorevole? La maggioranza. Chi è contrario? Nessuno. Chi si astiene? 10 astensioni.

L'art. 20 è approvato.

Art. 21. Promessa solenne e giuramento. Chi chiede la parola? Nessuno. Passiamo alla votazione. Chi è favorevole? Contrari? 4. Astensioni?

Con 6 astensioni, 4 voti contrari ed il resto dei voti favorevoli l'art. 6 è approvato.

Art. 22. Nessuna modifica al testo originale. Interventi? Nessuno. Chi è favorevole? Contrari? Nessuno. Astensioni? Con 11 astensioni ed il resto dei voti favorevoli l'art. 22 è approvato.

Art. 23. E' stato presentato un emendamento ai commi 3 e 4 di cui darò lettura:

3. Essa è composta di tre membri di cui il Sindaco o suo delegato in qualità di presidente, dal segretario comunale e da un dipendente designato all'inizio di ogni biennio dal personale del Comune secondo le modalità fissate dal regolamento organico.

4. Nel caso in cui il procedimento disciplinare riguardi il segretario comunale, la commissione di disciplina sarà integrata da un rappresentante designato congiuntamente dalle organizzazioni sindacali rappresentative dei segretari comunali in sostituzione del segretario comunale assoggettato al procedimento.

Questo in quanto ai commi 3 e 4 emendati, rimanendo invariato il resto dell'articolo. Chi desidera intervenire? Nessuno. Pongo in votazione l'articolo. Chi è favorevole all'art. 23 è pregato di alzare la mano. Grazie. Chi è contrario? Nessuno. Chi si astiene? 7 astensioni.

L'art. 23 è approvato.

Art. 24. Sanzioni disciplinari. Non vi sono state apportate alcune modifiche. Chi chiede la parola? Nessuno. Chi è favorevole? Grazie. Contrari? Nessuno. Astensioni? Con 8 astensioni ed il resto dei voti favorevoli l'articolo risulta approvato.

Art. 25. Sospensione cautelare. Nessuno modifica al testo originale. Se nessuno intende intervenire pongo in votazione l'art. 25. Chi è favorevole? La maggioranza. Chi è contrario? Nessuno. Chi si astiene? 6 astensioni.

L'art. 25 è approvato.

Art. 26. Nessuna modifica al testo originale. Chi chiede la parola? Nessuno. Passiamo alla votazione. Chi è favorevole? Grazie. Contrari? Nessuno. Astensioni? Con 6 astensioni ed il resto dei voti favorevoli l'art. 26 è approvato.

Art. 27. Non è stato presentato alcun emendamento al testo originale. Qualcuno desidera intervenire? Nessuno. Allora passiamo alla votazione. Chi è favorevole? Grazie. Contrari? Nessuno. Astensioni? Con 8 astensioni ed il resto dei voti favorevoli l'art. 27 è approvato.

Art. 28. Lavoro straordinario. E' stata apportata una modifica al comma 2 bis di cui darò lettura:

2 bis. I comuni, per poter ricorrere al lavoro straordinario, devono introdurre strumenti o procedure idonei all'accertamento dell'effettiva durata della prestazione di lavoro.

PRÄSIDENT: Wir stimmen ab. Wer ist dafür? Wer stimmt dagegen? Niemand. Wer enthält sich der Stimme? Bei keiner Gegenstimme und 7 Enthaltungen ist der Artikel 28 genehmigt.

Artikel 29. Keine Änderung. Keine Wortmeldung. Wer ist dafür? Mehrheit. Wer stimmt dagegen? Niemand. Wer enthält sich der Stimme? 8 Enthaltungen, keine Gegenstimme. Artikel 29 ist genehmigt.

Artikel 30 ist von der Kommission abgelehnt worden. Wir brauchen also nicht abzustimmen, denn der Artikel ist im Kommissionstext nicht mehr vorhanden.

Dann kommen wir zum Artikel 31. Keine Änderung. Eine Wortmeldung. Bitteschön, Abg. Franceschini.

PRESIDENTE: Passiamo alla votazione. Chi è a favore è pregato di alzare la mano. Chi è contrario? Nessuno. Chi si astiene?

Con 7 astensioni ed il resto dei voti favorevoli l'art. 28 è approvato.

Art. 29. Non è stata apportata alcuna modifica. Se nessuno desidera intervenire, passiamo alla votazione. Chi è a favore è pregato di alzare la mano. Chi è contrario? Nessuno. Chi si astiene?

Con 8 astensioni ed il resto dei voti favorevoli l'art. 29 è approvato.

L'art. 30 è stato respinto dalla commissione, per cui non dobbiamo porlo in votazione: esso infatti non compare nel testo elaborato dalla Commissione legislativa.

Passiamo così all'art. 31, che rimane invariato. Si è iscritto a parlare il cons. Franceschini. Prego, Lei ne ha la facoltà.

FRANCESCHINI: Signor Presidente, sull'art. 30 ci sarebbe da fare una piccola correzione tecnica. E' soppresso tutto l'articolo?

PRÄSIDENT: ...Artikel 30 kommt nicht zur Abstimmung, weil die Kommission ihn abgeschafft hat.

Gut zum Artikel 33 gibt's keine Wortmeldung, keine Änderung. Wer ist mit Artikel 33 einverstanden. Danke. Wer stimmt dagegen? Niemand. Wer enthält sich der Stimme? 9 Enthaltungen.

Artikel 33 ist genehmigt.

Artikel 34. Keine Änderung. Keine Wortmeldung. Wer ist dafür? Danke. Wer stimmt dagegen? Niemand. Wer enthält sich der Stimme? Bei 7 Enthaltungen ist der Artikel 34 genehmigt.

Artikel 35. Keine Änderung. Wortmeldung Abg. Benedikter, bitteschön.

PRESIDENTE: ...l'articolo 30 non viene posto in votazione perché soppresso dalla Commissione.

Anche l'art. 3 rimane invariato. Se nessuno desidera intervenire, passiamo alla votazione. Chi è a favore è pregato di alzare la mano. Chi è contrario? Nessuno. Chi si astiene? Con 9 astensioni l'art. 33 è approvato.

Anche per l'art. 34 non vi sono modifiche. E se nessuno desidera intervenire, passiamo alla votazione. Chi è a favore è pregato di alzare la mano. Chi è contrario? Nessuno. Chi si astiene? Con 7 astensioni l'art. 34 è approvato.

Articolo 35. Anche quest'articolo rimane invariato. Il cons. Benedikter desidera intervenire. Prego, Lei ne ha la facoltà.

BENEDIKTER: Ja, es wundert mich, da bleibt also: die Verordnungen der Gemeinden müssen auf der Grundlage der von der Durchführungsverordnung zum vorliegenden Gesetz festgelegten Grundsätze die Einzelheiten und die wirtschaftlichen Auswirkungen jeder Art von Ausscheiden aus dem Dienst regeln. Also das ist ganz klar, gegen die Grundsätze des Staatsgesetzes und gegen die Grundsätze des Regionalgesetzes. Das Regionalgesetz kann allgemeine Grundsätze festsetzen, auch für das Personal, für dessen Rechtsgang und wirtschaftlichen Behandlung aber nicht auf die Durchführungsverordnung

zum Regionalgesetz verweisen. Das ist gegen den Grundsatz des Staatsgesetzes und gegen den Grundsatz des Regionalgesetzes, wo es im Artikel 21 heißt: "die Gemeinden regeln durch eigene Verordnungen unter Berücksichtigung der in der regionalen Gesetzgebung enthaltenen allgemeinen Grundsätze", und nicht in der Durchführungsform zum regionalen Gesetz.

(Mi meraviglia che questo articolo permanga. Esso recita: "I regolamenti comunali devono disciplinare, sulla base dei principi fissati dal regolamento di esecuzione della presente legge, le modalità e gli effetti economici di ciascuna specie di cessazione dal servizio". Appare evidente che esso contrasta con i principi stabiliti dalla legge statale e dalla legge regionale. La legge regionale può fissare dei principi generali anche per il personale, per il suo stato giuridico ed il trattamento economico ma non rimandare al regolamento d'esecuzione della legge stessa. Questo va contro i principi sanciti dalla legge statale e dalla legge regionale, che all'art. 21 recita: "I comuni disciplinano con propri regolamenti, in ottemperanza ai principi generali contenuti nelle leggi regionali..." e quindi non nel regolamento d'esecuzione alla legge regionale).

PRÄSIDENT: Sind weitere Wortmeldungen aus den Reihen der Abgeordneten. Ich sehe keine. Möchte der Regionalassessor dazu Stellung nehmen. Nein. Dann stimmen wir ab. Wer dafür ist, möge bitte die Hand erheben. Danke. Wer stimmt dagegen? 3 Gegenstimmen. Wer enthält sich der Stimme? 10 Enthaltungen.

Der Artikel 35 ist genehmigt.

Artikel 36. Keine Änderung. Keine Wortmeldung. Wer dafür ist, möge bitte die Hand erheben. Danke. Wer stimmt dagegen? Niemand. Wer enthält sich der Stimme? 6 Enthaltungen.

Damit ist der Artikel 36 genehmigt.

Artikel 37. Keine Änderung. Keine Wortmeldung. Wer ist dafür? Danke. Wer stimmt dagegen? Niemand. Wer enthält sich der Stimme? 7 Enthaltungen.

Der Artikel 37 ist genehmigt.

Artikel 38 mit Änderungen der Absätze 4 und 4 bis. Ich darf sie verlesen:

4. Die Anwaltskosten werden für höchstens zwei Verteidiger vergütet, die für Parteisachverständige bestrittenen Kosten werden für jedes Fachgebiet oder jeden speziellen Bereich hinsichtlich des Gegenstandes des Gutachtens oder das gerichtliche Gutachtens auf jene Spesen beschränkt, die für eine Anzahl von Sachverständigen bestritten wurden, welche nicht höher als jene der Gerichtssachverständigen oder der vom Gericht bestimmten Sachverständigen sein darf.

4 bis. Die Vergütung der Anwaltskosten kann auch dann erfolgen, wenn der Bedienstete unter die Amnestie gefallen ist, die vor der gerichtlichen Feststellung der Straftat erlassen wurde.

Abg. Taverna, bitte.

PRESIDENTE: Vi sono altri interventi? Non vedo nessuno iscritto a parlare. L'assessore regionale desidera intervenire? No. Allora passiamo alla votazione. Chi è a favore è pregato di alzare la mano. Chi è contrario? 3 voti contrari. Chi si astiene? 10 astensioni.

L'art. 35 è approvato.

Art. 34. Anche per quest'articolo non vi sono modifiche. E se nessuno desidera intervenire, passiamo alla votazione. Chi è a favore è pregato di alzare la mano. Chi è contrario? Nessuno. Chi si astiene? 6 astensioni. L'art. 36 è approvato.

Articolo 37. Anche quest'articolo rimane invariato. Passiamo ora alla votazione sull'articolo. Chi è a favore è pregato di alzare la mano. Chi è contrario? Nessuno. Chi si astiene? 7 astensioni.

L'art. 37 è approvato.

Art. 38 presenta delle modifiche ai commi 4 e 4/bis, di cui ne darò ora lettura:

4. Il rimborso delle spese legali sostenute è limitato a quelle sostenute per un massimo di due difensori. Il rimborso delle spese sostenute per consulenti tecnici di parte è limitato, per ogni ramo o disciplina afferente l'oggetto della perizia o consulenza tecnica d'ufficio, alle spese sostenute per un numero di consulenti non superiore a quello dei consulenti tecnici d'ufficio o periti nominati dal giudice.

4. bis Il rimborso delle spese legali può avere luogo anche allorquando il dipendente abbia usufruito dell'amnistia intervenuta prima dell'esaurito accertamento giurisdizionale del reato.

Prego, cons. Taverna.

TAVERNA: Signor Presidente, vorrei chiedere, invitando espressamente l'assessore competente a voler sciogliere il suo giuramento, che ha pronunciato all'inizio di questa riunione, dicendo che non sarebbe più intervenuto, perché per la maggior parte si è di fronte ad articoli già discussi nel corso delle precedenti sedute del Consiglio regionale.

Per la verità l'art. 38 prevede due emendamenti approvati dalla Commissione: l'emendamento n. 4 e il n. 4/bis e rispetto al testo approvato dal Consiglio regionale questi due emendamenti prevedono alcune modifiche.

Mentre il comma 4 dell'art. 38 prevede: "Per ciascun grado di giudizio, il rimborso delle spese legali è limitato a quelle sostenute per un solo difensore e per l'eventuale domiciliatario."

Nell'art. 38, modificato per effetto dell'emendamento di Commissione, sempre limitatamente al comma 4, leggiamo: "Il rimborso delle spese legali è limitato a quelle sostenute per un massimo di due difensori. Il rimborso delle spese sostenute per consulenti tecnici di parte è limitato, per ogni ramo o disciplina afferente l'oggetto della perizia o consulenza tecnica d'ufficio, alle spese sostenute per un numero di consulenti non superiore a quello dei consulenti tecnici d'ufficio o periti nominati dal giudice."

Anche qui ci troviamo di fronte ad una variazione rispetto alla seconda frase del precedente comma 4 dell'art. 38, dove era previsto che il rimborso delle spese peritali è limitato alle spese per un solo professionista per singolo ramo o disciplina attinenti all'oggetto della perizia.

Signor Presidente, onorevoli colleghi, ci troviamo di fronte ad una sostanziale estensione del diritto, riservato al dipendente comunale, nella eventualità che il medesimo fosse chiamato a rispondere in sede giurisdizionale degli atti compiuti nell'interesse della pubblica amministrazione o nell'esercizio del proprio ufficio.

Ritengo a questo proposito di esprimermi in senso contrario a questa ipotesi, anche perché mi si deve spiegare quale differenza, in termini sostanziali, si possa riscontrare nella terminologia contenuta nel vecchio comma 4 dell'art. 38, rispetto invece alla formulazione del dispositivo riferito ai commi 4 e 4/bis per effetto degli emendamenti introdotti dalla Commissione legislativa competente.

In sostanza l'assessore mi deve spiegare perché si sia voluto introdurre il principio che il rimborso delle spese legali è limitato nella norma emendata a due professionisti, evitando quella dizione, contenuta nel precedente comma 4 e nel medesimo art. 38, laddove si esplicitava che la difesa potesse essere sostenuta sempre da due professionisti, di cui uno dovesse essere il domiciliatario.

A questo riguardo, siccome la norma emendata è sicuramente migliore, più favorevole nei confronti del pubblico dipendente, secondo un'attenta lettura dell'emendamento e poiché i reati nei confronti della pubblica amministrazione commessi contro l'interesse privato dei soggetti, qualora qui attraverso questa modifica si dovesse acconsentire al pagamento delle spese per due difensori, cancellando l'espressione precedentemente contenuta nell'ex comma 4 dell'art. 38, dimostrazione ulteriore che non si vuole in alcun modo considerare come difensore l'avvocato domiciliatario.

Questa è una considerazione obiettiva, che nasce a prima vista, se la lettura non mi ha tratto in inganno rispetto al contenuto dell'emendamento votato dalla Commissione, che modifica, rispetto all'art. 4, la norma in esso contenuta.

Inoltre, per quanto riguarda la questione relativa alla mera constatazione che esiste un diverso modo di intendere e un diverso modo di misurare il rimborso, perché è a tutti noto quale differenza possa esserci tra professionista inteso in quanto tale, infatti può accadere - assessore Romano lei che svolge la funzione di avvocato - che è molto più oneroso per l'amministrazione poter disporre dell'apporto di due professionisti e cito uno per tutti, il Foro di Napoli, che sappiamo essere estremamente ricco di professionalità per quanto riguarda la materia giuridica, rispetto al fatto che, come la norma aveva in precedenza regolamentato, si potesse accedere alla professionalità di un professionista esterno, mentre per quanto riguarda l'altro professionista, questo debba intendersi come domiciliatario, quindi come residente nel Foro di residenza o di insidenza nel territorio del comune considerato.

La seconda questione, sempre in riferimento al testo emendato dalla Commissione, ha come motivo di chiarimento, se non di espressa contestazione, il fatto che si preveda un rimborso delle spese legali, anche in considerazione che nel frattempo il dipendente pubblico, nei confronti del quale la pubblica amministrazione abbia sostenuto delle spese in questa situazione, possa vedersi gratificato, rispetto all'accertamento dell'eventuale reato commesso ai danni della pubblica amministrazione o danni di terzi, in relazione della accettazione da parte dell'imputato, funzionario pubblico, dell'istituto dell'amnistia, che interviene per la cancellazione delle conseguenze del reato medesimo.

L'altra considerazione che non può essere sottaciata in relazione ad una approfondita e stimolante argomentazione, riguarda il cambio della norma rispetto al rimborso delle cosiddette spese peritali. Infatti, come ricordavo in precedenza, mentre il vecchio comma 4 prevedeva: "Il rimborso delle spese peritali è limitato alle spese un per solo professionista, per singolo ramo o disciplina attinenti all'oggetto della perizia", nella questione innovativa, contenuta nell'emendato comma 4, si fa espresso riferimento al fatto che: "per ogni ramo o disciplina afferente l'oggetto della perizia o consulenza tecnica d'ufficio, alle spese sostenute per un numero di consulenti non superiore a quello dei consulenti tecnici d'ufficio o periti nominati dal giudice."

Il che significa, anche in questo caso, esserci una diversa impostazione che è rapportata al numero della consulenza e quindi al numero dei professionisti interessati alla consulenza, determinando di conseguenza un appesantimento delle spese a carico delle amministrazioni locali competenti. Queste osservazioni sono pertinenti all'oggetto della discussione, sono mosse nell'interesse di salvaguardare la pubblica amministrazione e sono anche determinate dalla necessità di responsabilizzare sempre al massimo, non solo il pubblico funzionario attraverso la definizione delle responsabilità in relazione alle funzioni esercitate, ma anche in relazione ad una ingiustificata, garantista posizione della pubblica amministrazione, che quasi come tutrice ad ombrello dovesse operare nei confronti di coloro che sono chiamati in prima persona a svolgere, ai sensi dell'art. 98 della Costituzione, i propri doveri d'ufficio, non già a servizio dei partiti, ma a servizio della nazione.

Queste sono le osservazioni, signor assessore, che ho ritenuto opportuno dover argomentare in merito a questi due emendamenti, nei confronti dei quali assumeremo un atteggiamento sicuramente contrario.

PRÄSIDENT: Danke, Herr Abgeordneter. Sind noch weitere Wortmeldungen? Ich sehe keine, dann gebe ich das Wort zur Republik an den Regionalassessor. Bitte schön, Herr Assessor Romano.

PRESIDENTE: Grazie, consigliere. Altri consiglieri intendono intervenire? Se nessuno desidera intervenire, concedo la parola per la replica all'assessore regionale. Prego assessore Romano!

ROMANO: Signor Presidente, onorevoli colleghi, penso che nella mia risposta mi toccherà deludere il collega Taverna e questo mi dispiace, perché lo ascolto sempre quando interviene, perché sicuramente nelle discussioni che fa introduce argomenti giuridici e mi trovano sempre come ascoltatore attento per deformazione professionale.

Questa volta però lo devo deludere perché non entrerà nel merito delle valutazioni per un motivo semplicissimo. Nel proporre questi due commi noi ci riportiamo semplicemente a quella che è la legislazione relativa ai pubblici dipendenti che adotta la Provincia di Bolzano, la Provincia di Trento con una legge della primavera scorsa e la Regione. Di fatti, collega Taverna, queste norme che proponiamo sono mutate pari pari dalla disciplina che prevedono le Province autonome di Trento e di Bolzano per quanto riguarda la responsabilità dei pubblici dipendenti.

Se è vero, come è vero, sia pure a livelli differenti, che si tratta di pubblici dipendenti con pari responsabilità davanti alla legge, ci è sembrata l'occasione, visto che era stata restituita questa legge dal Governo, di riproporre anche per i dipendenti comunali la stessa normativa prevista per i dipendenti provinciali e regionali, in modo da chiudere il cerchio per quanto riguarda la responsabilità.

Non entro nel merito se questa norma è valida come era prima, ci è sembrato che questa omogeneizzazione, trattandosi di responsabilità, sia pure a diversi livelli di un pubblico dipendente, meritasse una disciplina uniforme. Noi con questa disciplina li parifichiamo agli altri pubblici dipendenti, ci è sembrato quindi di dare la stessa dignità che hanno i provinciali e i regionali anche ai comunali.

PRÄSIDENT: Danke, Assessor Romano. Wir stimmen jetzt darüber ab. Ja.. Die Stimmabgabeerklärung ist vorgesehen bei der Endabstimmung über das Gesetz. Aber über die Artikel... Leider nicht, aber Sie werden Gelegenheit haben vielleicht den Standpunkt in der weiteren irgendwo einzubauen. Nein, wir haben nur einen Artikel. Es gibt ja keinen Abänderungsantrag. Der vorliegende Text ist der Text der Kommission. Ich habe nur den Text verlesen, weil er neu ist, im Verhältnis zu dem was der Regionalrat damals beschlossen hatte. Gut dann stimmen wir ab. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Danke. Wer stimmt dagegen? Drei. Wer enthält sich der Stimme? 2 Enthaltungen.

Der Artikel 38 ist genehmigt.

Artikel 39. Ohne Änderung. Keine Wortmeldung. Wer ist dafür? Danke. Dagegen? Niemand. Enthaltungen? 8 Enthaltungen.

Artikel 39 ist genehmigt.

Artikel 40. Keine Änderung. Keine Wortmeldung. Wer ist dafür? Gegenstimmen? Keine Enthaltungen? 4 Enthaltungen.

Artikel 40 ist genehmigt.

Artikel 41. Abänderungsantrag, das heißt Streichungsantrag von Assessor Roman. Der Artikel 41 wird aufgehoben. Es wurde der Text verteilt. ...Ja schon im Laufe der Generaldebatte, vorige Woche. Da steht der Artikel 41 wird aufgehoben. Wortmeldungen zum Streichungsantrag. Abg. Benedikter.

PRESIDENTE: Grazie Assessore. Passiamo ora alla votazione. Sono previste dichiarazioni di voto in fase di votazione finale della legge. Ma sugli articoli purtroppo...Lei avrà sicuramente occasione di poter esporre il suo punto di vista anche in seguito. Abbiamo solamente un articolo. Non vi è alcun emendamento. Il testo all'esame e' stato approvato dalla commissione legislativa. Ho dato lettura solamente di questo testo, poiché è nuovo rispetto a quello approvato in prima lettura dal Consiglio regionale. Bene. Passiamo ora alla votazione. Chi è a favore è pregato di alzare la mano. Chi è contrario? Tre voti contrari. Chi si astiene? 2 astensioni

L'art. 38 è approvato.

Art. 39. Anche per quest'articolo non vi sono modifiche. E se nessuno desidera intervenire, passiamo alla votazione. Chi è a favore è pregato di alzare la mano. Chi è contrario? Nessuno. Chi si astiene? 8 astensioni. L'art. 39 è approvato.

Articolo 40. Anche quest'articolo rimane invariato. Passiamo ora alla votazione. Chi è a favore è pregato di alzare la mano. Chi è contrario? Chi si astiene? 4 astensioni.

L'art. 40 è approvato.

All' art. 41 è stato presentato un emendamento soppressivo a firma Romano; esso recita: "l'art. 41 è soppresso". E' già stato distribuito... Già in sede di discussione generale, la scorsa settimana. Ha chiesto la parola in merito all'emendamento soppressivo il cons. Benedikter.

BENEDIKTER: Da gibt es einen Antrag auf Abänderung immer von den Abg. Romano, Morandini und das andere kann ich nicht lesen, in dem es heißt: Artikel 41 ist durch nachstehenden ersetzt.

(Vi è però un altro emendamento presentato dall'assessore Romano, dall'assessore Morandini ed altri, il quale recita: "l'art. 41 è sostituito dal seguente").

PRÄSIDENT: Sie haben Recht Abg. Benedikter. Assessor Romano es wird wohl so sein, daß Sie den zurückziehen müssen, den Abänderungsantrag von vorher. Nein, das ist schon der richtige Kollege Valentin. Sie haben einen Abänderungsantrag eingereicht, bitteschön Abg. Romano. Einmal eine Änderung und zweitens eine Streichungsantrag. Was soll jetzt stehen bleiben.

PRESIDENTE: Lei ha ragione cons. Benedikter. Assessore Romano Lei dovrà ritirare l'emendamento precedente. E' quello giusto, collega Valentin. Lei ha presentato due emendamenti assessore, uno soppressivo ed uno aggiuntivo; quale permane?

ROMANO: Signor Presidente, il primo era di novembre, quello modificativo quando ancora la legge n. 1 era a Roma e quindi non si sapeva l'esito, mentre questo l'abbiamo presentato soppressivo il giorno 8 gennaio, in quanto la norma è già disciplinata dalla legge n. 1 sull'ordinamento dei comuni, che è ritornata approvata. Quindi chiediamo che valga il secondo, quello dell'8 gennaio, perché è superato quello del novembre.

PRÄSIDENT: Danke. Damit ist er zurückgezogen. Weitere Wortmeldungen zum Streichungsantrag. Ja, den hat er gerade erklärt. Es war der alte Abänderungsantrag, der hat sich dadurch überholt, das er jetzt den Streichungsantrag vorgelegt hat. Damit gilt ersterer als zurückgezogen. Wir reden dann noch einmal über den Streichungsantrag. Ich sehe keine Wortmeldungen. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Gegenstimmen? Keine. Enthaltungen? 4 Enthaltungen.

Artikel 41 ist gestrichen.

Artikel 42. Keine Änderung. Keine Wortmeldung. Wer ist dafür? Danke. Gegenstimmen? Keine. Enthaltungen? 4 Enthaltungen.

Artikel 42 ist genehmigt.

Artikel 43. Änderungsantrag eingereicht von den Abg. Romano, Bauer, Giacomuzzi.

Bei Absatz 2 werden die Worte gemäß Artikel 41 durch die Worte des Artikels 42 des Regionalgesetzes vom 4. Jänner 1993 Nr. 1 ersetzt. Wortmeldungen zum Abänderungsantrag. Abgeordneter, ...Ja, danke. Zum Abänderungsantrag Abg. Benedikter oder zum Artikel.

PRESIDENTE: Grazie! L'emendamento è ritirato. Chi desidera intervenire in merito all'emendamento soppressivo? Era il vecchio emendamento che risulta quindi superato poiché è stato presentato un emendamento soppressivo. Se nessuno intende intervenire passiamo alla votazione. Chi è a favore è

pregato di alzare la mano. Chi è contrario? Nessuno. Chi si astiene? 4 astensioni.

L'art. 41 è soppresso.

Art. 42. Anche per quest'articolo non vi sono modifiche. E se nessuno desidera intervenire, passiamo alla votazione. Chi è a favore è pregato di alzare la mano. Chi è contrario? Nessuno. Chi si astiene? 4 astensioni.

L'art. 42 è approvato.

Articolo 43. Emendamento presentato dai conss. Romano, Bauer e Giacomuzzi.

Al comma 2 le parole "secondo articolo 41" sono sostituite dalle parole "art. 42 della legge regionale n. 1 del 4 gennaio 1993". Chi desidera intervenire? Consigliere, ...sì, grazie. La parola ora al cons. Benedikter in merito all'emendamento o all'articolo.

BENEDIKTER: Insgesamt. Ja, da geht's um die Gemeindesekretäre. Es handelt sich um eine ganze Reihe von Artikeln über die Gemeindesekretäre. Ich habe geltend gemacht, daß aufgrund des Artikels 65 des Autonomiestatutes, hier eben im Sinne auch des Artikels 51 des Reformgesetzes und des Artikels 23 des regionalen Reformgesetzes über die Gemeindeordnung, die inzwischen in Kraft getreten ist, hier nur allgemeine Grundsätze festgelegt werden können; dies auch im Sinne der neuen regionalen Gemeindeordnung und auch um den Bestimmungen der Artikel 21 und 23 des alten Staatsgesetzes 118 vom Jahre 1972, das Bestandteil des Paktes ist, gerecht zu werden. Nach diesem Gesetz sind die Gemeindesekretäre also regelmäßige Bedienstete der Gemeinden. Es dürfen nur jene Sonderbestimmungen durch Regionalgesetz erlassen werden, welche die Einteilung der Gemeindesekretäre in gewisse Klassen und die Voraussetzung für ihre Aufnahme wie auf Staatsebene regeln, damit sie auch in einen Gemeindesekretärposten des übrigen Italiens überwechseln können, wo die Gemeindesekretäre noch Staatsbeamte sind. Aber im übrigen haben sie den selben Rechtsstand wie ein Gemeindeangestellter, und aus diesen Gründen muß die Bestimmung des Artikels 23 des Staatsgesetzes von 118 von 1972, wo von Voraussetzung für die Zulassung und Fortsetzung der Laufbahn die Rede ist, wirklich wortwörtlich ausgelegt werden und nicht so wie hier, wo in diesem zweiten Titel in einer Reihe von Artikeln, von Artikel 43 bis Artikel 68 der Rechtsstand usw. des Gemeindesekretärs im Detail geregelt gegen wird. Dies ist gegen die für das Gemeindepersonal geltenden Grundsätze des Staatsgesetzes und des Regionalgesetzes. Der Figur des Gemeindesekretärs darf also nicht auf diese Art und Weise umgewandelt werden, während dieser im übrigen Italien immer noch Staatsbeamter ist, was mit dem Grundsatz der Gemeindeautonomie selbstverständlich wieder streitet. Bei uns ist er durch das Paket als Gemeindeangestellter sozusagen wieder hergestellt worden, wie es ja sonst auch überall der Fall ist, ob in Österreich oder Deutschland oder im übrigen Europa. Es gibt keinen Staatsangestellten als Gemeindesekretär, hier wird er praktisch zwar nicht mehr Staatsangestellter aber er wird wieder geregelt, sein Stand wird geregelt als ob's ein regionaler Beamter wäre. Und von den 26 Artikeln hier, die sich mit dem Gemeindesekretär und dem Vizegemeindesekretär befassen, müssen alle jene, die über den Grundsatz Voraussetzung für die Zulassung und Fortsetzung der Laufbahn hinausgehen, also die damit nichts zu tun haben, gestrichen werden. Und deswegen bin ich der Ansicht, daß die Bestimmungen des Artikels 43 Absatz 2, der Artikel 44, 45 sowie die Artikel 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 58, 60, 61, 63, 64, 65, 66, 67 die Autonomie der Gemeinden gemäß Staatsgesetz und gemäß regionaler Gemeindeordnung verletzen und daher gestrichen werden müssen.

(Si tratta dei segretari comunali, di una serie di articoli concernenti i segretari comunali. Ho già sostenuto che in base all'art. 65 dello statuto di autonomia nonché ai sensi dell'art. 51 della legge di riforma statale e dell'art. 23 della legge regionale sul Nuovo Ordinamento dei Comuni, nel frattempo entrata in vigore, possono venire fissati solamente i principi generali. Questo anche in armonia con il nuovo Ordinamento dei comuni ed anche nel rispetto delle norme dettate dagli

artt. 21 e 23 della vecchia legge statale 118 del 1972, parte integrante del Pacchetto. Secondo tale legge i segretari comunali sono dei regolari dipendenti dei Comuni. Infatti possono venire emanate con legge regionale solamente quelle norme particolari che disciplinano la classificazione dei segretari comunali in determinate categorie nonché i requisiti per la loro assunzione, affinché a livello statale possano transitare su tutte le sedi del resto d'Italia, dove i segretari comunali sono ancora dipendenti dello Stato. Ma essi hanno lo stesso stato giuridico di un dipendente comunale e per questo motivo la norma dell'art. 23 della legge statale n. 118 del 1972, dove si parla esplicitamente di presupposti per l'ammissione e la prosecuzione di carriera - deve venire interpretata alla lettera e non come in questo provvedimento che, in questo secondo titolo, dall'art. 43 all'art. 68, disciplina dettagliatamente lo stato giuridico ed economico dei segretari comunali. Ciò va contro i principi sanciti dalla legge statale e regionale vigenti per il personale comunale. La figura del segretario comunale non può venire trasformata in questo modo, mentre nel resto d'Italia egli permane un dipendente statale, cosa che a sua volta contrasta con il principio dell'autonomia comunale. Nella nostra Regione con il Pacchetto, egli è stato presentato come un dipendente comunale, come del resto avviene in tutt'Europa, in Germania, in Austria etc... Non vi sono segretari comunali quali dipendenti statali; ma in questa legge la posizione del segretario comunale viene disciplinata come se fosse un dipendente regionale. E dei 26 articoli che si occupano del segretario comunale nonché del vicesegretario comunale tutti quelli che eccedono dal principio dei requisiti per l'ammissione e la prosecuzione della carriera, quindi che non hanno nulla a che vedere con ciò, debbono venir soppressi. In tal senso ritengo che siano lesivi dell'autonomia comunale i disposti dettagliati degli articoli 43, comma 2, 44, 45, in connessione con il comma 9 dell'articolo 51 della 142, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 58, 60, 61, 63, 64, 65, 66 e 67 e che per questo dovrebbero venir soppressi.

(Assume la Presidenza il Vicepresidente Tretter)
(Vizepräsident Tretter übernimmt den Vorsitz)

PRESIDENTE: Qualcun altro intende intervenire sull'art. 43? La parola al cons. Taverna.

TAVERNA: Signor Presidente, onorevoli colleghi, so di affrontare un argomento che, per i più attenti colleghi del Consiglio, risulta ormai noto, infatti a differenza delle considerazioni che sono state formulate testè dal collega Benedikter, sono convinto che sarebbe opportuno diversificare la situazione normativa, ma soprattutto quella derivante da un rapporto di lavoro subordinato tra il segretario comunale ed il comune presso il quale il segretario svolge la propria opera.

La mia convinzione non è determinata da una sorta di piaggeria nei confronti delle disposizioni statuali in materia, quanto soprattutto dalla convinzione, che ho più volte espresso su questo argomento, non solo in quest'aula, ma anche nel corso di alcuni dibattiti, ai quali ho avuto l'onore di partecipare sostenendo le ragioni che sto in questo momento articolando.

Ritengo che la funzione del segretario comunale sia un ufficio molto delicato e lo possiamo comprendere dalla lettura delle disposizioni contenute in questo titolo II del disegno di legge oggetto di questo dibattito.

Giustamente il collega Benedikter ne ha fatto richiamo e a sostegno della propria tesi ha messo in luce come un numero importante di articoli sono chiamati a giustificare la presenza del segretario comunale al vertice della struttura organizzativa del comune. Ritengo che non vi sia contraddizione, collega Benedikter, tra queste norme che sono di carattere eccezionale e questa eccezionalità dipende dalla straordinarietà delle funzioni che fanno capo al segretario comunale, al quale non si possono soltanto riconoscere funzioni e responsabilità apicali nella piramide gerarchica, attraverso la quale è articolata l'organizzazione della macchina burocratica del comune, anche perché la revisione che è nata nell'ambito della disciplina nazionale, in relazione al rapporto di pubblico impiego,

ha visto negli anni la trasformazione di questo rapporto in senso contrattualistico, che ne ha fatto derivare una diversa articolazione per quanto riguarda la struttura gerarchica dei dipendenti pubblici in senso generale e nella specie dei dipendenti comunali.

Se allora si rifiuta una organizzazione di tipo gerarchico a vantaggio di una organizzazione di tipo orizzontale e se a qualcuno il termine "strutturazione gerarchica" può dispiacere, e a questo proposito, assessore Romano, non mi attendevo nè soddisfazione, nè tanto meno il fatto che lei mi abbia procurato una delusione io sia rimasto turbato più di tanto, ma questo non tanto per una diversità di opinione, tant'è che lei nel replicare al mio intervento, rispetto a qualche articolo in precedenza trattato, non è entrato nel merito delle mie osservazioni, si è limitato a dire che attraverso questa diversa formulazione andava a parificare la normativa in merito alla tutela della cosiddetta responsabilità del pubblico dipendente, in relazione alle norme esistenti per quanto riguarda il pubblico dipendente provinciale e regionale.

Fatta questa parentesi e ritornando all'oggetto del contendere, ritengo che, proprio in relazione della straordinarietà e quindi della eccezionalità delle funzioni rivolte al segretario comunale, questi deve essere messo nella condizione di poter essere, da un lato il vertice dell'amministrazione comunale e quindi di rappresentare la punta della piramide di una diversa organizzazione e mentalità, che deve essere basata sul concetto della responsabilità, unito al concetto della gerarchia e quindi necessariamente si deve avere di fronte una situazione piramidale, che possa sposare le due caratteristiche legate alla responsabilità e alla autorità, contro la tendenza, oggi imperante, di vedere invece l'organizzazione della macchina burocratica intesa in termini esclusivamente orizzontali.

Naturalmente questo discorso ci porterebbe lontano, non voglio in questa occasione esercitarmi in una mera considerazione accademica sulla filosofia dell'impostazione di carattere squisitamente giuridico, che può risalire alle due diverse concezioni tra quella uniliteristica e quella contrattoristica del pubblico impiego, ma giammai, ritengo anche in questa occasione di soffermare la vostra attenzione sul fatto che il segretario comunale per essere svincolato, per evitare qualsiasi condizionamento, per poter, oltre che essere al vertice dell'organizzazione, in tutta libertà e autonomia e quindi schierato a fianco della legge e contro ogni soppruso, essere messo nella condizione di poter operare nell'ambito di quel ruolo regionale articolato per province, di cui si fa espresso riferimento in questo Titolo II, ma conseguenza diretta dell'impostazione di natura concettuale, che si evince dalla lettura delle norme contenute nel Titolo II di questo disegno di legge, la logica giuridica dovrebbe implicare che per effetto di questa sua particolarità, funzionalità e responsabilità il segretario comunale dovesse essere non dipendente del comune, quanto invece, così come è previsto nella legge nazionale e quindi dall'ordinamento statale, il segretario comunale è dipendente dello Stato.

Allo stesso modo avremmo dovuto, a difesa anche dei principi dell'autonomia, se poi vogliamo arrivare a toccare questo tasto, configurare il segretario comunale allora come dipendente della Regione nell'ambito di un ruolo al quale il segretario comunale viene iscritto, ruolo che è articolato su base provinciale.

Questo è un ragionamento che mi sembra essere suffragato da una valutazione giuridica oggettivamente accettabile e sulla quale credo che non ci possono essere ombre di discussione o di sospetto.

Quindi su questo piano manteniamo un atteggiamento contrario e avverso e quindi ci esprimeremo con un voto contrario.

Non pretendo, attraverso questi pochissimi minuti, di aver convinto l'assessore sul piano politico, so perfettamente però che in questa occasione non avrei una delusione da parte dell'assessore, perché so che sotto questo profilo il ragionamento sta in piedi, quindi non può essere in alcun modo censurato sul piano della sua obiettività politica.

PRESIDENTE: Siamo in discussione dell'emendamento sull'art. 43. Qualcuno intende intervenire?

Nessuno.

Lo pongo in votazione. Favorevoli? Contrari? Astenuti? L'emendamento è approvato a maggioranza con 5 voti contrari e 4 astensioni.

Qualcuno intende intervenire sull'articolo? Nessuno.

Lo pongo in votazione. Favorevoli? Contrari? Astenuti? L'art. 43 è approvato a maggioranza con 7 voti contrari e 1 astensione.

All' art. 44 non ci sono modifiche. Qualcuno intende intervenire? Nessuno.

Lo pongo in votazione. Favorevoli? Contrari? Astenuti? L'art. 44 è approvato a maggioranza con 2 voti contrari e 7 astensioni.

All'art. 45 c'è un emendamento che recita: "l'art. 45 è abrogato."

Qualcuno intende intervenire sull'emendamento? Nessuno.

Lo pongo in votazione. Favorevoli? Contrari? Astenuti? L'emendamento è approvato a maggioranza con 5 astensioni.

All' art. 46 non ci sono modifiche. Qualcuno intende intervenire? Nessuno.

Lo pongo in votazione. Favorevoli? Contrari? Astenuti? L'art. 46 è approvato a maggioranza con 5 voti contrari e 4 astensioni.

All' art. 47 non ci sono modifiche. Qualcuno intende intervenire? Nessuno.

Lo pongo in votazione. Favorevoli? Contrari? Astenuti? L'art. 47 è approvato a maggioranza con 8 astensioni.

All' art. 48 non ci sono modifiche. Qualcuno intende intervenire? Nessuno.

Lo pongo in votazione. Favorevoli? Contrari? Astenuti? L'art. 48 è approvato a maggioranza con 2 voti contrari e 5 astensioni.

All' art. 49 non ci sono modifiche. Qualcuno intende intervenire? Nessuno.

Lo pongo in votazione. Favorevoli? Contrari? Astenuti? L'art. 49 è approvato a maggioranza con 2 voti contrari e 5 astensioni.

All' art. 50 non ci sono modifiche. Qualcuno intende intervenire? Nessuno.

Lo pongo in votazione. Favorevoli? Contrari? Astenuti? L'art. 50 è approvato a maggioranza con 2 voti contrari e 7 astensioni.

All' art. 51 non ci sono modifiche. Qualcuno intende intervenire? Nessuno.

Lo pongo in votazione. Favorevoli? Contrari? Astenuti? L'art. 51 è approvato a maggioranza con 2 voti contrari e 5 astensioni.

All' art. 52 non ci sono modifiche. Qualcuno intende intervenire? Nessuno.

Lo pongo in votazione. Favorevoli? Contrari? Astenuti? L'art. 52 è approvato a maggioranza con 2 voti contrari e 5 astensioni.

All' art. 53 non ci sono modifiche. Qualcuno intende intervenire? Nessuno.

Lo pongo in votazione. Favorevoli? Contrari? Astenuti? L'art. 53 è approvato a maggioranza con 2 voti contrari e 5 astensioni.

All' art. 54 non ci sono modifiche. Qualcuno intende intervenire? Nessuno.

Lo pongo in votazione. Favorevoli? Contrari? Astenuti? L'art. 54 è approvato a maggioranza con 2 voti contrari e 6 astensioni.

All' art. 55 non ci sono modifiche. Qualcuno intende intervenire? Nessuno.

Lo pongo in votazione. Favorevoli? Contrari? Astenuti? L'art. 55 è approvato a maggioranza con 3 voti contrari e 6 astensioni.

All' art. 56 non ci sono modifiche. Qualcuno intende intervenire? Nessuno.

Lo pongo in votazione. Favorevoli? Contrari? Astenuti? L'art. 56 è approvato a maggioranza con 9 astensioni.

All' art. 57 non ci sono modifiche. Qualcuno intende intervenire? Nessuno.

Lo pongo in votazione. Favorevoli? Contrari? Astenuti? L'art. 57 è approvato a

maggioranza con 7 astensioni.

All' art. 58 non ci sono modifiche. Qualcuno intende intervenire? Nessuno.

Lo pongo in votazione. Favorevoli? Contrari? Astenuti? L'art. 58 è approvato a
maggioranza con 2 voti contrari e 4 astensioni.

All' art. 59 non ci sono modifiche. Qualcuno intende intervenire? Nessuno.

Lo pongo in votazione. Favorevoli? Contrari? Astenuti? L'art. 59 è approvato a
maggioranza con 7 astensioni.

All' art. 60 non ci sono modifiche. Qualcuno intende intervenire? Nessuno.

Lo pongo in votazione. Favorevoli? Contrari? Astenuti? L'art. 60 è approvato a
maggioranza con 3 voti contrari e 4 astensioni.

All' art. 61 non ci sono modifiche. Qualcuno intende intervenire? Nessuno.

Lo pongo in votazione. Favorevoli? Contrari? Astenuti? L'art. 61 è approvato a
maggioranza con 2 voti contrari e 5 astensioni.

All' art. 62 non ci sono modifiche. Qualcuno intende intervenire? Nessuno.

Lo pongo in votazione. Favorevoli? Contrari? Astenuti? L'art. 62 è approvato a
maggioranza con 7 astensioni.

All' art. 63 non ci sono modifiche. Qualcuno intende intervenire? Nessuno.

Lo pongo in votazione. Favorevoli? Contrari? Astenuti? L'art. 63 è approvato a
maggioranza con 2 voti contrari e 5 astensioni.

All' art. 64 non ci sono modifiche. Qualcuno intende intervenire? Nessuno.

Lo pongo in votazione. Favorevoli? Contrari? Astenuti? L'art. 64 è approvato a
maggioranza con 2 voti contrari e 4 astensioni.

All' art. 65 non ci sono modifiche. Qualcuno intende intervenire? Nessuno.

Lo pongo in votazione. Favorevoli? Contrari? Astenuti? L'art. 65 è approvato a
maggioranza con 2 voti contrari e 5 astensioni.

All' art. 66 non ci sono modifiche. Qualcuno intende intervenire? Nessuno.

Lo pongo in votazione. Favorevoli? Contrari? Astenuti? L'art. 66 è approvato a
maggioranza con 3 voti contrari e 4 astensioni.

All' art. 67 non ci sono modifiche. Qualcuno intende intervenire? Nessuno.

Lo pongo in votazione. Favorevoli? Contrari? Astenuti? L'art. 67 è approvato a
maggioranza con 3 voti contrari e 4 astensioni.

All' art. 68 non ci sono modifiche. Qualcuno intende intervenire? Nessuno.

Lo pongo in votazione. Favorevoli? Contrari? Astenuti? L'art. 68 è approvato a
maggioranza con 8 astensioni.

All' art. 69 non ci sono modifiche. Qualcuno intende intervenire? Nessuno.

Lo pongo in votazione. Favorevoli? Contrari? Astenuti? L'art. 69 è approvato a
maggioranza con 7 astensioni.

All' art. 70 non ci sono modifiche. Qualcuno intende intervenire? Nessuno.

Lo pongo in votazione. Favorevoli? Contrari? Astenuti? L'art. 70 è approvato a
maggioranza con 4 astensioni.

All' art. 71 non ci sono modifiche. Qualcuno intende intervenire? Nessuno.

Lo pongo in votazione. Favorevoli? Contrari? Astenuti? L'art. 71 è approvato a
maggioranza con 8 astensioni.

L'art. 72 è stato soppresso dalla Commissione.

All' art. 73 non ci sono modifiche. Qualcuno intende intervenire? Nessuno.

Lo pongo in votazione. Favorevoli? Contrari? Astenuti? L'art. 73 è approvato a
maggioranza con 8 astensioni.

All' art. 74 non ci sono modifiche. Qualcuno intende intervenire? Nessuno.

Lo pongo in votazione. Favorevoli? Contrari? Astenuti? L'art. 74 è approvato a maggioranza con 5 astensioni.

All' art. 75 non ci sono modifiche. Qualcuno intende intervenire? Nessuno.

Lo pongo in votazione. Favorevoli? Contrari? Astenuti? L'art. 75 è approvato a maggioranza con 6 astensioni.

All' art. 76 non ci sono modifiche. Qualcuno intende intervenire? Nessuno.

Lo pongo in votazione. Favorevoli? Contrari? Astenuti? L'art. 76 è approvato a maggioranza con 6 astensioni.

L'art. 77 è stato soppresso dalla Commissione.

All' art. 78 non ci sono modifiche. Qualcuno intende intervenire? Nessuno.

Lo pongo in votazione. Favorevoli? Contrari? Astenuti? L'art. 78 è approvato a maggioranza con 6 astensioni.

All' art. 79 non ci sono modifiche. Qualcuno intende intervenire? Nessuno.

Lo pongo in votazione. Favorevoli? Contrari? Astenuti? L'art. 79 è approvato a maggioranza con 6 astensioni.

L'art. 80 è stato emendato e ne do lettura:

Art. 80
(Abrogazione di norme)

1. Dalla data di entrata in vigore della presente legge sono abrogate tutte le norme contenute nelle leggi regionali 11 dicembre 1975, n. 11, 15 novembre 1978, n. 21, 4 marzo 1983, n. 1, eccettuato l'articolo 8, nel Titolo II della legge regionale 14 agosto 1986, n. 4, e nelle leggi regionali 3 giugno 1988, n. 11, 18 agosto 1989, n. 3 e 28 maggio 1990, n. 9.

PRESIDENTE: Qualcuno intende intervenire sull'articolo emendato? Nessuno.

Lo pongo in votazione. Favorevoli? Contrari? Astenuti? L'art. 80 è approvato a maggioranza con 7 astensioni.

All' art. 81 non ci sono modifiche. Qualcuno intende intervenire? Nessuno.

Lo pongo in votazione. Favorevoli? Contrari? Astenuti? L'art. 81 è approvato a maggioranza con 7 astensioni.

Ci sono dichiarazioni di voto? Nessuna.

Prego distribuire le schede per la votazione a scrutinio segreto.

(segue votazione a scrutinio segreto)

PRESIDENTE: Comunico l'esito della votazione:

votanti	48
schede favorevoli	29
schede contrarie	9
schede bianche	10

Il Consiglio approva il disegno di legge n. 63.

Comunico ai colleghi che è stata convocata la II^a Commissione legislativa.

La seduta è tolta.

(ore 17.30)